D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 36
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

4. September 1981
Preis 1 DM

Das Ende der Nachkriegsordnung

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der beiden Machtblöcke bricht auf

Von Bernhard Peters

Die Entscheidung über die Produktion der Neutronenwaffe, und mehr noch die Art, in der sie verkündet wurde, hat anscheinend das Faß zum Überlaufen gebracht. Das Wort vom „besetzten Land“ macht die Runde. Die nach wie vor bestehenden Besatzungsrechte der USA kommen zur Sprache. Zum ersten Mal steht unsere Abhängigkeit von den USA auch innerhalb der Regierungsparteien öffentlich zur Diskussion. Der „Spiegel“ kolportiert – wie immer ohne Quellenangabe – eine Reihe wütender Äußerungen führender SPD-Politiker und berichtet, die SPD-Spitze bereite einen härteren Konfliktkurs mit den USA vor, unter dem Motto eines „eigenen nationalen Wegs“. FDP-Vorstandsmitglied Borm schrieb in einem kritischen Artikel über die Außenpolitik seines Vorsitzenden Genscher: „Gegen den Einsatz atomarer Kampfmittel von deutschem Boden aus haben wir kein Veto-Recht. Der Protest der Bevölkerung wird zur nationalen Pflicht. Wir sind keine Atomkolonie der USA.“ Auch zwischen SPD und FDP droht Ungemach. Nach einer Äußerung von Egon Bahr letzte Woche, die SPD würde an einer Politik des „gemeinsamen Gleichgewichts von Ost und West“ festhalten, gleich wer dieser Politik davonlaufen wolle, „sei es die USA oder die FDP“, warnte FDP-Generalsekretär Verheugen, Bahr solle die fundamentalen Gemeinsamkeiten der Koalition pfleglich behandeln. Von Anfang an waren die außenpolitischen Übereinstimmungen (Stichwort: Entspannungspolitik) tat-

hat anscheinend das Faß zum Überlaufen gebracht. Das Wort vom „besetzten Land“ macht die Runde. Die nach wie vor bestehenden Besatzungsrechte der USA kommen zur Sprache. Zum ersten Mal steht unsere Abhängigkeit von den USA auch innerhalb der Regierungsparteien öffentlich zur Diskussion. Der „Spiegel“ kolportiert – wie immer ohne Quellenangabe – eine Reihe wütender Äußerungen führender SPD-Politiker und berichtet, die SPD-Spitze bereite einen härteren Konfliktkurs mit den USA vor, unter dem Motto eines „eigenen nationalen Wegs“. FDP-Vorstandsmitglied Borm schrieb in einem kritischen Artikel über die Außenpolitik seines Vorsitzenden Genscher: „Gegen den Einsatz atomarer Kampfmittel von deutschem Boden aus haben wir kein Veto-Recht. Der Protest der Bevölkerung wird zur nationalen Pflicht. Wir sind keine Atomkolonie der USA.“ Auch zwischen SPD und FDP droht Ungemach. Nach einer Äußerung von Egon Bahr letzte Woche, die SPD würde an einer Politik des „gemeinsamen Gleichgewichts von Ost und West“ festhalten, gleich wer dieser Politik davonlaufen wolle, „sei es die USA oder die FDP“, warnte FDP-Generalsekretär Verheugen, Bahr solle die fundamentalen Gemeinsamkeiten der Koalition pfleglich behandeln. Von Anfang an waren die außenpolitischen Übereinstimmungen (Stichwort: Entspannungspolitik) tat-

sächlich die wichtigsten Grundlagen der SPD/FDP-Koalition; in letzter Zeit sind die Mißtöne vor allem entstanden, wenn Genscher Skepsis gegenüber einer Sonderrolle der BRD gegenüber der Sowjetunion äußerte und zu einer festen Haltung an der Seite der USA aufrief.

Man sollte diese Äußerungen nicht zu gering schätzen. Die Bedingungen, ein Stück Souveränität gegenüber den USA zu erkämpfen, etwa (was noch wichtiger wäre als die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu verhindern) ein Vetorecht gegen den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden aus (oder auf deutschem Boden), verbessern sich. Man darf sie aber auch nicht überschätzen. Auch die engagiertesten Kritiker der jetzigen US-Regierung auf den höheren Etagen der SPD sind gegenwärtig nicht bereit, die bisherige außen- und militärpolitische Konzeption der Regierung *grundsätzlich* in Frage zu stellen. Das wurde auf dem SPD-Friedensforum deutlich.

Rudolf Bahro, der für die Russell Peace Foundation sprach, trug dort die Vorstellung einer atomwaffenfreien Zone in Europa vor, für die unter Umständen die BRD durch eine einseitige Abrüstung ein Vorbild geben sollte. Egon Bahr, der sich als Kritiker der USA hervorgetan hat, wies dies als „phantasievolle Illusion“ zurück. Bahro habe den „kleinen Faktor Sowjetunion“ übersehen. Die Stabilität in Europa beruhe gerade auf der gleichgewichtigen Existenz beider Machtblöcke. Das Abkoppeln eines Teils von diesem System wäre friedensgefährdend, gleichgültig, ob sich nun die USA von Europa, die Bundesrepublik von der NATO oder Polen von der Sowjetunion lösen würde.

Bahr und die Mehrheit (bis jetzt) von SPD und FDP halten also an der alten Konzeption der Entspannungspolitik fest: Stabilisierung der beiden Blöcke, Annäherung auf der Basis militärischen Gleichgewichts, Verhandlungen über gegenseitige kontrollierte Abrüstung, um ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu erreichen.

Richtig an ihren Argumenten ist, daß die bestehende Struktur der beiden Blöcke nicht einseitig aufgelöst werden kann, ohne eine *neue* Struktur, ohne ein kollektives Sicherheitssystem zu schaffen.

Falsch und durch die Entwicklung des letzten Jahrzehnts eindrucksvoll widerlegt ist die Vorstellung, im Rahmen der bestehenden Blöcke könnten Entspannung und Abrüstung verwirklicht werden. Die einzige Hoffnung, die Kriegsgefahr wirksam einzudämmen, Expansionsbestrebungen zu stoppen, Abrüstungsmaßnahmen, vor allem bei den Massenvernichtungswaffen, durchzusetzen, liegt in der Auflösung der bestehenden Blöcke und der Schaffung neuer Kräftegruppierungen. Die Auflösung der nach dem letzten Weltkrieg vollzogenen Aufteilung der Welt in zwei gegnerische Blöcke unter der Vorherrschaft der USA und der Sowjetunion ist historisch längst überfällig. Auflösungstendenzen sind schon lange am Werk. Die mächtigste dieser Tendenzen ist bis jetzt die wachsende Unabhängigkeit der 3. Welt und ihr Zusammenschluß zur Bewegung der Blockfreien. Die Stärkung der EG-Länder und Japans wirkt objektiv auf die Schwächung der US-Hegemonie über den westlichen Block. Im sowjeti-

litärischen Gleichgewichts, Verhandlungen über gegenseitige kontrollierte Abrüstung, um ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu erreichen.

Richtig an ihren Argumenten ist, daß die bestehende Struktur der beiden Blöcke nicht einseitig aufgelöst werden kann, ohne eine *neue* Struktur, ohne ein kollektives Sicherheitssystem zu schaffen.

Falsch und durch die Entwicklung des letzten Jahrzehnts eindrucksvoll widerlegt ist die Vorstellung, im Rahmen der bestehenden Blöcke könnten Entspannung und Abrüstung verwirklicht werden. Die einzige Hoffnung, die Kriegsgefahr wirksam einzudämmen, Expansionsbestrebungen zu stoppen, Abrüstungsmaßnahmen, vor allem bei den Massenvernichtungswaffen, durchzusetzen, liegt in der Auflösung der bestehenden Blöcke und der Schaffung neuer Kräftegruppierungen. Die Auflösung der nach dem letzten Weltkrieg vollzogenen Aufteilung der Welt in zwei gegnerische Blöcke unter der Vorherrschaft der USA und der Sowjetunion ist historisch längst überfällig. Auflösungstendenzen sind schon lange am Werk. Die mächtigste dieser Tendenzen ist bis jetzt die wachsende Unabhängigkeit der 3. Welt und ihr Zusammenschluß zur Bewegung der Blockfreien. Die Stärkung der EG-Länder und Japans wirkt objektiv auf die Schwächung der US-Hegemonie über den westlichen Block. Im sowjeti-

schen Machtbereich sind seit langem Sprengkräfte am Werk, die nur mit militärischer Macht niedergehalten werden können. Die Sowjetunion hat in ihrem engsten Machtbereich bereits dreimal militärisch intervenieren müssen (DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968), und in Polen ist sie (wie schon 1956) möglicherweise kurz davor. Sie hat aber nicht verhindern können, daß die VR China aus ihrem Bündnissystem ausgeschieden ist.

Alle Versuche, demgegenüber die Notwendigkeit der Stabilisierung der Blöcke zu rechtfertigen, sind reaktionär. „Gleichberechtigte“ Verhältnisse in einem westlichen Bündnis, eine Beseitigung der Vorherrschaft der USA also, sind nicht möglich, wenn nicht die europäischen Völker eine eigenständige Politik entwickeln, die ihnen ermöglicht, dem Druck der Sowjetunion standzuhalten, ohne *bedingungslos* auf die Unterstützung der USA angewiesen zu sein. Ein demokratischer Wandel innerhalb des sowjetisch beherrschten Blocks ist undenkbar ohne Auflösung dieses Blocks, und alle Bewegungen, die dahin zielen, brauchen Unterstützung und nicht den Hinweis auf ihre „Bündnisverpflichtungen“ zur Aufrechterhaltung einer konterrevolutionären „Stabilität“.

Immerhin: Die Diskussion ist eröffnet, die SPD muß ihre Konzeption in der Öffentlichkeit verteidigen, und es ist notwendig, ein geschlossenes Gegenkonzept, das über den Tag und auch über 1983 hinausreicht, dagegenzusetzen.



Über 20000 nahmen an der Demonstration der DGB-Jugend Bremens zum Antikriegstag teil. (siehe S. 5)

US-Veto gegen Verurteilung Südafrikas durch die UNO

Südafrika – Eckpfeiler der amerikanischen Afrika-Politik

lup. Am Dienstag haben die USA eine Verurteilung der südafrikanischen Invasion in Angola durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhindert. Die Resolution war von der Gruppe der Blockfreien eingebracht worden. Um eine Annahme der Resolution durch den Sicherheitsrat zu ermöglichen, hatten sie die ursprünglich

den kubanischen Truppen in Angola angelegt.

Man müsse den südafrikanischen Angriff im Zusammenhang mit der kubanischen Truppenpräsenz in Angola sehen, erklärte der amerikanische Delegierte zur Rechtfertigung seines Vetos. Kurz zuvor hatte Unterstaatssekretär Crocker ein Papier vorgelegt, dem-



Über 20000 nahmen an der Demonstration der DGB-Jugend Bremens zum Antikriegstag teil. (siehe S. 5)

US-Veto gegen Verurteilung Südafrikas durch die UNO

Südafrika – Eckpfeiler der amerikanischen Afrika-Politik

lup. Am Dienstag haben die USA eine Verurteilung der südafrikanischen Invasion in Angola durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhindert. Die Resolution war von der Gruppe der Blockfreien eingebracht worden. Um eine Annahme der Resolution durch den Sicherheitsrat zu ermöglichen, hatten sie die ursprünglich enthaltene Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika gestrichen. Die Resolution konzentrierte sich ganz auf die Forderung nach südafrikanischem Truppenabzug und Verurteilung der Invasion. Die Konzentration auf diese Forderung war offenbar ein kluger Schritt, denn so waren die USA gezwungen, anders als ihre westeuropäischen NATO-Partner abzustimmen, und sie waren durch ihr Veto zu dem unfreiwilligen Eingeständnis gezwungen, daß sie zumindest indirekt voll hinter dieser Invasion stehen.

Zum Zeitpunkt der Sicherheitsratsabstimmung standen die südafrikanischen Truppen bereits seit über einer Woche in Angola. Zu diesem Zeitpunkt ist es noch nicht ausgemacht, ob Südafrika seine 135 Panzer, 140 gepanzerten Fahrzeuge und 38 Hubschrauber umfassende Streitmacht, die hunderte von Kilometern nach Angola eingedrungen ist, überhaupt wieder abziehen wird, oder ob es Südafrika, ähnlich wie Israel im Südlibanon auf eine andauernde militärische Präsenz in Südangola abgesehen hat. Ist dies der Fall, dann entsteht im südlichen Afrika ein weiterer akuter Krisenpunkt, der rasch größere internationale Konsequenzen zur Folge haben kann. Vor allem dann, wenn stimmt, was die südafrikanische Nachrichtenagentur behauptet: daß nämlich bei der Operation auch sowjetische Militärberater getötet worden seien und ein sowjetischer Offizier gefangengenommen wurde. Unabhängig davon hatten es die südafrikanischen Truppen offenbar auf direkte Konfrontationen mit den kubanischen Truppen in Angola angelegt.

Man müsse den südafrikanischen Angriff im Zusammenhang mit der kubanischen Truppenpräsenz in Angola sehen, erklärte der amerikanische Delegierte zur Rechtfertigung seines Vetos. Kurz zuvor hatte Unterstaatssekretär Crocker ein Papier vorgelegt, demzufolge die Zusammenarbeit mit Südafrika einen Eckpfeiler der amerikanischen Afrikapolitik bildet. Die kubanischen Truppen in Angola sind eine Tatsache, sowjetische Umtriebe hier wie in anderen afrikanischen Ländern auch. Die amerikanische Regierung nimmt dies zum Anlaß, südafrikanische Aggressionen direkt zu ermuntern. Aber je mehr Südafrika Angola und die anderen Frontstaaten bedroht und angreift, desto schwieriger wird es für das angolanische Volk sein, die kubanische Söldnerarmee wieder loszuwerden, und um so größer ist die Gefahr, daß sich sowjetischer Einfluß auch in anderen Frontstaaten breitmacht.

Unmittelbares Ziel des südafrikanischen Angriffs ist offenbar die Vernichtung der in Südangola gelegenen SWAPO-Stützpunkte. Daß die südafrikanische Besatzung Namibias durch und durch völkerrechtswidrig ist, hat die UNO wieder und wieder bekräftigt. Seine weitgehende internationale Isolierung will Südafrika offenbar durch militärische Vernichtungsschläge gegen die SWAPO wettmachen. Einen militärischen Sieg der SWAPO kann es dadurch vielleicht verhindern. Mit der Besatzung Namibias werden sich die afrikanischen Völker deshalb noch lange nicht abfinden, ebensowenig wie mit der Herrschaft des südafrikanischen Kolonialregimes selber. Eine krisenhafte Zuspitzung der Lage im südlichen Afrika erscheint gegenwärtig wahrscheinlicher als die rasche Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Namibias.

Bürgerkrieg im Iran

gek. Mit der Präzision jener Punktsprengungen, mit denen hohe Gebäude zum Einsturz gebracht werden, ist die gerade gewählte bzw. ins Amt gerufene Staatsführung des Iran weggesprengt worden: Staatspräsident Radjai, Ministerpräsident Bahonar, Ajatollah Schirasi, neben Khomeiny einer der „Hüter der Verfassung“, der Polizeichef Dastgedi, und mutmaßlich auch der amtierende Verteidigungsminister. Die Bombe explodierte wohl auf einer Sitzung des „Nationalen Sicherheitsrates“, mitten im schwerbewachten Amtssitz Radjais.

Wieder waren Hunderttausende beim Begräbnis, forderten Sprechchöre den Tod für alle „Abtrünnigen“. Aber was da unter den Demonstrierenden wirklicher Zorn und Trauer, was allgemeine Niedergeschlagenheit, was vielleicht auch geheimer Triumph war – das war kaum noch auszumachen. Halbwegs kühlen Kopf im wirren Rachegeschrei behielt nur Khomeiny, der davor warnte, die Willkürjustiz der „Revolutionstribunale“ über jedes Maß hinauszutreiben.

Fast möchte man noch hoffen, der Greis begriffe etwas von der ausweglosen Situation, in die der moderne Iran unter seinem theokratischen Regime gekommen ist. Noch steht das Gebäude von Khomeinys Gottesstaat; und es kann noch lange stehen. Aber darunter versinkt das Land in den Morast eines Bürgerkriegs und einer wirtschaftlichen Degradation, wie es sie selbst unter dem Regime des Schah nicht gekannt hat. Wie sich auch das Regime des Schah keine solche barbarische Blutjustiz gegen Revolutionäre, Mit-

Immer noch ist die Verwirklichung

be explodierte wohl auf einer Sitzung des „Nationalen Sicherheitsrates“, mitten im schwerbewachten Amtssitz Radjais.

Wieder waren Hunderttausende beim Begräbnis, forderten Sprechchöre den Tod für alle „Abtrünnigen“. Aber was da unter den Demonstrierenden wirklicher Zorn und Trauer, was allgemeine Niedergeschlagenheit, was vielleicht auch geheimer Triumph war – das war kaum noch auszumachen. Halbwegs kühlen Kopf im wirren Rachegeschrei behielt nur Khomeiny, der davor warnte, die Willkürjustiz der „Revolutionstribunale“ über jedes Maß hinauszutreiben.

Fast möchte man noch hoffen, der Greis begriffe etwas von der ausweglosen Situation, in die der moderne Iran unter seinem theokratischen Regime gekommen ist. Noch steht das Gebäude von Khomeinys Gottesstaat; und es kann noch lange stehen. Aber darunter versinkt das Land in den Morast eines Bürgerkriegs und einer wirtschaftlichen Degradation, wie es sie selbst unter dem Regime des Schah nicht gekannt hat. Wie sich auch das Regime des Schah keine solche barbarische Blutjustiz gegen Revolutionäre, Mit-

glieder von Arbeiterräten oder auch nur oppositionelle Schüler, wirkliche Kinder darunter, hatte leisten können. Zwischen 600 und 1000 Hinrichtungen hat es seit dem Sturz Bani Sadrs gegeben, fast ausschließlich wirkliche oder vermeintliche Anhänger der Volks-Moudjahedin und mit ihnen verbündeter linker Organisationen. Tausende andere sind verhaftet, als Geiseln genommen, können jederzeit im Morgengrauen in einen kargen Gefängnishof geführt und dort erschossen werden.

Die von den Moudjahedin geführte Front der revolutionären und nationaldemokratischen Kräfte antwortet mit organisiertem Gegenterror. 80 hohe Führer des Regimes hat es getroffen. Aber die Front zwischen Fortschritt und Reaktion verläuft noch immer unklar. Mit Waffennachschub aus Israel, bei stiller Anlehnung an die Sowjetunion, behauptet sich die herrschende hohe Geistlichkeit. Immer unentbehrlicher wird für sie eine innere Stütze: die Tudeh-Partei und ihr Vorsitzender, „Ajatollah Kianouri“.

Vom Danziger Abkommen zur Staatskrise in Polen

Gerd Koenen

Die Fabriksirenen heulten wieder, die Bahnen und Busse standen Minuten still, Walesa kletterte noch einmal auf das Tor vor der Werft – am 16. August erinnerte sich Danzig des Streikbeginns vor einem Jahr. Am 31. dann versammelte sich die große Menschenmenge auf der Westernplatte – und diesmal wurden an das historische Abkommen vom letzten Jahr zurückgedacht, aber zugleich auch an die Kanonen, die den zweiten Weltkrieg eröffneten. Vor der Küste lag die größte Armada, die die Ostsee je gesehen hat – die sowjetische Flotte. Für den 4.–11. September sind wieder große Manöver zur See, in der Luft und zu Lande angesagt. Verteidigungsminister Marschall Ustinow leitet sie selbst. Geprobt wird der „Ernstfall Polen". In der westlichen Ostsee gehen NATO-Manöver an. In Danzig tritt der erste ordentliche Gewerkschaftstag der „Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft ‚Solidarität'" zusammen, umwittert von einem neuen schweren gesellschaftlichen Konflikt.

Am 1. September abends konnte Lech Walesa zum ersten Mal in einer Diskussionsrunde mit Gewerkschaftern über die Massenmedien zu den Leuten sprechen – fast auch schon wieder ein historisches Datum. Er sagte: „Die Regierung hat das Vertrauen der Bevölkerung verloren, und schiebt uns die Verantwortung für die Lage zu." Ein anderer Gewerkschafter erklärte noch einmal, warum die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung unabweisbar geworden ist: nur die Belegschaftsräte seien noch in der Lage, das zusammengebrochene System der Lebensmittelverteilung und der Versorgung insgesamt wiederherzustellen und die leeren Läden zu füllen. Und nur in selbstverwalteten Betrieben werde es keine Streiks mehr geben müssen.

Die Tiefe der polnischen Wirtschaftskrise – ohne Parallele in einem anderen entwickelten Land, jedenfalls in Friedenszeiten – zeigt ja nur die Tiefe der Gesellschaftskrise, in die das System gestürzt ist, konfrontiert mit so einfachen, elementaren Forderungen wie denen nach gewerkschaftlicher Organisation und politischer Betätigungsfreiheit. Eine solche Krise hatte man nach dem Danziger Kompromiß des letzten Jahres nicht erwartet. Aber sie war wohl unvermeidlich. Im starren System des Staatsabsolutismus sozialistischer Herkunft, einzementiert ins Sowjetimperium, wirken eben schon begrenzte Reformen revolutionär.

Man würde sich ja weniger historische Reminiszenzen in Polen wünschen, weniger Gedenkstunden. Aber so ist eben die Lage dieses Landes. Mit den beiden deutschen Staaten zusammen liegt es – liegen wir! – im Zentrum der Konfrontation der beiden Großmächte und ihrer Machtblöcke in Europa. Davon wird auch seine innere Entwicklung unausweichlich bestimmt. Jacek Kuron, der Kopf der demokratischen Opposition, hat es auf der Sitzung des Landesausschusses der „Solidarität" offen ausgesprochen: spekulativ, wie die Frage nach einer sowjetischen Intervention sein möge, „es gibt nur eine Methode, dies wirklich zu überprüfen". Allgemeines Gelächter verzeichnet das vom „Spiegel" (34/81) veröffentlichte Protokoll. Kuron wandte sich gegen die immer stärkeren Bestrebungen, eine politische Oppositionspartei zu gründen und die Machtfrage zu stellen; aus taktischen Gründen der Selbstbeschränkung, aber auch aus prinzipiellen Gründen gegen eine solche „Partei als getreues Abbild des Staates, zu dem sie selbst werden soll". Stattdessen empfiehlt er den „Kampf um eine Selbstverwaltung, die den Prozeß der Überwindung der Krise und den Prozeß von unten tragen würde".

In Polen ist damit die Eigentumsfrage vor der Machtfrage aufgeworfen (vgl. diese KVZ, Seite 11). Es ist eine Revolution der Umwege – oder auch der neuen Wege. Sie muß allerdings jetzt von neuem den Vormarsch antreten, oder sie wird einen Rückschlag erleiden. Viel hängt für uns selbst davon ab. Gründe genug, um in den Gewerkschaften, in der Friedensbewegung, auf allen Ebenen in der „Solidarität mit ‚Solidarność'" jetzt wirklich etwas zu erreichen. In Frankfurt wird eine bundesweite Konferenz dies Wochenende darüber beraten.

Weizsäcker versichert, daß „es eine blinde Sparpolitik nicht geben" werde

hae. Westberlin. Parallel zu den Haushaltsberatungen der westdeutschen Regierung hat der Westberliner Senat die Grundzüge des Haushalts 1982 und die mittelfristige Finanzplanung vorbereiten müssen. Diese Gleichzeitigkeit wird vor allem erzwungen durch die starke Abhängigkeit des Westberliner Haushalts vom Bundeshaushalt: über 50% werden von der Bundesrepublik gezahlt, und diese „Bundeshilfe" wird zusammengestrichen, auf welchen Betrag, ist noch nicht endgültig festgestellt.

Schon der vom SPD/FDP-Senat vorgelegte Haushalt wies für 1981 eine Finanzierungslücke von um die 400 Mio. DM auf, was der damalige Finanzsenator Riebschläger durch Kürzung der Sachmittel und Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst bewältigen wollte. Der CDU-Senat spricht nun von einer Finanzierungslücke von 3 Mrd. DM in der mittelfristigen Planung (bis 1985), allein für 1982 mindestens 800 Mio. DM die fehlen. Nach den jetzt vorliegenden Finanzplanungen will der Senat durch drastische Gebühren- und Tariferhöhungen, Zusammenstreichung von öffentlichen Dienstleistungen und Stelleneinsparungen 500 Mio. DM einsparen, was die Finanzierungslücke auf 300 Mio. DM verringern würde. Während die CDU vor einem Jahr die Deckungslücke im Haushalt genüßlich ausschlachtete, hat die SPD jetzt kein Wort darüber verloren, sondern eigene Sparvorschläge angekündigt, nicht zuletzt, um ihrem Kanzler nicht in den Rücken zu fallen.

Bei Vorstellung der Haushaltsplanung sagte Weizsäcker, daß „es eine blinde Sparpolitik nicht geben" werde. Vielmehr haben die Planungen die Tendenz, die öffentlichen Dienstleistungen zusammenzustreichen und gleichzeitig zu verteuern. Am deutlichsten wird das bei der BVG: die Tarife sollen um 9% steigen, wobei die Buslinien zusammengestrichen und auf Zubringerdienste zur U-Bahn reduziert werden sollen. Von einer auch nur ansatzweise aufgenommenen Planung eines Verkehrsverbundes mit der zur Zeit weitgehend stilliegenden S-Bahn keine Rede mehr, obwohl es entschieden zur Verbesserung und Verbilligung des Öffentlichen Nahverkehrs beitragen könnte.

Bei den Kindertagesstätten ist der Senat zum Angriff übergegangen: Die „Nulltarif"-Regelung, daß für einen Kita-Platz nur 40 DM Essensgeld gezahlt werden muß, erst Anfang 79 erstritten, soll fallen: Es soll ein Betrag von 400 DM pro Platz gezahlt werden, wobei Abschläge für sozial schwache Eltern gewährt werden. Das zinslose Familiengründungsdarlehen von 54000 DM soll nur noch bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze bewilligt werden. So sollen die Summen für das „Erziehungsgeld" freigemacht werden, das an Elternteile gezahlt werden soll, die dafür auf Berufstätigkeit verzichten – und natürlich auf einen Kita-Platz. Die Höhe des Erziehungsgeldes soll zwischen 200 und 750 DM betragen, je nach Familieneinkommen. Immerhin, erklärte die zuständige Senatorin Laurien, lägen die 750 DM, die alleinstehende Elternteile bekämen, über dem Sozialhilfesatz. Mit diesen Maßnahmen will der CDU-Senat die Wartelisten für Kita-Plätze verkürzen, auf denen 20000 stehen, den himmelschreienden Personalmangel in den Kitas lindern, indem weniger Kinder in die Kitas geschickt werden (insbesondere Ausländerkinder), die Arbeitslosenstatistik wird entlastet und nicht zuletzt wird die Lage der ausländischen Arbeiter verschlechtert, die weder einen Kita-Platz nehmen können wegen des hohen Tarifs noch Erziehungsgeld bekommen, davon sind fast alle Ausländer von vornherein ausgeschlossen. Auch eine Art „Rückkehrhilfe" für Ausländer, wie sie im Wahlprogramm der CDU angepriesen wurde. Der ÖTV-Frauenausschuß hat dieses Projekt des CDU-Senats scharf kritisiert, und der CDU eine Politik vorgeworfen, die die Frauen wieder an Heim und Herd ketten soll, die der gesellschaftlichen Entwicklung entgegengesetzt sei.

Auch bei den Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst, bis 1985 rund 3500 Stellen, davon 1982 bereits 2000 Stellen, wird keine „blinde Politik" betrieben: für Polizei und Justizvollzug wird nur prozentual die Hälfte der auf sie entfallenden Stelleneinsparungen realisiert „aus Gründen der Sicherheitslage". Die Stelleneinsparung im öffentlichen Dienst soll nicht durch Entlassungen, sondern ausschließlich durch Nichtbesetzung freiwerdender Planstellen erfolgen, so daß dagegen ein Kampf äußerst schwierig zu organisieren ist.

Insgesamt hat das Sparprogramm eine klare Stoßrichtung gegen das Lebensniveau der Volksmassen. Die Vielfalt der beschlossenen Maßnahmen, die nahezu jeden Lebensbereich betreffen (selbst die Leistungen für Behinderte werden gekürzt), machen es schwierig, dagegen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Die Gewerkschaften sind bis jetzt auch ziemlich ruhig geblieben. Vermutlich wird der erbittertste Kampf am Punkt der Kindertagesstätten ausgefochten werden, was aber angesichts der Pläne des Senats nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, falls das Projekt zu Fall gebracht werden kann.



„Wir werden das sozialistische Polen nicht antasten lassen und ein Bruderland nicht im Unglück verlassen." (zit. a. dem „Offenen Brief" der KPdSU an die PVAP-Führung)

In Polen vielerorts verteilte und geklebte Karikatur.

PRL ist die Abkürzung für „Volksrepublik Polen".

schaftlichen Konflikt.

Am 1. September abends konnte Lech Walesa zum ersten Mal in einer Diskussionsrunde mit Gewerkschaftern über die Massenmedien zu den Leuten sprechen – fast auch schon wieder ein historisches Datum. Er sagte: „Die Regierung hat das Vertrauen der Bevölkerung verloren, und schiebt uns die Verantwortung für die Lage zu." Ein anderer Gewerkschafter erklärte noch einmal, warum die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung unabweisbar geworden ist: nur die Belegschaftsräte seien noch in der Lage, das zusammengebrochene System der Lebensmittelverteilung und der Versorgung insgesamt wiederherzustellen und die leeren Läden zu füllen. Und nur in selbstverwalteten Betrieben werde es keine Streiks mehr geben müssen.

Die Tiefe der polnischen Wirtschaftskrise – ohne Parallele in einem anderen entwickelten Land, jedenfalls in Friedenszeiten – zeigt ja nur die Tiefe der Gesellschaftskrise, in die das System gestürzt ist, konfrontiert mit so einfachen, elementaren Forderungen wie denen nach gewerkschaftlicher Organisation und

gel" (34/81) veröffentlichte Protokoll. Kuron wandte sich gegen die immer stärkeren Bestrebungen, eine politische Oppositionspartei zu gründen und die Machtfrage zu stellen; aus taktischen Gründen der Selbstbeschränkung, aber auch aus prinzipiellen Gründen gegen eine solche „Partei als getreues Abbild des Staates, zu dem sie selbst werden soll". Stattdessen empfiehlt er den „Kampf um eine Selbstverwaltung, die den Prozeß der Überwindung der Krise und den Prozeß von unten tragen würde".

In Polen ist damit die Eigentumsfrage vor der Machtfrage aufgeworfen (vgl. diese KVZ, Seite 11). Es ist eine Revolution der Umwege – oder auch der neuen Wege. Sie muß allerdings jetzt von neuem den Vormarsch antreten, oder sie wird einen Rückschlag erleiden. Viel hängt für uns selbst davon ab. Gründe genug, um in den Gewerkschaften, in der Friedensbewegung, auf allen Ebenen in der „Solidarität mit ‚Solidarność'" jetzt wirklich etwas zu erreichen. In Frankfurt wird eine bundesweite Konferenz dies Wochenende darüber beraten.

Finanzierungslücke auf 300 Mio. DM verringern würde. Während die CDU vor einem Jahr die Deckungslücke im Haushalt genüßlich ausschlachtete, hat die SPD jetzt kein Wort darüber verloren, sondern eigene Sparvorschläge angekündigt, nicht zuletzt, um ihrem Kanzler nicht in den Rücken zu fallen.

Bei Vorstellung der Haushaltsplanung sagte Weizsäcker, daß „es eine blinde Sparpolitik nicht geben" werde. Vielmehr haben die Planungen die Tendenz, die öffentlichen Dienstleistungen zusammenzustreichen und gleichzeitig zu verteuern. Am deutlichsten wird das bei der BVG: die Tarife sollen um 9% steigen, wobei die Buslinien zusammengestrichen und auf Zubringerdienste zur U-Bahn reduziert werden sollen. Von einer auch nur ansatzweise aufgenommenen Planung eines Verkehrsverbundes mit der zur Zeit weitgehend stilliegenden S-Bahn keine Rede mehr, obwohl es entschieden zur Verbesserung und Verbilligung des Öffentlichen Nahverkehrs beitragen könnte.

Bei den Kindertagesstätten ist der Senat zum Angriff übergegangen: Die „Nulltarif"-Regelung, daß für einen Kita-Platz nur 40 DM Essensgeld gezahlt werden muß, erst Anfang 79 erstritten, soll fallen: Es soll ein Betrag von 400 DM pro Platz gezahlt werden, wobei Abschläge für sozial schwache

der CDU angepriesen wurde. Der ÖTV-Frauenausschuß hat dieses Projekt des CDU-Senats scharf kritisiert, und der CDU eine Politik vorgewor-

aber angesichts der Pläne des Senats nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, falls das Projekt zu Fall gebracht werden kann.



„Wir werden das sozialistische Polen nicht antasten lassen und ein Bruderland nicht im Unglück verlassen." (zit. a. dem „Offenen Brief" der KPdSU an die PVAP-Führung)

In Polen vielerorts verteilte und geklebte Karikatur.

PRL ist die Abkürzung für „Volksrepublik Polen".

Leisler-Kiep jetzt auch unter Betrugsverdacht

gek. Interessant gestalten sich die Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung gegen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und den NRW-Schatzmeister der FDP, Gattermann. Nachdem die Fahnder bereits unlauteren Finanzierungsmethoden des „Vorwärts"-Verlags auf die Spur gekommen sind, richten sich die neuesten Ermittlungen gegen den CDU-Schatzmeister Leisler-Kiep und weitere führende Christdemokraten. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat den Bundestagspräsidenten offiziell unterrichtet. Ermittelt wird auch gegen mehrere Firmen sowie gegen die Geschäftsführer mehrerer als gemeinnützig anerkannter Vereine. Solche Vereine fungieren häufig als Zwischenträger für Großspenden von Firmen an Parteien, die andernfalls laut Parteiengesetz offengelegt werden müßten. Fingierte Gutachten, für die überhöhte Honorare gezahlt werden, die dann steuerfrei als Spende an die Partei gehen, gehören zu den beliebtesten Betrugsmethoden.

Grüne Stadtverordnete im „Römer" ausgeschlossen

kvz.Frankfurt. Am Freitag, dem 27.8.81 wurden die beiden Stadtverordneten der Grünen Jutta Ditfurt und Manfred Zieran für die nächsten beiden Stadtverordnetensitzungen ausgeschlossen. Anlaß war folgendes: Ein anderer Stadtverordneter der Grünen hatte einen Antrag auf Errichtung eines Kriegerdenkmals kritisiert und vorgeschlagen, besser stattdessen zu Ehren der KZ-Häftlinge ein Denkmal zu errichten. Das veranlaßte ein Mitglied der CDU, ihm zuzurufen, er als CSSR-Flüchtling habe gefälligst seine neue Heimat zu ehren und kein Recht, sich auf diese Art und Weise abfällig zu äußern. Anschließend soll der Stadtverordnete der Grünen, Zieran, dies als „Sauerei" bezeichnet haben, worauf er ausgeschlossen wurde; als ihn J. Ditfurt unterstützte, sie ebenfalls. Die SPD billigte im großen und ganzen das Vorgehen des CDU-Stadtverordnetenvorstehers, ihm sei nichts anderes übriggeblieben. Die CDU bezeichnete mittlerweile das Verhalten der Grünen im Römer generell als „unerträgliche Belastung" für die Stadtverordnetenversammlung. Dazu stellte die SPD fest, daß dieser Gedanke der CDU zu Ende gedacht, heißen würde, daß die Grünen für den Rest der Legislaturperiode ausgeschlossen werden müßten. Die Grünen haben im Zuge ihres Protestes gegen den Ausschluß eine Überprüfung der gesetzlichen Bestimmungen, die ein Mundtotmachen von Opposition in Parlamenten möglich machen, angekündigt.

Krach in der Tagesschau-Redaktion zieht Kreise

gkr. Zuerst hatten sich 27 Redakteure von ARD-aktuell beim Intendanten Räuker über ihren Chefredakteur Edmund Gruber beschwert. Er hatte bei der Berichterstattung über die Neutronenwaffe mehrmals, mindestens aber zweimal, gegen die Auffassung der jeweils verantwortlichen Redakteure, kritische Stimmen zu der Entscheidung Reagans unterdrückt. Gruber hatte in einer Antwort die Redakteure eines „verantwortungslosen Tendenzjournalismus" bezichtigt, und bei seiner Zählung gleich noch ein paar unter Redaktionsvertrag stehende Regisseure berücksichtigt, um feststellen zu können, die Protestierenden seien „nicht einmal die halbe Redaktion" (von angeblich 62). Die Journalistenverbände DJV und RFFU haben sich mit den Redakteuren solidarisiert und das Verhalten Grubers als „unerträglich" bezeichnet. Mittlerweile haben sich 34 ARD-aktuell-Redakteure/innen in einem Brief an NDR-Redakteur Räuker gewandt, in dem sie fordern, Gruber müsse seinen Vorwurf des „Tendenzjournalismus" zurücknehmen. Auch der frühere Chefredakteur Gütt forderte Räuker auf, „dem Rufmord des Herrn Gruber entgegenzutreten."

Auflösung von zwei Pädagogischen Hochschulen zulässig

kvz. Die Auflösung der beiden Pädagogischen Hochschulen in Esslingen am Neckar und Lörrach, die der Landtag von Baden-Württemberg mit seiner CDU-Mehrheit im Dezember 1981 beschlossen hat, sei mit der Verfassung Baden-Württembergs vereinbar. So entschied der baden-württembergische Staatsgerichtshof. Die Landesregierung will mit der Auflösung die Zahl der Studienplätze reduzieren, gegenüber 22000 PH-Studenten 1975 gäbe es jetzt nur noch 12000, so argumentiert sie. FDP, Die Grünen und ein Teil der SPD hatten des Beschluß angefochten, gestützt auf die Verfassung Baden-Württembergs, in der eine Bestandsgarantie für Universitäten und Hochschulen mit Promotionsrecht enthalten ist. Dieser Artikel beziehe sich nur auf die 1953, bei der Gründung des Landes vorhandenen Hochschulen, so interpretierte der Gerichtshof.

Positionspapier zur Ärzteausbildung

gew. Im August hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ein „Positionspapier zu Fragen der ärztlichen Ausbildung" vorgelegt. Darin heißt es: eine „grundsätzliche Umstrukturierung des Medizin-Studiums soll vermieden" werden. Im einzelnen schlägt das Papier u.a. vor: Verlängerung der Pflichtfamulatur (kostenlose Arbeit in Krankenhaus und Arztpraxis während der vorlesungsfreien Zeit mit wenig Ausbildungseffekt), soll von vier auf sechs Monate verlängert werden. Für das Praktische Jahr soll es eine „Klarstellung des Status der Studenten" geben. Von Ausbildungsvertrag oder Bezahlung ist keine Rede. Statt die zentralen, bundeseinheitlich durchgeführten multiple-choice-Prüfungen abzuschaffen, wie es die Studenten und viele Professoren fordern, beabsichtigt das Ministerium die „Einführung weiterer mündlicher und mündlich-praktischer Prüfungen". Dabei sollen nach einer Variante sämtliche schriftlichen Teile der ärztlichen Prüfung zu einer Mammutprüfung nach drei Jahren klinischen Studiums zusammengefaßt werden. Dazu eine mündliche Prüfung in drei bis vier Fächern und eine mündlich-praktische Prüfung in drei Fächern nach dem Praktischen Jahr. Diese Pläne entsprechen im wesentlichen den Vorschlägen von Neumeister und Kroll-Schlüter, die in einer großen Bundestagsanfrage für die CDU/CSU zusätzlich ein zweites Praktisches Jahr nach dem Studium erwogen. Bis zur Jahreswende will das Ministerium die Vorschläge in einen Referentenentwurf für eine AO-Novelle gießen.

Umschülerdemonstration gegen die Bonner Sparpläne

ebn.Hamburg Am Mittwoch, dem 2. 9. demonstrierten in Hamburg 800 bis 900 Umschüler, Fortzubildende und Rehabilitanden gegen die Sparpläne der Bundesregierung, über die am gleichen Tag in Bonn das Bundeskabinett beriet. Nach den bisher bekannt gewordenen Plänen sollen die Umschüler und Fortzubildenden, die bisher 80% ihres vorherigen Nettolohnes als Unterhaltsgeld (UHG) bekamen, in Zukunft nur noch 75% bekommen, wenn sie Kinder haben, und 68% wenn sie keine Kinder haben. Das ist genauso viel wie das Arbeitslosengeld. Die Rehabilitanden, die bisher ein Übergangsgeld in Höhe ihres Nettolohnes bekamen, sollen 25% weniger bekommen, wenn sie keine Kinder haben, und 10% weniger, wenn sie Kinder haben. Außerdem soll in Zukunft das UHG bzw. Übergangsgeld beim Lohnsteuerjahresausgleich angerechnet werden. Schließlich werden Umschüler, Fortzubildende und Rehabilitanden auch betroffen sein von den Kürzungen des Kindergeldes und des Wohngeldes.

Die Landarbeiter auf den privaten Großbetrieben

Das Wohlergehen der Landwirtschaft ist extrem wichtig für die Stabilität der nicaraguanischen Wirtschaft, da 75% der Exporterlöse des an Bodenschätzen armen Landes dort erwirtschaftet werden, auf den großen Zucker- und Baumwollplantagen an der Pazifikküste ebenso wie auf den teils winzigen Kaffeefincas im nördlichen Bergland. 300000 bis 400000 Menschen, das ist über die Hälfte der Erwerbstätigen, sind im Agrarsektor beschäftigt: als Landarbeiter, Kleinbauern oder ,,cortadores", wie die Wanderarbeiter genannt werden, die nur von Dezember bis April zur Kaffee- und Baumwollernte auf die Hacienden kommen.

Grund und Boden in Nicaragua sind heute (ebenso wie die Industrieproduktion) immer noch zu drei Vierteln in privater Hand, da die Sandinisten nach dem Abgang Somozas im wesentlichen nur dessen verlassene Landgüter und Fabriken konfiszierten, um die Produktion nicht zu gefährden. Entsprechend ist auch die Mehrzahl der Landarbeiter auf privaten Groß- und Mittelbetrieben beschäftigt. Was hat sich für sie verändert?

Bildungsurlaub bei den milicias und Mindestlöhne

Zunächst einmal sind die Mindestlöhne per Gesetz verdreifacht worden. Sie liegen heute bei gut 30 Cordovas täglich, dazu kommen noch geringe Sozialleistungen. Zum Vergleich: Ein einfaches Essen, schwarze Bohnen mit Reis z.B., kostet bereits mindestens 15 Cordovas.

Die tägliche Arbeitszeit wurde von vorher elf auf acht Stunden herabgesetzt, es gibt einen freien Tag in der Woche und zwei Wochen bezahlten Urlaub pro Halbjahr sowie einen grundsätzlichen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Außerdem besteht die Möglichkeit, vier Wochen Bildungsurlaub im Jahr zu nehmen, der zum Besuch von Seminaren über Geschichte, Wirtschaft, Politik oder Gewerkschaftsorganisation genutzt werden kann. Denn die Mehrheit der Landarbeiter hat nie eine Schule besucht, nie etwas über das Ausland erfahren, nie die Möglichkeit gehabt, sich legal zu organisieren. Vor allem das ist jetzt grundlegend anders geworden, denn eine Organisierung der Arbeiter ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen Rechte, die von den Patrones keineswegs freiwillig eingeräumt werden.

Dafür ist die Landarbeitergewerkschaft ATC (asociación de trabajadores del campo) zuständig, in der heute ca. ein Drittel der Arbeiter organisiert ist. Sie war bereits seit 1976 in einigen Regionen im Untergrund tätig und ist heute als sandinistische Massenorganisation im ganzen Land präsent. Finanziert wird sie aus Mitgliederbeiträgen und internationalen Spenden, nicht

schweigend zu, einige unterschreiben, die meisten haben schon.

Thema 2: Die Intergration in die Volksmilizen. Francisco erläutert die Bedeutung der Verteidigungsbereitschaft des ganzen Volkes gegenüber den häufigen Grenzüberfällen der in Honduras verbliebenen somozistischen Truppen. Er betont die absolute Freiwilligkeit der Teilnahme. Die Milizen sollen von allen Massenorganisationen in Betrieben und Stadtteilen gebildet werden und einen Abend in der Woche die Grundkenntnisse militärischer Taktik lernen und den Umgang mit Waffen üben. Für eine zusätzliche vierwöchige Grundausbildung kann Urlaub beantragt werden, aber man ist darauf bedacht, dafür möglichst nicht die Fortschritte für die Landarbeiter zu erreichen, und diese beteiligen sich mit wahrer Begeisterung am Aushandeln der Verträge. Meist geht es dabei um Wohnungs- und Ernährungsprobleme.

Auch von dieser Neuerung sind die Patrones jedoch keineswegs begeistert.

Die Landarbeiter auf den volkseigenen Betrieben

Wie unterscheidet sich nun die Lage der Landarbeiter auf den verstaatlichten Somozabetrieben, dem Bereich des sogenannten Volkseigentums, von der in Teil eins beschriebenen Situation auf den Privatbetrieben? Von wem und wie wird jetzt die Produktion organisiert? Gehören die ignoranten Patrones endgültig der Vergangenheit an?

Gesichtspunkten vorgenommen. Eine oder mehrere Fincas bilden jetzt eine Produktionseinheit (UPE), die von einem Verwalter (administrador) geleitet wird. Dieser wurde oft von den alten Besitzern übernommen. Mehrere Produktionseinheiten möglichst gleicher Spezialisierung bilden einen Komplex (complejo) mit einem Techniker an der Spitze, mehrere complejos bilden ein Unternehmen (empresa). Chef ist der director. Die Unternehmen einer Gegend unterstehen je einem der 7 Regionalbüros der INRA.

Auch diese Regelung macht natürlich aus den buntgewürfelten Reliquien der Diktatur noch nicht automatisch ökonomisch, geschweige denn sozial, funktionsfähige Einheiten.

große Effizienz in der Produktion beinhaltet." Die Mobilisierung der Arbeiter für die Erhöhung der Produktion und die Erfüllung des Plans 81 ist demnach einer der Hauptgründe für die Einführung der Mitbestimmung in den volkseigenen Betrieben, die Anfang 1981 mit dem Dekret Nr. 580 gesetzlich abgesichert wurde. Zum anderen wird durch eine Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur eine schlagkräftige Interessenvertretung der Arbeiter angestrebt.

Das soll im wesentlichen durch die Wahl von Betriebsräten in den Produktionseinheiten und auf den übergeordneten complejos erreicht werden.

Das höchste Mitbestimmungsorgan ist der auf Unternehmensebene gebil-

Nicaragua:

Eine Revolution für die Bauern und Landarbeiter?

Seit zwei Jahren versucht das nicaraguanische Volk unter der Führung der sandinistischen Regierung, das vom Krieg gegen Somoza zerstörte Land wiederaufzubauen. Die Sandinisten haben von Anfang an betont, daß die Wirtschaft ,,en beneficio del pueblo", zum Nutzen des Volkes, reaktiviert werden solle. In dem vor einigen Monaten veröffentlichten Entwicklungsplan für 1981 wird die Befriedigung der Grundbedürfnisse als gleichberechtigtes Ziel neben der Verminderung der Auslandsabhängigkeit genannt.

Der hier in Auszügen wiedergegebene Bericht* versucht anhand des Agrarsektors aufzuzeigen, welche Veränderungen sich heute schon für die Bevölkerung ergeben haben und welche Konflikte dabei auftreten.

Plakat der Agrarreformbehörde (INRA): ,,Verbessern wir unser Leben durch gemeinschaftliche Produktion"

wichtigsten Fachkräfte zu gewinnen, um die Produktion nicht zu gefährden. Die Arbeiter hören schweigend zu, einer entscheidet sich spontan; derweil nehmen die inzwischen hinzugekommenen Kinder mit Begeisterung die von Francisco mitgebrachten (nicht geladenen) Knarren auseinander.

Top 3: Der 1. Mai. Die ATC-Zentrale in Managua hat zur Erläuterung ein vierseitiges Papier mit Daten zur europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung an die Departaments verschickt. Francisco liest vor. ,,Ist allen die Bedeutung dieses Tages für die Arbeiterklasse klar?" Freundliches Nikken allseits, keine Fragen.

Eine Stunde ist vergangen, ohne daß die Arbeiter mehr als drei Sätze gesagt hätten. Doch plötzlich wird sehr lebhaft untereinander geredet, es ist nämlich der letzte Punkt an der Reihe, der Konflikt mit dem Verwalter. Der Ar-

Dazu Jaime Wheelock, Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Chef des Agrarreforminstituts INRA in einem Interview mit der Zeitschrift Nicarauac:

,,Eines der Hauptprobleme der staatlichen Hacienden ist die geringe Participacion der Arbeiter. Diese geringe Participacion hat zu einer Reihe von Problemen geführt, so dem Konflikt mit den Technikern, die häufig von oben herab ihre Vorstellungen durchdrücken wollen, die sich weder mit dem Rest der Arbeiter zusammentun, noch enger mit ihm verbinden, sich oft nicht einmal als Arbeiter fühlen und noch immer ein gewisses, aus dem Erbe der Vergangenheit herrührendes Bewußtsein besitzen, das verschwinden muß."

Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Denn Nicaragua hat zu wenig Fachkräfte und so wurden die oberen

Schlüsselfunktion des Volkseigentums

Aufgrund der Schwierigkeiten, die bisher verstaatlichten Hacienden überhaupt verwaltungsmäßig in den Griff zu bekommen, ist eine Ausweitung des Volkseigentums im Agrarsektor nicht vorgesehen.

Im Industriesektor ist die Lage ähnlich: Ca. 250 Somozaunternehmen stehen unter der Verwaltung von COIP (corporacion industrial del pueblo) und werden nach Produktionszweigen neuorganisiert. Bei den privaten Industrieunternehmen interveniert der Staat nur, wenn sie von ihren Besitzern dekapitalisiert werden, da dies den Zielen des Wiederaufbaus zuwiderläuft.

Obschon die Staatsunternehmen also quantitativ nur eine begrenzte Bedeutung haben, wird ihnen von den sandinistischen Regierung eine Schlüsselfunktion bei der ,,Restrukturierung

dete Beirat (conseja consultivo), der sich aus dem Direktor der Gesamtunternehmung, den Leitern der complejos und einem hauptamtlichen Departamentsvertreter der ATC zusammensetzt. Er tritt einmal monatlich zusammen.

Pachtreform und Genossenschaften für 100000 Kleinbauern

Die Versorgung Nicaraguas mit Reis, Mais, Bohnen und Gemüse wird zu 80–100% von den über 100000 kleinen und mittleren Agrarproduzenten aufrechterhalten. Sie beschäftigen nur in geringem Umfang Saisonarbeiter und besitzen nicht mehr als 250 Rinder. Als Kleinbauer gilt, wer bis zu 5 manzanas an Grundnahrungsmitteln oder bis 20 manzanas mit Exportprodukten bebaut und keine Lohnarbeiter beschäftigt. Die Kleinbauern sind oft nicht Eigentümer ihrer Parzellen, son-

wiederaufzubauen. Die Sandinisten haben von Anfang an betont, daß die Wirtschaft ,,en beneficio del pueblo", zum Nutzen des Volkes, reaktiviert werden solle. In dem vor einigen Monaten veröffentlichten Entwicklungsplan für 1981 wird die Befriedigung der Grundbedürfnisse als gleichberechtigtes Ziel neben der Verminderung der Auslandsabhängigkeit genannt.

Der hier in Auszügen wiedergegebene Bericht* versucht anhand des Agrarsektors aufzuzeigen, welche Veränderungen sich heute schon für die Bevölkerung ergeben haben und welche Konflikte dabei auftreten.

Plakat der Agrarreformbehörde (INRA): ,,Verbessern wir unser Leben durch gemeinschaftliche Produktion"

Die tägliche Arbeitszeit wurde von vorher elf auf acht Stunden herabgesetzt, es gibt einen freien Tag in der Woche und zwei Wochen bezahlten Urlaub pro Halbjahr sowie einen grundsätzlichen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Außerdem besteht die Möglichkeit, vier Wochen Bildungsurlaub im Jahr zu nehmen, der zum Besuch von Seminaren über Geschichte, Wirtschaft, Politik oder Gewerkschaftsorganisation genutzt werden kann. Denn die Mehrheit der Landarbeiter hat nie eine Schule besucht, nie etwas über das Ausland erfahren, nie die Möglichkeit gehabt, sich legal zu organisieren. Vor allem das ist jetzt grundlegend anders geworden, denn eine Organisierung der Arbeiter ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen Rechte, die von den Patrones keineswegs freiwillig eingeräumt werden.

Dafür ist die Landarbeitergewerkschaft ATC (asociación de trabajadores del campo) zuständig, in der heute ca. ein Drittel der Arbeiter organisiert ist. Sie war bereits seit 1976 in einigen Regionen im Untergrund tätig und ist heute als sandinistische Massenorganisation im ganzen Land präsent. Finanziert wird sie aus Mitgliederbeiträgen und internationalen Spenden, nicht
aber aus dem Regierungshaushalt. Sandinistische Massenorganisation, das heißt: nicht nur die Interessen der Landarbeiter gegenüber Patron und Regierung vertreten, sondern auch die Politik der Regierung an der Basis zu vermitteln, zu diskutieren.

Wie funktioniert denn das praktisch, möchte ich von Francisco Espinoza von der ATC-Rivas wissen. Er nimmt mich mit zu einer Gewerkschaftsversammlung auf einer privaten Rinderhacienda in Pica-Pica. Jeder der zehn im Departament Rivas tätigen hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre ist für die Betreuung einiger solcher Betriebe zuständig. Es soll möglichst alle zwei Wochen auf jeder der Hacienden eine Versammlung abgehalten werden. Das hat sich aber offensichtlich noch nicht recht herumgesprochen, denn als wir eine halbe Stunde nach Arbeitsschluß (um den Patron nicht zu vergrätzen) in Pica-Pica ankommen, sind von den 40 in den Büchern geführten ATC-Mitgliedern nur 15 da. Auch der Verwalter nimmt in Vertretung des Patrons teil.

Punkt 1 der Tagesordnung ist der Kreditstopp der Vereinigten Staaten. Francisco hält eine etwa halbstündige Rede über die konjunkturelle Lage Nicaraguas und die Bedeutung des 15 Mio.-Dollar-Kredits, den die USA jetzt nicht mehr auszahlen wollen. Ziel ist, die Arbeiter zum Unterschreiben der sogenannten ,,carta de dignidad" zu bewegen, einer landesweiten Aktion, die der Welt demonstrieren soll, daß das nicaraguanische Volk geschlossen der Meinung ist, daß ökonomische Hilfe ohne Auflagen gewährt werden solle. Die Arbeiter hören

wichtigsten Fachkräfte zu gewinnen, um die Produktion nicht zu gefährden. Die Arbeiter hören schweigend zu, einer entscheidet sich spontan; derweil nehmen die inzwischen hinzugekommenen Kinder mit Begeisterung die von Francisco mitgebrachten (nicht geladenen) Knarren auseinander.

Top 3: Der 1. Mai. Die ATC-Zentrale in Managua hat zur Erläuterung ein vierseitiges Papier mit Daten zur europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung an die Departaments verschickt. Francisco liest vor. ,,Ist allen die Bedeutung dieses Tages für die Arbeiterklasse klar?" Freundliches Nikken allseits, keine Fragen.

Eine Stunde ist vergangen, ohne daß die Arbeiter mehr als drei Sätze gesagt hätten. Doch plötzlich wird sehr lebhaft untereinander geredet, es ist nämlich der letzte Punkt an der Reihe, der Konflikt mit dem Verwalter. Der Ar-
beitersprecher berichtet: Einer der Arbeiter sei krank, habe auch eine Arztbescheinigung, aber der Verwalter weigere sich, den Lohn weiterzuzahlen. Der Verwalter seinerseits behauptet, das ,,convenio collectivo" (ein auf Betriebsebene geschlossener Zusatzvertrag zwischen Patron und Gewerkschaft) sehe nur bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten eine Zahlung von 70% des Lohns vor, nicht jedoch bei normalen Krankheiten. Das Schriftstück ist mißverständlich formuliert, Francisco ist sich aber sicher: ,,Klar, daß der zahlen muß; wenigstens den halben Lohn". Da man sich nicht einigen kann, wird eine Arbeiterdelegation zusammen mit dem Verwalter und einem ATC-Vertreter am nächsten Tag beim Arbeitsministerium in Rivas vorsprechen, ein gängiges Verfahren.

Die Versammlung ist zu Ende.

Sandinistische Lohnpolitik

Um nicht die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Beschäftigten abzubauen, wie es im letzten Jahr v.a. in den Städten passierte (was zu erheblichen Unruhen führte), betreibt die Frente jetzt eine Umverteilungspolitik zugunsten der unteren Einkommensschichten. Alle Beschäftigten erhalten den gleichen absoluten Betrag an Lohnerhöhung, so daß die Armen prozentual besser wegkommen als die Mittelschichten.

Als Verhandlungsspielraum für die Gewerkschaften bleibt der sogenannte Soziallohn. Man versteht darunter alle nicht in Geld ausgezahlten Verbesserungen des Lebensstandards der Arbeiter.

Der Soziallohn ist eine der wichtigsten Möglichkeiten für die ATC, kleine

Dazu Jaime Wheelock, Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Chef des Agrarreforminstituts INRA in einem Interview mit der Zeitschrift Nicarauac:

,,Eines der Hauptprobleme der staatlichen Hacienden ist die geringe Participacion der Arbeiter. Diese geringe Participacion hat zu einer Reihe von Problemen geführt, so dem Konflikt mit den Technikern, die häufig von oben herab ihre Vorstellungen durchdrücken wollen, die sich weder mit dem Rest der Arbeiter zusammentun, noch enger mit ihm verbinden, sich oft nicht einmal als Arbeiter fühlen und noch immer ein gewisses, aus dem Erbe der Vergangenheit herrührendes Bewußtsein besitzen, das verschwinden muß."

Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Denn Nicaragua hat zu wenig Fachkräfte und so wurden die oberen
Managementebenen der Staatsbetriebe zwar ausgetauscht, aber oft mit durchaus zwielichtigen Personen neubesetzt.

Das Erbe

Die vielschichtigen Probleme der Staatsunternehmen, für die die Malaise mit den Technikern nur der offensichtlichste Ausdruck ist, können jedoch den Sandinisten kaum angelastet werden. Dazu noch einmal Jaime Wheelock: ,,Warum haben wir nur Staatshacienden? Weil es ein Modell ist? Nein, weil es ... komplette Plantagen sind mit all ihren Strukturen, die eine Parzellierung nicht zulassen. Dies war das einzige, was die Somozisten, denen die besten Hacienden gehörten, besaßen."

Und das waren etwa 2000 fincas, die direkt nach dem Krieg entschädigungslos konfisziert wurden, immerhin ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche und die Hälfte der Agroindustrie.

So kontrolliert der Staat heute gut ein Achtel der Kaffee- und Baumwollproduktion, 40% der Zuckerproduktion und sogar über die Hälfte der für den Fleischexport bedeutsamen Viehzucht; vor allem diese Betriebe hatte Somoza sich nach dem II. Weltkrieg durch die Enteignung deutscher Einwanderer unter den Nagel gerissen. Zunächst wurden alle konfiszierten Hacienden eines Departaments zu je einem Riesenunternehmen zusammengefaßt und unter die Verwaltung des INRA gestellt. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese 18 künstlichen Mammutgebilde nicht rentabel zu managen waren, und so wurde Anfang 1981 eine Neuaufteilung nach produktionstechnischen und betriebswirtschaftlichen

Schlüsselfunktion des Volkseigentums

Aufgrund der Schwierigkeiten, die bisher verstaatlichten Hacienden überhaupt verwaltungsmäßig in den Griff zu bekommen, ist eine Ausweitung des Volkseigentums im Agrarsektor nicht vorgesehen.

Im Industriesektor ist die Lage ähnlich: Ca. 250 Somozaunternehmen stehen unter der Verwaltung von COIP (corporacion industrial del pueblo) und werden nach Produktionszweigen neuorganisiert. Bei den privaten Industrieunternehmen interveniert der Staat nur, wenn sie von ihren Besitzern dekapitalisiert werden, da dies den Zielen des Wiederaufbaus zuwiderläuft.

Obschon die Staatsunternehmen also quantitativ nur eine begrenzte Bedeutung haben, wird ihnen von den sandinistischen Regierung eine Schlüsselfunktion bei der ,,Restrukturierung
und Reorientierung" der Ökonomie zugewiesen. Darunter wird eine möglichst schnelle Entwicklung der Produktivkräfte verstanden, die den Aufbau einer an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Wirtschaftsstruktur ermöglicht.

Die große Bedeutung der Staatsunternehmen ergibt sich zum einen mehr oder weniger zwangsläufig aus dem Unwillen der Privatunternehmer, überhaupt irgendwelche Investitionen zu tätigen, die sich nicht innerhalb eines Jahres rentieren, zum anderen aus der Tatsache, daß eine gezielte Wirtschaftsplanung nur im staatlichen Sektor möglich ist. Die privaten Investitionen sanken von 1977, dem besten Vorkriegsjahr, bis 1980 von 3,1 Mrd. US-Dollar auf 0,4 Mrd. Dollar, da die Kapitalisten den Eigentumsgarantien der Sandinisten offenbar nicht trauen. In dieser Situation fallen dem Staat sogar kostspielige Aufgaben zu, die eigentlich im Zuge des Wiederaufbaus von den Privaten erledigt werden müßten, wie die Erneuerung der Kaffeepflanzungen und die Aufpäppelung des durch Notschlachtungen im Krieg arg dezimierten Viehbestandes.

Neues Mitbestimmungsmodell

Henry Ruiz, Planungsminister bis Frühjahr 1981: ,,Die Möglichkeit der Arbeiter, sich direkt an der Führung der Unternehmen zu beteiligen, ist ein essentieller Teil des revolutionären Prozesses ... Arbeitermitbestimmung heißt aber nicht, mit der Arbeitsdisziplin zu brechen und die Arbeitsnormen nicht zu erfüllen, sondern eine neue Arbeitsdisziplin aufzubauen, die ein hohes politisches Bewußtsein und eine

dete Beirat (conseja consultivo), der sich aus dem Direktor der Gesamtunternehmung, den Leitern der complejos und einem hauptamtlichen Departamentsvertreter der ATC zusammensetzt. Er tritt einmal monatlich zusammen.

Pachtreform und Genossenschaften für 100000 Kleinbauern

Die Versorgung Nicaraguas mit Reis, Mais, Bohnen und Gemüse wird zu 80–100% von den über 100000 kleinen und mittleren Agrarproduzenten aufrechterhalten. Sie beschäftigen nur in geringem Umfang Saisonarbeiter und besitzen nicht mehr als 250 Rinder. Als Kleinbauer gilt, wer bis zu 5 manzanas an Grundnahrungsmitteln oder bis 20 manzanas mit Exportprodukten bebaut und keine Lohnarbeiter beschäftigt. Die Kleinbauern sind oft nicht Eigentümer ihrer Parzellen, son-
dern stehen in unterschiedlichen Formen der Abhängigkeit von Grundbesitzern, die sich vor allem im Bergland riesige Ländereien angeeignet haben, die sie aber nur extensiv oder gar nicht nutzen (im Gegenteil zu den kapitalistisch wirtschaftenden Großbetrieben). Um diese Misere zu beseitigen, hat die FSLN kürzlich eine gründliche Pachtreform durchgeführt. Die Kernpunkte des Dekrets Nr. 671 sind die Festsetzung der Pachtsätze und das Verbot, das Land während der Saatzeit brachliegen zu lassen. Wird vom Agrarreforminstitut INRA festgestellt, daß ein Grundbesitzer sich weigert, sein Land zu bestellen oder bestellen zu lassen, so verpachtet der Staat seinerseits den Boden und zahlt dem Eigentümer am Ende des Erntejahrs die Pachterträge aus. In den Fällen, in denen die Patrones sich grundsätzlich resistent verhalten oder sich nicht um das Land kümmern, weil sie außerhalb Nicaraguas le-

Fortsetzung auf Seite 4

* Vollständige Veröffentlichung in ,,blätter des iz3w" (informationszentrum dritte welt) Nr. 95, August 1981. Bezugsadresse: Postfach 5328, 7800 Freiburg i.B. Die Autorin berichtet von einem Besuch Nicaraguas im April d.J.; das erweiterte Verstaatlichungsprogramm, das die FSLN anläßlich des 2. Jahrestags der sandinistischen Revolution am 19. Juli 1981 verkündete, ist noch nicht berücksichtigt. – Aus Platzgründen können wir den Abschnitt über die verschiedenen nationalen Massenkampagnen zur politischen Erziehung und zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität sowie den über die Lage und Organisation der Saisonarbeiter und der Mittelbauern nicht abdrucken. Weitere kleinere Kürzungen mußten vorgenommen werden.

„Erfahrungen der westdeutschen Kommunisten mit ihrer Programmdebatte“

Eine Diskussionsveranstaltung in Frankfurt

W.P.Frankfurt. „Über die Erfahrung der westdeutschen Kommunisten mit ihrer Programmdebatte“ lautete das Thema eines Diskussionsforums* am 28.8. in Frankfurt. Eingeladen war Willfried Maier, Verfasser des gleichnamigen Artikels in Kommunismus und Klassenkampf 7/81, bislang verantwortlicher Redakteur der „Hefte für Demokratie und Sozialismus“, jetzt Mitherausgeber der Zeitschrift „Moderne Zeiten“. Die Veranstaltung war mit rund 300 Leuten gut besucht. Erwartungen nach weiterer Klärung in der gegenwärtigen Programmauseinandersetzung sind meines Erachtens nicht gut erfüllt worden, das gilt besonders für den ersten Punkt der Diskussion. Das lag nicht zuletzt an den Hauptdiskutanten selbst, den Genossen Maier und Schmierer, denen es leider nicht gelang, Differenzen und Übereinstimmung Punkt für Punkt deutlich herauszuarbeiten.

In einem einleitenden Referat faßte Willfried Maier nochmals seine aus dem Artikel in Kommunismus und Klassenkampf bekannte Kritik am KBW-Programm zusammen.

Die Diskussion konzentrierte sich auf drei Fragen:
1. Kann die Kritik an der Richtung der Produktivkraftentwicklung Hauptinhalt revolutionärer Politik sein?
2. Welchen Stellenwert hat der Kampf um Demokratie, um an die proletarische Revolution heranzukommen?
3. Sollen sich die Revolutionäre organisieren?

Kritik der Richtung der Produktivkräfte

Völlig zu Unrecht wurde hauptsächlich diese Frage diskutiert. Anstatt von vornherein auf Definition und Klärung etwa des Begriffs von der Richtung der Produktivkräfte Wert zu legen, wurden hier sowohl von Maier wie auch von Schmierer gegenseitig Positionen kritisiert, die *so* gar nicht vertreten werden. Das trägt natürlich nicht gerade zur Klärung bei.

Auf der einen Seite unterstellte der Genosse Maier in seinem Einleitungsreferat dem KBW und namentlich dem Genossen Schmierer, er behandle die Entwicklung der Produktivkräfte als einen im wesentlichen neutralen Vorgang; der KBW betrachte jegliche Entwicklung von Produktivkräften als a priori fortschrittlich und sehe nicht „die Tendenz, die sachlichen Produktivkräfte ohne Rücksicht auf den Arbeiter und die Erde zu entwickeln, die stofflichen Bedingungen der Reproduktion zu untergraben, also Destruktivkräfte hervorzubringen“ (KuK 7/81, S. 23). Der KBW sehe nicht, daß die Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen immer der Maxime der raschesten Kapitalverwertung unterworfen sei, weshalb daraus nicht nur eine Hemmung in der Entwicklung der Produktivkräfte resultieren könne, sondern die Entwicklung bestimmter Produktivkräfte Hand in Hand gehen könne mit der Zerstörung immenser gesellschaftlicher Reichtümer.

Richtig ist zweifellos, daß wir in den letzten Jahren zu grundlegenden ökologischen Fragen (Energieverschwendung, Umweltzerstörung u.ä.) keine geklärte und häufig eine einseitige Stellung einnahmen. Etwa, wenn das Energieproblem als Angelegenheit der imperialistischen Bourgeoisie betrachtet und jede Überlegung aus den Reihen der Anti-AKW-Bewegung, wie Energie gespart und alternativ gewonnen werden könnte, als Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie denunziert wurde. Oder: daß uns Probleme des öffentlichen Nahverkehrs deshalb nicht interessierten, weil ohnehin nur die Kapitalisten ein Interesse an einem gut ausgebauten Nahverkehrssystem haben könnten, um die Arbeitskräfte in die Fabrik gekarrt zu bekommen. Allerdings zeigen zahlreiche Veröffentlichungen insbesondere in Kommunismus und Klassenkampf der letzten Monate, zuletzt auch die Thesen zu Ökologie und Umweltschutz des Genossen Keizer (KVZ 35/81), daß aus solchen Fehlern, Einseitigkeiten und Abstraktionen von der stofflichen Seite (wie das der Genosse Maier nennt), Konsequenzen gezogen wurden. Das wirkt sich natürlich auch auf die praktische Beteiligung z.B. am Kampf gegen den Bau der Startbahn 18 West aus.

Umgekehrt unterstellte der Genosse Schmierer, vor lauter Kritik an der Richtung der Produktivkraftentwicklung „vergesse“ der Genosse Maier, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse die Grundlage der ganzen Scheiße seien – und nicht diese oder jene Richtung der Produktivkraftentwicklung. Hinter Maiers Begriff von der „Richtung der Produktivkräfte“ verberge sich doch bloß moderne Maschinenstürmerei in Gestalt der Kritik an der „Verwissenschaftlichung der Produktion“ (KuK 8/81, S. 6). Die Kritik an den Auffassungen des Genossen Maier ist natürlich *so* nicht haltbar. In der Diskussionsplattform der „Modernen Zeiten“, die deutlich Maiers Handschrift trägt, wird in verschiedenen Zusammenhängen festgestellt, daß die „Enteignung der Kapitalisten, die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und ihre Selbstverwaltung durch die Produzenten unabdingbar“ sind (S. 11). Und was den Vorwurf der „Kritik an der Verwissenschaftlichung der Produktion“ betrifft, so wird gerade in der Diskussionsplattform die „neue Lehre“ von Bahro und Gorz kritisiert, „in deren Zentrum die Kritik am Industriesystem und der Produktivkraftentwicklung steht“ (S. 15).

M.E. gibt es in dieser Frage keine grundlegenden Widersprüche. Wiewohl der Genosse Maier, etwas angetörnt von der breiten Volksbewegung gegen die Zerstörung der Naturbedingungen der menschlichen Existenz, übersieht, daß es Umweltzerstörung, auch in gigantischem Ausmaß, nicht erst in jüngster Zeit gibt, daß die Arbeiterklasse gerade auch in der Frühzeit des Kapitalismus nicht nur erbarmungslosen Ausbeutungsbedingungen unterworfen war, sondern auch unter unvorstellbaren Umweltbedingungen (Hygiene, Wohnungsbedingungen, Krankheiten usw.) leben mußte, daß allerdings auch der Kampf dagegen dort seinen Ausgangspunkt nahm.

Kampf um Demokratie

In dieser Frage ist der Standpunkt des Genossen Maier ziemlich widersprüchlich. Zunächst spricht er dem Kampf um Demokratie jede entscheidende Bedeutung ab, räumt schließlich aber doch ein, daß er „wachsende Bedeutung gewinnen wird, wenn die Krisenhaftigkeit fühlbarer und die gesellschaftlichen Kämpfe heftiger werden“ (Moderne Zeiten, S. 10). Während der Genosse Schmierer gerade von der Dialektik von Inhalt (soziale Interessen) und Form (Kampf um Demokratie) ausgeht, ignoriert Maier diese Beziehung und interessiert sich nur noch für den Haupt*inhalt* der „die Gesellschaft spaltenden Widersprüche“ (S. 10). Dabei beruft er sich auf Lenin: Dieser habe das demokratische Programm unter den spezifisch russischen Verhältnissen (Zarismus als entscheidende Stütze des Großgrundbesitzes, halbasiatische Fesselung der russischen Bauern) entwickelt, um die Arbeiterklasse zu befähigen, die Führung aller oppositionellen Klassen der Gesellschaft zu erreichen. „Demokratische Forderungen können nur dort zum Kernpunkt werden, wo die politische Unfreiheit selbst die entscheidende Frage ist, an der die Gesellschaft leidet“ (KuK 7/81, S. 27). Man kann sich über diese Auffassungen sicher streiten, nur: Mit Lenin läßt sich das beim besten Willen nicht begründen.

Die Bedeutung des Kampfes um Demokratie liegt ja eben darin, daß (inhaltliche) Positionen der Arbeiter- und Volksbewegung *gehalten* werden können gegen die Bestrebungen der Bourgeoisie, sie bei nächster Gelegenheit wieder zu schleifen. Deshalb ist es doch notwendig, gegenüber der Bourgeoisie an allen Fronten des Kampfes *gesetzliche* oder andere verbindliche und gemeingültige Regelungen, Kontroll- und Einspruchsrechte durchzusetzen. Wenn die Arbeiterbewegung diese Seite des Kampfes geringschätzt oder ignoriert, werden Erfolge und errungene Positionen relativ leicht wieder verloren gehen. Wie soll die politische Macht erfolgreich erobert werden, wenn nicht zuvor die gesellschaftliche Stellung der Bourgeoisie systematisch geschwächt und eingeschränkt und von Positionen der Volksmacht bedroht wird? Da auch der Genosse Maier, wenn auch in eher zurückhaltenden Andeutungen, davon ausgeht, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und selbst die politische Macht ergreifen muß (die Arbeiterklasse muß der „an Erhaltung des bestehenden Zustandes interessierten Seite ... die politische Souveränität ... streitig machen. Wie sich das vollzieht, an welcher Frage und in welcher Form, darüber muß man sich auseinandersetzen. Daß dieser Punkt durchschritten werden muß, ist schwer zu bezweifeln, es sei denn, man behauptet eine grundsätzliche Harmonie von Interessen“ – MZ, S. 16, 17), kommt er am Kampf um Demokratie eben doch nicht ganz vorbei.

Organisation der Revolutionäre

Die schärfsten Differenzen bestehen natürlich in dieser Frage. Hier ist es aber auch am wenigsten angebracht, Zugeständnisse zu machen. Wenn man sich anhört, welche Auffassung Genosse Maier von Revolutionären hat, die sich um programmatische Grundsätze zusammenschließen wollen, dann ist es nur folgerichtig, wenn er den organisatorischen Zusammenschluß für unnütz und sektiererisch hält. Er habe etwas dagegen, daß die Kommunisten „programmatisch vereidigt“ werden. Das führe doch eh nur zu „Verrenkungen der Mitglieder“, und das häßliche Ergebnis der Bemühungen um gemeinsame programmatische Positionen sei doch nur der „allseitige, kommunistische Zusammenfasser“, der den Kämpfen nur seine besondere Richtung aufschwätzen wolle. Darauf könne verzichtet werden. Stattdessen sollten die kommunisten sich als „Meinungsträger“ bescheiden, in den Massenbewegungen arbeiten. Dafür bedürfe es keiner besonderen Organisation. Schließlich muß der organisatorische Zusammenschluß für alles herhalten. Maier behauptet, die organisierten Kommunisten hätten keine einzige Frage von Bedeutung besser gelöst als die kämpfende Bewegung – im Gegenteil. Das beweise, daß derart organisierte Bemühungen unnütz seien. Abgesehen davon, daß ich diese Behauptung bestreiten möchte, ignoriert er z.B. die nicht unbedeutenden Bildungselemente, die von heutigen und früheren Mitgliedern revolutionärer Organisationen in der Arbeiterbewegung und in den demokratischen Bewegungen ausgehen. Diese ganze Argumentation schmeckt mir etwas nach der Arroganz des politischen Literaten, der seine Meinungen gut und gerne auch individuell verbreiten kann, wenn nur die sachlichen Voraussetzungen vorhanden sind. Wenn man revolutionär wirken will, braucht man beständige Ausbildung, sowohl theoretisch wie auch in Auswertung der praktischen Erfahrungen. Wenn sich dazu die Revolutionäre nicht organisieren, sondern auf eigene Faust marschieren, werden sie den Aufgaben nicht gewachsen sein. Das gilt auch in Zeiten, wo es nicht gerade Mode ist, sich revolutionär zu organisieren.

*Seit Mai veranstaltet die Bezirksleitung Frankfurt/Südhessen gemeinsam mit der Redaktion von „Kommunismus und Klassenkampf“ ein monatliches Diskussionsforum. Zur Diskussion stehen die jeweiligen Hauptartikel aus „Kommunismus und Klassenkampf“. Die jeweiligen Verfasser der Artikel werden zu den Diskussionsforen eingeladen.

Fortsetzung von Seite 3
ben, wurde der Boden bereits im letzten Jahr gegen Entschädigung enteignet oder vom INRA aufgekauft und an Kleinbauern vergeben.
Der jährliche Pachtzins ist für Baumwolle auf 300 cordovas pro man-
nationalen Entwicklungsbank BND. Allein 1980 wurden Agrarkredite in Höhe von fast 1 Mrd. cordovas vergeben, das ist achtmal mehr als zu Somozas besten Zeiten.
Bisher haben sich erst relativ wenige Bauern entschlossen, den Boden ge-
Kooperative allerdings noch nicht geklappt, weil sie mit ihrem Gemüse auf dem Markt von Jinotega nicht gegen die billigen Guatemala-Importe ankamen und gerade die Kredite zurückzahlen konnten. Sie wollen aber weitermachen. Wenn es mal Gewinne gibt, wird
durch Subventionierung verbilligt, in Volksläden verkauft. Man will damit den in vielen lateinamerikanischen Ländern begangenen Fehler vermeiden, die Produzentenpreise für Agrarprodukte aus Rücksicht auf die arme Stadtbevölkerung so niedrig festzuset-
duzieren. Nicaragua soll 1981 von Grundnahrungsmittelimporten unabhängig und später möglichst Nettoexporteur werden.
Dieses Ziel wird wahrscheinlich auch erreicht werden, obschon das neue Vermarktungssystem noch mit zahlrei-

Kritik der Richtung der Produktivkräfte
Völlig zu Unrecht wurde hauptsächlich diese Frage diskutiert. Anstatt von vornherein auf Definition und Klärung etwa des Begriffs von der Richtung der Produktivkräfte Wert zu legen, wurden hier sowohl von Maier wie auch von Schmierer gegenseitig Positionen kritisiert, die *so* gar nicht vertreten werden. Das trägt natürlich nicht gerade zur Klärung bei.
Auf der einen Seite unterstellte der Genosse Maier in seinem Einleitungsreferat dem KBW und namentlich dem Genossen Schmierer, er behandle die Entwicklung der Produktivkräfte als einen im wesentlichen neutralen Vorgang; der KBW betrachte jegliche Entwicklung von Produktivkräften als a priori fortschrittlich und sehe nicht „die Tendenz, die sachlichen Produktivkräfte ohne Rücksicht auf den Arbeiter und die Erde zu entwickeln, die stofflichen Bedingungen der Reproduktion zu untergraben, also Destruktivkräfte hervorzubringen“ (KuK
in die Fabrik gekarrt zu bekommen. Allerdings zeigen zahlreiche Veröffentlichungen insbesondere in Kommunismus und Klassenkampf der letzten Monate, zuletzt auch die Thesen zu Ökologie und Umweltschutz des Genossen Keizer (KVZ 35/81), daß aus solchen Fehlern, Einseitigkeiten und Abstraktionen von der stofflichen Seite (wie das der Genosse Maier nennt), Konsequenzen gezogen wurden. Das wirkt sich natürlich auch auf die praktische Beteiligung z.B. am Kampf gegen den Bau der Startbahn 18 West aus.
Umgekehrt unterstellte der Genosse Schmierer, vor lauter Kritik an der Richtung der Produktivkraftentwicklung „vergesse“ der Genosse Maier, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse die Grundlage der ganzen Scheiße seien – und nicht diese oder jene Richtung der Produktivkraftentwicklung. Hinter Maiers Begriff von der „Richtung der Produktivkräfte“ verberge sich doch bloß moderne Maschinenstürmerei in Gestalt der Kritik an der „Verwissenschaftlichung der
mungslosen Ausbeutungsbedingungen unterworfen war, sondern auch unter unvorstellbaren Umweltbedingungen (Hygiene, Wohnungsbedingungen, Krankheiten usw.) leben mußte, daß allerdings auch der Kampf dagegen dort seinen Ausgangspunkt nahm.
Kampf um Demokratie
In dieser Frage ist der Standpunkt des Genossen Maier ziemlich widersprüchlich. Zunächst spricht er dem Kampf um Demokratie jede entscheidende Bedeutung ab, räumt schließlich aber doch ein, daß er „wachsende Bedeutung gewinnen wird, wenn die Krisenhaftigkeit fühlbarer und die gesellschaftlichen Kämpfe heftiger werden“ (Moderne ..., S. 10). Während der Genosse Schmierer gerade von der Dialektik von Inhalt (soziale Interessen) und Form (Kampf um Demokratie) ausgeht, ignoriert Maier diese Beziehung und interessiert sich nur noch für den Haupt*inhalt* der „die Gesellschaft spaltenden Widersprüche“ (S. 10). Dabei beruft er sich auf Lenin: Dieser
noriert, werden Erfolge und errungene Positionen relativ leicht wieder verloren gehen. Wie soll die politische Macht erfolgreich erobert werden, wenn nicht zuvor die gesellschaftliche Stellung der Bourgeoisie systematisch geschwächt und eingeschränkt und von Positionen der Volksmacht bedroht wird? Da auch der Genosse Maier, wenn auch in eher zurückhaltenden Andeutungen, davon ausgeht, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und selbst die politische Macht ergreifen muß (die Arbeiterklasse muß der „an Erhaltung des bestehenden Zustandes interessierten Seite ... die politische Souveränität ... streitig machen. Wie sich das vollzieht, an welcher Frage und in welcher Form, darüber muß man sich auseinandersetzen. Daß dieser Punkt durchschritten werden muß, ist schwer zu bezweifeln, es sei denn, man behauptet eine grundsätzliche Harmonie von Interessen“ – MZ, S. 16, 17), kommt er am Kampf um Demokratie eben doch nicht ganz vorbei.
Organisationen in der Arbeiterbewegung und in den demokratischen Bewegungen ausgehen. Diese ganze Argumentation schmeckt mir etwas nach der Arroganz des politischen Literaten, der seine Meinungen gut und gerne auch individuell verbreiten kann, wenn nur die sachlichen Voraussetzungen vorhanden sind. Wenn man revolutionär wirken will, braucht man beständige Ausbildung, sowohl theoretisch wie auch in Auswertung der praktischen Erfahrungen. Wenn sich dazu die Revolutionäre nicht organisieren, sondern auf eigene Faust marschieren, werden sie den Aufgaben nicht gewachsen sein. Das gilt auch in Zeiten, wo es nicht gerade Mode ist, sich revolutionär zu organisieren.
*Seit Mai veranstaltet die Bezirksleitung Frankfurt/Südhessen gemeinsam mit der Redaktion von „Kommunismus und Klassenkampf“ ein monatliches Diskussionsforum. Zur Diskussion stehen die jeweiligen Hauptartikel aus „Kommunismus und Klassenkampf“. Die jeweiligen Verfasser der Artikel werden zu den Diskussionsforen eingeladen.

Fortsetzung von Seite 3

ben, wurde der Boden bereits im letzten Jahr gegen Entschädigung enteignet oder vom INRA aufgekauft und an Kleinbauern vergeben.

Der jährliche Pachtzins ist für Baumwolle auf 300 cordovas pro manzana festgelegt worden, für alle anderen Anbaukulturen auf 100 cordovas, wodurch vor allem den armen Bauern der Zugang zum Land erleichtert wird; denn vorher lagen die zu zahlenden Beträge oft dreimal so hoch. Die Pacht muß jetzt in Geld gezahlt werden, während bisher in weiten Gebieten die „Medieria“ üblich war, bei der der Pächter die halbe Ernte an den Großgrundbesitzer abgeben muß. Das alte Verfahren ist nicht nur deshalb unerwünscht, weil es den Bauern jeden Anreiz zur Steigerung der Produktion für den Markt nimmt und die wahre Höhe der Pachtzahlung verschleiert, sondern auch weil es der Absicht der Sandinisten zuwiderläuft, den spekulativen Zwischenhandel mit Grundnahrungsmitteln auszuschalten. Des weiteren haben die Pächter nun einen Anspruch darauf, im laufenden Jahr dasselbe Stück Land zu pachten wie im Vorjahr. Damit soll die Aneignung unbezahlter Arbeit der Pächter durch die Landeigentümer verhindert werden, denn es ist schlechter alter Brauch in Nicaragua, daß die Großgrundbesitzer versuchen, den Pächtern jedes Jahr ein anderes Stück Land zu geben, während sie selber die nunmehr schon urbar gemachte Parzelle nutzen.

Man hat nur noch einen Patron

Da der Zugang zum Land allein einem armen Bauern im allgemeinen wenig nützt, wenn er kein Geld hat, um sich Saatgut zu kaufen, werden den Kleinbauern jetzt auch günstige Kredite für die Produktion von Grundnahrungsmitteln zur Verfügung gestellt von der nationalen Entwicklungsbank BND. Allein 1980 wurden Agrarkredite in Höhe von fast 1 Mrd. cordovas vergeben, das ist achtmal mehr als zu Somozas besten Zeiten.

Bisher haben sich erst relativ wenige Bauern entschlossen, den Boden gemeinsam zu bearbeiten, aber die Dienstleistungsgenossenschaften verzeichneten regen Zulauf: Bis Mitte 1980 hatten sich schon mehr als 60000 Bauern organisiert. Die Kooperativen werden regelmäßig von der neuen Regierungsinstitution PROCAMPO in technischen Fragen beraten.

Ich begleite einen der staatlichen Agrarberater in der Provinz Jinotega bei seiner täglichen Fahrt aufs Land, um von den Bauern zu erfahren, ob das neue System funktioniert.

Mein erster Gesprächspartner ist ein sehr engagierter Kleinbauer, der selber erst vor wenigen Jahren durch Heirat in die Provinz gekommen ist und jetzt versucht, seine nächsten Nachbarn zum Aufbau einer Gruppe zu motivieren. Die Leute sind aber mißtrauisch, weil sie vor einiger Zeit schon einmal schlechte Erfahrungen mit dem Versuch einer Vermarktungskooperative gemacht haben. Die von ihnen gewählten Vertreter hatten damals in die eigene Tasche gewirtschaftet und „eine gemeinsame Produktion“, so erklärt mir der Bauer, „ist hier in der Gegend schon gar nicht drin, weil die Leute überall verstreut wohnen“.

Als nächstes fahren wir in ein kleines Dorf, wo sich alle 19 Familien zusammengeschlossen haben, um Kredite für Gemüseanbau zu bekommen und den Einkauf der notwendigen Konsumgüter aus der Stadt gemeinsam zu organisieren. Hier ist alles sehr viel einfacher, weil die Familien eng beisammen wohnen, sich täglich sehen und daher keine großen Versammlungen einberufen müssen. Ökonomisch hat es mit der Kooperative allerdings noch nicht geklappt, weil sie mit ihrem Gemüse auf dem Markt von Jinotega nicht gegen die billigen Guatemala-Importe ankamen und gerade die Kredite zurückzahlen konnten. Sie wollen aber weitermachen. Wenn es mal Gewinne gibt, wird eine Schule gebaut. Übrigens: Wenn die Bauern die staatlichen Kredite einmal nicht zurückzahlen können, gibt man ihnen Zeit bis zum nächsten Jahr.

Zum Schluß treffe ich noch einen jungen Kaffeeproduzenten. Er hat eine kleine Finca von 10 manzanas von seinem Vater übernommen, auf der er, je nach Jahreszeit, zwischen 8 und 20 Arbeiter beschäftigt. Die gestiegenen Mindestlöhne machen ihm zwar zu schaffen, jedoch betont er: „Das heißt noch lange nicht, daß ich gegen die Revolution bin. Es ist nur etwas schwierig, wenn die Preise für die Produktion steigen und die Weltmarktkaffeepreise nicht, aber zum Leben reicht es.“ Schon 1979 hat er sich mit 180 anderen Kaffeeproduzenten zu einer Vermarktungskooperative zusammengetan. Alle zwei Wochen halten sie eine Versammlung ab und er steht voll dahinter. Die Vorteile des neuen Systems sieht er ganz nüchtern: „Die Kreditzinsen sind billiger als bei Somoza und vor allem: Man hat jetzt nur noch einen Patron.“ Nämlich die staatliche Gesellschaft ENCAFE, die den Kaffee aufkauft und exportiert und die Produzenten von der Preisdrückerei des Zwischenhandels unabhängig macht.

Die gleiche Funktion für die Vermarktung der Grundnahrungsmittel soll die ebenfalls staatliche ENABAS erfüllen. Sie bietet den Bauern kostendeckende Preise für ihre Produkte: Seit Ende April erhalten die Produzenten 100 cord. pro Zentner Mais und 250 cord. für Reis sowie 320 cord. für schwarze Bohnen. Für die Endverbraucher werden die Güter dann, durch Subventionierung verbilligt, in Volksläden verkauft. Man will damit den in vielen lateinamerikanischen Ländern begangenen Fehler vermeiden, die Produzentenpreise für Agrarprodukte aus Rücksicht auf die arme Stadtbevölkerung so niedrig festzusetzen, daß die Bauern nichts mehr produzieren. Nicaragua soll 1981 von Grundnahrungsmittelimporten unabhängig und später möglichst Nettoexporteur werden.

Dieses Ziel wird wahrscheinlich auch erreicht werden, obschon das neue Vermarktungssystem noch mit zahlreichen Pannen behaftet ist.

Reaktionäre und Neofaschisten gegen TUWAT

TUWAT-Organisatoren rufen zur Demonstration am 13.9. gegen den Haig-Besuch auf

wat. Westberlin. Nachdem Polizeimaßnahmen wenig erfolgreich waren und am 20.8. das Ultimatum der Neuen Heimat an die Besetzer in der Knobelsdorffstr. 40 und 42 und Bülowstr. 89 folgenlos verstrichen ist, scheint der Senat jetzt in der Unterstützung von Bürgerwehren und faschistischen Gruppen einen neuen Weg zu suchen. Seit einiger Zeit ist für den 1.9. die offizielle Gründung der „Bürgeraktion gegen Chaos in Berlin" angesagt, an der auch Innensenator Lummer teilnehmen wollte. SPD-Sprecher warnten daraufhin vor einer „Pogromstimmung"; Lummer hat die Teilnahme jetzt ohne Begründung abgesagt.

Am Abend des 25.8. war es zur ersten Demonstration des TUWAT-Spektakels gekommen, wo an die 100 Neofaschisten, einige als Teds gekleidet und frisiert, provozierten. Darauf erschien „Bild Berlin" am nächsten Tag mit dem Aufmacher: „Tuwat: Blutige Schlacht mit Rockern". Einen Tag später kommentierte R. Stiege in der „Berliner Morgenpost": „Noch wissen wir nicht, ob es sich bei den Gegendemonstranten mit ihren Kampfanzügen und Baseballschlägern um Rocker, Teds, aktionssüchtige Bürger oder bereits um Rechtsradikale handelt. Sprechchöre wie ‚Rotfront, verrecke' machen frösteln. Erinnerungen an die Weimarer Zeit drängen sich auf, in der Kommunisten und Nationalsozialisten mit ihrer Konfrontation die Republik ruinierten. Sicher, niemand sollte den aufgeregten Austausch von radikalen Parolen in der Krawallszene bereits mit einem beginnenden Bürgerkrieg verwechseln, doch wir sollten den Anfängen wehren, wenn sich irgendwo in unserer Stadt Links- und Rechtsradikale gegenseitig hochzuschaukeln beginnen."

Das Kalkül ist einfach: Wenn es erstmal dazu kommt, daß Neofaschisten Straßenschlachten anzetteln, ist das klassische Argument gegeben, um links und rechts zugleich zu verbieten. Mit dieser Begründung war ja unter anderem auch das KPD-Verbot erfolgt. Es ist daher jetzt äußerst wichtig nachzuweisen, welche Verbindungen zwischen den Neofaschisten und dem Staatsapparat bestehen. Vor einigen Tagen haben die Neofaschisten Fahndungsfotos von 15 TUWAT-Organisatoren veröffentlicht, die gestochen scharf und alle in den letzten 2 Wochen aufgenommen sind. Allein das läßt bereits die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz vermuten, da sie offensichtlich Ergebnis einer gründlichen Ausspähung sind.

Mit z.T. unverständlichen Kommentaren reagiert die „Tageszeitung". Einerseits beklagt sie, daß es nicht wie beim TUNIX-Kongreß 1978 Großveranstaltungen mit linker Prominenz gibt, worin ich eher einen Fortschritt sehe, da so die Eigeninitiative mehr Gewicht erhält, andererseits sieht sie auch, daß insbesondere in den besetzten Häusern, wo Gäste aus Westdeutschland und anderen westeuropäischen Ländern übernachten, zahlreiche Diskussionen stattfinden. Völlig daneben greift ihre Einschätzung der Eröffnungsdemonstration in ihrer Westberliner Ausgabe am 27.8.: „Die Geschichte schlägt manchmal Kapriolen. Am Leopoldplatz werden Fackeln angezündet, von Linken – und erinnern doch an eine Zeit, die die faschistische genannt wird. Auch wenn Fackelzüge aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommen vielleicht auch gerade weil – es hinterläßt bei mir ein Unbehagen."

Die größte Konfrontation während des TUWAT-Spektakels mit der Staatsmacht wird es am 13.9. geben, wenn US-Außenminister Haig nach Westberlin kommt. Eine große Aktionseinheit von AL, Asten, Jusos, Jungdemokraten bis SEW hat sich auf eine Demonstration geeinigt, die zum Schöneberger Rathaus führen soll, wo sich Haig in das Goldene Buch der Stadt eintragen will. Es ist günstig, daß sie erstmal von Jusos und Jungdemokraten angemeldet ist und daher von vornherein eine Neuauflage der Hetze gegen TUWAT verhindert ist.



Dies Plakat ist in Zusammenarbeit von Künstlern und Bewohnern der besetzten Häuser Knobelsdorffstraße 40 und 42 entstanden. Die BVG hat sich ohne Begründung geweigert, das Plakat auf den U-Bahnhöfen aufhängen zu lassen.

Antikriegstag und Vorbereitung des 10.10.

Große Demonstrationen zum Antikriegstag in Bremen, Hamburg, Westberlin
521 Organisationen unterstützen bisher Aufruf zur Demonstration am 10. Oktober

Düsseldorf. Der DGB-Vorsitzende Vetter eröffnete auf der zentralen Antikriegstag-Veranstaltung in Düsseldorf die Friedensinitiative des DGB. Ziel dieser Initiative sei es, Bundestag und Bundesregierung aufzufordern, alles zu tun, daß es noch in diesem Jahr
(SPD). Er griff den NATO-Nachrüstungsbeschluß und das gesamte Militärkonzept der NATO an. Lafontain vertrat die Auffassung, daß der Frieden durch allseitige Abrüstungsmaßnahmen und gegenseitiges Vertrauen zu erzielen sei. Schon während der
sich gegen die Giftgaslager, Atomraketen und ABC-Waffen wandte.
In Hamburg hatten an einer Demonstration der DGB-Jugend 20000 (nach Schätzungen des DGB-Kreisvorsitzenden sogar 35000) teilgenommen. Einzelne Betriebsgruppen sind in der
an die Weimarer Zeit drängen sich auf, in der Kommunisten und Nationalsozialisten mit ihrer Konfrontation die Republik ruinierten. Sicher, niemand sollte den aufgeregten Austausch von radikalen Parolen in der Krawallszene bereits mit einem beginnenden Bürgerkrieg verwechseln, doch wir sollten den Anfängen wehren, wenn sich irgendwo in unserer Stadt Links- und Rechtsradikale gegenseitig hochzuschaukeln beginnen."
Das Kalkül ist einfach: Wenn es erstmal dazu kommt, daß Neofaschisten Straßenschlachten anzetteln, ist das klassische Argument gegeben, um links und rechts zugleich zu verbieten. Mit dieser Begründung war ja unter anderem auch das KPD-Verbot erfolgt. Es



Dies Plakat ist in Zusammenarbeit von Künstlern und Bewohnern der besetzten Häuser Knobelsdorffstraße 40 und 42 entstanden. Die BVG hat sich ohne Begründung geweigert, das Plakat auf den U-Bahnhöfen aufhängen zu lassen.
Antikriegstag und Vorbereitung des 10.10.
Große Demonstrationen zum Antikriegstag in Bremen, Hamburg, Westberlin
521 Organisationen unterstützen bisher Aufruf zur Demonstration am 10. Oktober

Düsseldorf. Der DGB-Vorsitzende Vetter eröffnete auf der zentralen Antikriegstag-Veranstaltung in Düsseldorf die Friedensinitiative des DGB. Ziel dieser Initiative sei es, Bundestag und Bundesregierung aufzufordern, alles zu tun, daß es noch in diesem Jahr zu Verhandlungen zwischen der USA und der UdSSR kommt. Ziel dieser Verhandlungen müsse sein:

- erstens auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,
- zweitens bereits stationierte Mittelstreckenraketen abzubauen und
- drittens die Produktion von Atomwaffen einzustellen.

Nicht annehmbar sei auch die Losung „Lieber rot als tot", sie bedeute die Einstellung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung; keine Unterstützung für Befreiungsorganisationen sei dann möglich.

In den jüngsten Publikationen der Einzelgewerkschaften hatten Beiträge Gewicht, die eine selbständige Position der BRD gegenüber den beiden Supermächten forderten. Vetter unterstrich jedoch die Zugehörigkeit der BRD zur NATO und daß die 230000 US-Soldaten wesentlich für Frieden und Freiheit in Europa gesorgt hätten. Seine Rede glich einem Eiertanz zwischen „SALT II unterzeichnen", „Besetzung Afghanistans beenden", Polen und El Salvador standen für wirtschaftliche Fehlentwicklungen, soziale Spannungen und gesellschaftliche Konflikte, die Bündnisse gefährden.

Westberlin. Der DGB Westberlin hatte zu einer Friedenskundgebung auf dem Kurfürstendamm aufgerufen. Zuvor demonstrierten ca. 20000 durch die Innenstadt. Zu dieser Demonstration hatten GEW und HBV aufgerufen. Bei der Kundgebung hatten sich ca. 25000 bis 30000 Menschen eingefunden. Der Hauptredner war der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontain (SPD). Er griff den NATO-Nachrüstungsbeschluß und das gesamte Militärkonzept der NATO an. Lafontain vertrat die Auffassung, daß der Frieden durch allseitige Abrüstungsmaßnahmen und gegenseitiges Vertrauen zu erzielen sei. Schon während der Kundgebung und danach gab es Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einem Teil der Kundgebungsteilnehmer, die sich zu regelrechten Straßenschlachten ausweiteten.

Bremen. Über 20000 nahmen an der Demonstration des DGB in Bremen am 11.9. unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Frieden durch Abrüstung in Ost und West" teil. Etwa 5000 waren in einem Sternmarsch aus den Stadtteilen gekommen. In großen Teilen des Zuges beherrschten Forderungen gegen die NATO und gegen die Militärpakte das Bild. Gewerkschaftsgruppen der GEW hatten in den Schulen teilweise besondere Unterrichtsstunden durchgeführt. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft NGG, G. Döding, nannte in seiner Rede den Rüstungswettlauf für die Arbeiterbewegung unerträglich. Vom Gleichgewicht des Schreckens müsse man zum Gleichgewicht des Vertrauens kommen. Er wandte sich gegen das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte und warnte davor, um der Rüstung willen die sozialen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung anzugreifen. „Lieber jahrelang verhandeln, als einen Tag schießen" hatte der Bremer DGB-Vorsitzende E. Schmidt ausgerufen. – Am Samstag davor hatten an einem Friedensfest bis zu 10000 Leute teilgenommen. Dort hatten Stürmann (SDAJ), Strässer (FDP-Bundesvorstand), Pieczyk (Juso-Vorsitzender) und eine Vertreterin der Russell-Gruppe gesprochen.

In Pirmasens nahmen 5000 Menschen an einer Demonstration teil, die sich gegen die Giftgaslager, Atomraketen und ABC-Waffen wandte.

In Hamburg hatten an einer Demonstration der DGB-Jugend 20000 (nach Schätzungen des DGB-Kreisvorsitzenden sogar 35000) teilgenommen. Einzelne Betriebsgruppen sind in der hauptsächlich von Kräften der Friedensbewegung beherrschten Demonstration selbständig aufgetreten. Diese Zusammenstellung enthält nur einige, vermutlich aber die größten Demonstrationen.

So wie in München, wo Mechtersheimer in einer Veranstaltung mit ca. 2000 Teilnehmern zur Demonstration am 10. Oktober aufgerufen hat, wurden zur Mobilisierung für diese Demonstration auch ein Großteil der anderen Aktionen zum Antikriegstag genutzt. In Hannover sprach auf einer Kundgebung mit 1500 Teilnehmern Pfarrer Heinrich Albertz. Der dortige DGB-Kreisvorsitzende Theilmann forderte dazu auf, am 10. Oktober teilzunehmen. In Hamburg haben schon 200 Funktionsträger der Gewerkschaft eine Anzeige unterstützt, die in der „Morgenpost" erscheinen soll, für die Demonstration der Aktion Sühnezeichen. Überhaupt macht es fast den Eindruck, als würde gerade wegen des Beschlusses des DGB-Vorstandes, den Aufruf nicht zu unterzeichnen, innerhalb der Gewerkschaft stark mobilisiert.

521 Gruppen haben, nach Angaben der „taz" mittlerweile den Aufruf der Aktion Sühnezeichen unterzeichnet. Nachdem der KBW schon zur Demonstration aufgerufen hatte, hat das ZK des KBW nun beschlossen, den Initiatoren des Aufrufs mitzuteilen, daß der KBW diesen Aufruf ebenfalls unterstützt. Als Redner sind, neben dem IGM-Vorstandsmitglied Benz, der „als Privatperson" spricht, u.a. Erhard Eppler, Heinrich Albertz, William Borm (FDP) und Alfred Mechtersheimer vorgesehen.



Aachen. Die Consulting AG ließ das Johannes-Höver-Haus, ein ehemaliges Aachener Lehrlingsheim, von 40 zum Teil arbeitslosen Kölnern mit brutalen Methoden räumen. Resultat: Zerstörung der gesamten sanitären Anlagen, zerbrochene Fensterscheiben, Verwüstung der Räumlichkeiten (s. Photo) usw. Die Stuttgarter Firma nahm sich das Recht, das sie auf dem Gerichtsweg nicht durchzusetzen vermochte, und heuerte für ca. 300 DM pro Person den Räumtrupp an. – Gegen Abbrucharbeiter und Hausbesetzer ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung. – Nach wie vor liegt die Absichtserklärung des Trägervereins zur Erhaltung des Höver-Hauses auf dem Tisch, das Gebäude zu kaufen bzw. durch die Stadt kaufen zu lassen. – Direkt nach der Räumung wurde das Haus neu besetzt.

Wyhl-Prozeß: Juristische Farce vor Abschluß

mem. Freiburg. Am 9. und 10. September wird vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim nach zehnmonatiger Unterbrechung das Verfahren um das KKW Wyhl fortgesetzt. Gegenstand dieser Verhandlungsrunde werden drei Gutachten zu Fragen der zulässigen Radioaktivitätsabgabe im Normalbetrieb sein. Selbst die Gutachter der offiziellen Gesellschaft für Reaktorsicherheit müssen dabei zugeben, daß die beantragten Werte die Grenzen der Strahlenschutzverordnung überschreiten. Das Gericht hat in einer Presseerklärung zu verstehen gegeben, daß es, nach nicht eingeplanter über zweieinhalbjähriger Prozeßdauer, nun „fest entschlossen (sei), den Prozeß noch in diesem Jahr abzuschließen".

Als unmittelbares Ergebnis der zweiten Bauplatzbesetzung 1975 mußte die Landesregierung in Verhandlungen den Bürgerinitiativen unter anderem zugestehen, „auf jeden Fall den Ausgang des Rechtsstreits abzuwarten". Ihr unverhohlener Nebengedanke dabei war, die Bürgerinitiativen an die für die Landesregierung günstige „herrschende Rechtsordnung zu binden", zumindest aber eine Spaltungslinie zur „übrigen rechtstreuen Bevölkerung" zu ziehen. Demgegenüber unterstrichen die Bürgerinitiativen von Anfang an, daß erstens der Rechtsweg nur *ein* Mittel zur Verhinderung des KKW-Wyhl ist und zweitens sie sehr wohl beurteilen könnten, ob dabei die berechtigten Interessen der Bevölkerung anerkannt würden.

Nachdem im März 1977 das Freiburger Verwaltungsgericht unter dem Druck der Massenbewegung ausschließlich wegen „eines fehlenden Berstschutzes" die erteilte Genehmigung aufhob, fiel die Aufgabe, den Bau des KKW Wyhl als rechtmäßig aufzupolieren, dem Mannheimer Verwaltungsgerichtshof zu. Die dortigen Richter erwiesen sich bei der Wahl der anzuwendenden Methoden zwar als nicht zimperlich, wenn auch recht plump:

– Gleich bei Eröffnung der Hauptverhandlung, im Mai 1979, bedurften sie der Hilfe ihrer Amtskollegen, um einen Befangenheitsantrag der BI-Anwälte zurückzuweisen, der sich auf die Tatsache einer Reise nach San Francisco gründete, zu der das Gericht auf Einladung und in Begleitung des Landesanwalt und des Anwalts des Badenwerks fuhr, und wo just der später vor Gericht als Hauptgutachter erkorene Kußmaul zum Thema Berstschutz referierte.

– Die aus Beweisbeschluß und Prozeßplanung ersichtliche Beschränkung des Prozeßgegenstandes ausschließlich auf die Frage des Berstschutzes erwies sich durch die Ereignisse als überholt: 1978 warf das Albbeben sämtliche Berechnungsgrundlagen hinsichtlich der Erdbebensicherheit Wyhls über den Haufen. Und unmittelbar vor Prozeßbeginn passierte Harrisburg.

– Die bei der Prozeßführung praktizierten Mittel der Gutachterauswahl bei Verbot der Einführung von Gegengutachten, Beschränkung der Fragemöglichkeit auf den eng gezogenen Beweisbeschluß des Gerichtes sowie

– Die Nichtzulassung eines ganzen Katalogs von Streitpunkten (Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Entsorgung, Bedarf usw.) mit den fadenscheinigsten „Rechtsauffassungen" haben zwar kurzfristig für Pressekommentare wie „Punktgewinne für das Land" hingereicht, die dem Verfahren zugedachte politische Wirkung jedoch völlig untergraben.

Die Bürgerinitiativen beraten jetzt, welche Strategie nötig ist, die Landesregierung zum endgültigen Verzicht auf Wyhl zu zwingen.

ber wird vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim nach zehnmonatiger Unterbrechung das Verfahren um das KKW Wyhl fortgesetzt. Gegenstand dieser Verhandlungsrunde werden drei Gutachten zu Fragen der zulässigen Radioaktivitätsabgabe im Normalbetrieb sein. Selbst die Gutachter der offiziellen Gesellschaft für Reaktorsicherheit müssen dabei zugeben, daß die beantragten Werte die Grenzen der Strahlenschutzverordnung überschreiten. Das Gericht hat in einer Presseerklärung zu verstehen gegeben, daß es, nach nicht eingeplanter über zweieinhalbjähriger Prozeßdauer, nun „fest entschlossen (sei), den Prozeß noch in diesem Jahr abzuschließen".
Als unmittelbares Ergebnis der zweiten Bauplatzbesetzung 1975 mußte die Landesregierung in Verhandlungen den Bürgerinitiativen unter anderem zugestehen, „auf jeden Fall den Ausgang des Rechtsstreits abzuwarten". Ihr unverhohlener Nebengedanke dabei war, die Bürgerinitiativen an die für die Landesregierung günstige „herrschende Rechtsordnung zu binden", zumindest aber eine Spaltungslinie zur „übrigen rechtstreuen Bevölkerung" zu ziehen. Demgegenüber unterstrichen die Bürgerinitiativen von Anfang an, daß erstens der Rechtsweg nur *ein* Mittel zur Verhinderung des KKW-
gründete, zu der das Gericht auf Einladung und in Begleitung des Landesanwalt und des Anwalts des Badenwerks fuhr, und wo just der später vor Gericht als Hauptgutachter erkorene Kußmaul zum Thema Berstschutz referierte.
– Die aus Beweisbeschluß und Prozeßplanung ersichtliche Beschränkung des Prozeßgegenstandes ausschließlich auf die Frage des Berstschutzes erwies sich durch die Ereignisse als überholt: 1978 warf das Albbeben sämtliche Berechnungsgrundlagen hinsichtlich der Erdbebensicherheit Wyhls über den Haufen. Und unmittelbar vor Prozeßbeginn passierte Harrisburg.
– Die bei der Prozeßführung praktizierten Mittel der Gutachterauswahl bei Verbot der Einführung von Gegengutachten, Beschränkung der Fragemöglichkeit auf den eng gezogenen Beweisbeschluß des Gerichtes sowie
– Die Nichtzulassung eines ganzen Katalogs von Streitpunkten (Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Entsorgung, Bedarf usw.) mit den fadenscheinigsten „Rechtsauffassungen" haben zwar kurzfristig für Pressekommentare wie „Punktgewinne für das Land" hingereicht, die dem Verfahren zugedachte politische Wirkung jedoch völlig untergraben.
Die Bürgerinitiativen beraten jetzt,

Veranstaltungen

Frankfurt
„Ein Jahr Solidarität mit Solidarność – Zur Situation in Polen". Diskussionsveranstaltung im Rahmen des bundesweiten Treffens der Polen-Komitees und -Initiativen. Haus der Jugend, Deutschherrenufer.
Samstag, 5. September, 19.30 Uhr

Gießen
„Solidarität mit den Demokraten in der Türkei und in Chile", Veranstaltung der CUT-Einheitszentrale der Werktätigen Chiles und der Bundesinitiative „Solidarität mit den Demokraten in der Türkei". Kongreßhalle
Freitag, 11. September, 19.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

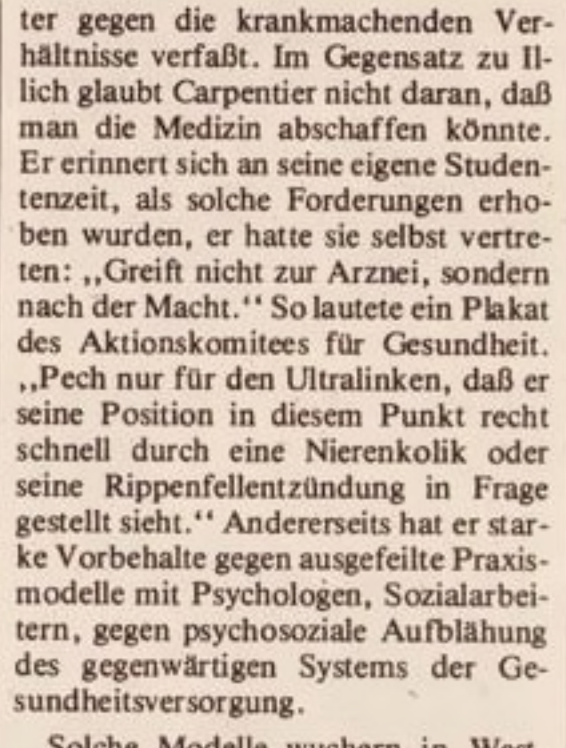
Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

„Warum läßt sich die Medizin nicht abschaffen?“

Die alternative Gesundheitsbewegung zwischen „Enteignung der Gesundheit“ und „Dialektik des Herzinfarkts“. Aufruf zum Gesundheitstag 1981 in Hamburg / Von Helmut Veil



Ja, warum läßt sie sich nicht abschaffen, die Medizin? Bis zu dieser Fragestellung treiben Teile der alternativen Gesundheitsbewegung ihre Kritik an der etablierten Medizin. Sie haben sich in Selbsthilfegruppen organisiert und verstehen das als einen Versuch, der beweisen soll, daß Kranke aller Art viel besser in der Lage sind, sich selbst zu helfen, als auf die Segnungen bürokratischer Gesundheitsapparate oder medizinischer Experten zu vertrauen. Sie wollen auch früher selbstverständliche gesellschaftliche Hilfeleistungen, die jetzt im Netz der sozialen Sicherheit anonym geworden sind und abgewürgt werden, als Nachbarschaftshilfe oder Hilfe Gleichgesinnter praktizieren. Solche Gruppen gibt es inzwischen für nahezu alle großen Kranheiten und Behinderungen, z.B. für Drogenabhängige, Alkoholiker, psychisch Kranke, Zucker- und andere Stoffwechselerkrankungen, für Leute mit Herzinfarkt, Hochdruck, Tuberkulose, Rheuma, Schuppenflechte, für sexuelle Probleme, für Frauen, Kinder, alte Leute usw. usf. Sie haben sich zusammengeschlossen, um gegenüber Behörden, Arbeitgebern, Schulen besser bestehen zu können, zum Teil in Stadtteilen oder als Straßengruppen, einige bundesweit. Die Vorstellung, gänzlich ohne Mediziner, die verhaßten Experten, auszukommen, stützt sich auf die tagtägliche Erfahrung, daß eine Unzahl von Erkrankungen gesellschaftlich bedingt und daß sie am ehesten durch eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beseitigt werden können. Und auf vielfältiges Versagen der Ärzte, die teils aus ökonomischem Eigeninteresse, teils aus verknöchert-reaktionären Motiven die gesellschaftliche Dimension der Entstehung von Krankheiten leugnen oder beiseite schieben und daher im sogenannten Einzelfall versagen.

Trotzdem ist diese Kritik lediglich pseudoradikal, und die daraus folgende Praxis dieser Gruppen ist nicht einfach fortschrittlich, sondern für die Arbeiterbewegung in gewisser Weise auch fatal. Das konstatieren andere

Hilfe Gleichgesinnter praktizieren. Solche Gruppen gibt es inzwischen für nahezu alle großen Kranheiten und Behinderungen, z.B. für Drogenabhängige, Alkoholiker, psychisch Kranke, Zucker- und andere Stoffwechselerkrankungen, für Leute mit Herzinfarkt, Hochdruck, Tuberkulose, Rheuma, Schuppenflechte, für sexuelle Probleme, für Frauen, Kinder, alte Leute usw. usf. Sie haben sich zusammengeschlossen, um gegenüber Behörden, Arbeitgebern, Schulen besser bestehen zu können, zum Teil in Stadtteilen oder als Straßengruppen, einige bundesweit. Die Vorstellung, gänzlich ohne Mediziner, die verhaßten Experten, auszukommen, stützt sich auf die tagtägliche Erfahrung, daß eine Unzahl von Erkrankungen gesellschaftlich bedingt und daß sie am ehesten durch eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beseitigt werden können. Und auf vielfältiges Versagen der Ärzte, die teils aus ökonomischem Eigeninteresse, teils aus verknöchert-reaktionären Motiven die gesellschaftliche Dimension der Entstehung von Krankheiten leugnen oder beiseite schieben und daher im sogenannten Einzelfall versagen.

Trotzdem ist diese Kritik lediglich pseudoradikal, und die daraus folgende Praxis dieser Gruppen ist nicht einfach fortschrittlich, sondern für die Arbeiterbewegung in gewisser Weise auch fatal. Das konstatieren andere

Alternative, wie z.B. die relativ weit verbreitete Zeitschrift „Dr. med. Mabuse“:

„Fragen zur Selbsthilfe: Das persönliche Betroffensein wird zum Motor der Aktivität, der Professionalisierung wird Laienarbeit entgegengesetzt. Dezentralisierung ermöglicht Basisnähe. Schön und gut. Es bleibt die Frage nach dem emanzipatorischen und politischen Charakter alternativer Ansätze: Was vermögen Kräutertees, Massagen und Nadeln in den Ohren, wenn das System, in dem diese verordnet werden, das gleiche bleibt ... Auch alternative Methoden lassen sich integrieren. Dieselbe Frage erhebt sich bei den Selbsthilfeprojekten, die neuerdings ja auch staatliche Förderung erfahren und dessen Interesse erwecken. (In Hamburg und Gießen wird Forschung zur Selbsthilfe mit Bundesmitteln finanziert.) Angesichts der nicht mehr zu leugnenden kapitalistischen Krise, wo an allen Ecken und Kanten, üblicherweise im Sozialbereich, gespart wird, bieten sich diese ‚autonomen‘ Projekte als ‚alternative‘ Sparmaßnahmen regelrecht an. Wir wollen den Selbsthilfegruppen nicht den politischen Anspruch absprechen, wir sehen jedoch die Gefahr, daß sie in die bürgerliche Krisenbewältigung integriert werden, wenn sie nicht eigene politische Perspektiven im Hinblick auf ein Gesundheitswesen in einer veränderten Gesellschaft entwickeln.“

Manche Gesundheitsbewegte sind einfach versponnen-spleenig. Viel Schindluder wird getrieben mit der Natur. „Natürlich“ leben wie die Indianer, Müsli essen, heiße Kartoffelwickel und warme Kräutertees werden zum Dogma, innere Einkehr und Leidensfähigkeit zum Lebensprinzip, die Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit feiert hypochondrische Urstände. Theoretische Mitverantwortung trägt hier Ivan Illich, der ein in aller Welt viel gelesenes Buch „Die Nemesis der Medizin“ geschrieben hat. „Nemesis“ etwa im Sinn von Entbehrlichkeit oder Überflüssigsein der Medizin. Er ist Philosoph und lebt in Mexiko. Er hat das Wort von der „Enteignung der Gesundheit“ geprägt und kulturhistorisch weit ausholend beschrieben, wie der Mensch, erst noch eins mit den Göttern und der Natur, durch die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und der Industriegesellschaft nach und nach verlernt hat, mit seinem Körper, dessen sogenannten natürlichen Äußerungen, dem Leiden und dem Tod unbefangen umzugehen. Die Gesellschaft macht krank, die Medizin macht krank, die



Krankenhäuser tun es und die Bürokratie, und die Experten nehmen dem Menschen seine ureigene Gesundheit, „enteignen“ ihn. Er fordert deshalb, die Experten zu entmachten und die

schrieben, wie der Mensch, erst noch eins mit den Göttern und der Natur, durch die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und der Industriegesellschaft nach und nach verlernt hat, mit seinem Körper, dessen sogenannten natürlichen Äußerungen, dem Leiden und dem Tod unbefangen umzugehen. Die Gesellschaft macht krank, die Medizin macht krank, die



Krankenhäuser tun es und die Bürokratie, und die Experten nehmen dem Menschen seine ureigene Gesundheit, „enteignen“ ihn. Er fordert deshalb, die Experten zu entmachten und die

Verantwortung für die Gesundheit wieder in die Hand jedes *Einzelnen* zurückzugeben:

„Gesundheit ist eine Aufgabe und als solche nicht mit dem physiologischen Gleichgewicht der Tiere vergleichbar. Das Gelingen dieser persönlichen Aufgabe ist weitgehend eine Folge der Selbsterkenntnis, der Selbstdisziplin und der inneren Kräfte, durch die jeder seinen eigenen Tagesablauf, sein Handeln, seine Nahrung und sein Geschlechtsleben reguliert.“ Und weiter: „Die bewußt gelebte Gebrechlichkeit, Individualität und soziale Offenheit des Menschen machen die Erfahrung von Schmerz, Krankheit und Tod zu einem integralen Bestandteil seines Lebens. Die Fähigkeit, diese drei Dinge autonom zu bewältigen, ist die Grundlage seiner Gesundheit. Wird er von der bürokratischen Verwaltung seiner Intimsphäre abhängig, dann verzichtet er auf seine Autonomie, und seine Gesundheit *muß* verfallen.“ Diese politische Position findet man bei uns sonst nur rechts außen, Illich jedoch wird auch von einigen Linken ernst genommen, weil er es geschickt verstanden hat, seine eigentlichen Ziele hinter Kapitalismuskritik zu verstecken. Er wird auf dem Gesundheitstag in Hamburg erwartet.

Wieder anwesend sein, wie schon beim ersten Gesundheitstag in Berlin letztes Jahr, wird Jean Carpentier, ein französischer Kassenarzt aus Corbeil bei Paris, dessen Buch „Aufwiegelung zur Gesundheit“ (Rotbuch 217) hier bereits eine Auflage von 16000 erreichte. Carpentier ist ein Rebell, der das, was er schreibt, auch macht. Die französische Ärztekammer hatte ihm 1974 für ein Jahr die Berufsausübung untersagt, weil er ein Flugblatt gegen die Disziplinierung Jugendlicher, die sich auf dem Schulhof geküßt hatten, mitverfaßt hatte. Er steht als Idol für zahlreiche Versuche, die ärztliche Tätigkeit in niedergelassener Praxis von bisherigen Zwängen zu befreien. Hier einige Kernsätze aus seinen Thesen, die er in Berlin vorgelegt hat:

„Die Medizin ist ein Stützpfeiler dieses Systems! ... Wir kämpfen heute für das Heute, denn heute leben wir! ... Wir werden nicht auf den Köder reinfallen, der allen Aufständischen vorgehalten wird: diese verflixt heilige, auf die Revolution spezialisierte Organisation, zentralisiert und hierarchisiert, eine Nachäffung der Gesellschaft, die abzuschaffen sie vorgibt ... Wir beschäftigen uns mit der Krankheit, indem wir ihren sozialen Charakter hervorheben ... Gegen das Recht auf Gesundheit erklären wir das Recht, krank zu sein ... Krankheit ist eine zu schärfende Waffe ... Eine ‚soziale, von den Arbeitern erkämpfte Errungenschaft‘, wie die allgemeine Krankenversorgung – Bezwingung

reinfallen, der allen Aufständischen vorgehalten wird: diese verflixt heilige, auf die Revolution spezialisierte Organisation, zentralisiert und hierarchisiert, eine Nachäffung der Gesellschaft, die abzuschaffen sie vorgibt ... Wir beschäftigen uns mit der Krankheit, indem wir ihren sozialen Charakter hervorheben ... Gegen das Recht auf Gesundheit erklären wir das Recht, krank zu sein ... Krankheit ist eine zu schärfende Waffe ... Eine ‚soziale, von den Arbeitern erkämpfte Errungenschaft‘, wie die allgemeine Krankenversorgung – Bezwingung

des Elends durch die Elenden, aber in Wirklichkeit der Elenden durch ihre Ausbeuter – hat sich als Regulierungsinstrument des Systems erwiesen.“

Seine Praxis in Corbeil hat er als Kommunikationszentrum verstanden, im Wartezimmer werden Bilder ausgestellt, die wartenden Patienten werden bei der Lösung von Problemen mit einbezogen, gemeinsam werden Flugblätter gegen die krankmachenden Verhältnisse verfaßt. Im Gegensatz zu Illich glaubt Carpentier nicht daran, daß man die Medizin abschaffen könnte. Er erinnert sich an seine eigene Studentenzeit, als solche Forderungen erhoben wurden, er hatte sie selbst vertreten: „Greift nicht zur Arznei, sondern nach der Macht.“ So lautete ein Plakat des Aktionskomitees für Gesundheit. „Pech nur für den Ultralinken, daß er seine Position in diesem Punkt recht schnell durch eine Nierenkolik oder seine Rippenfellentzündung in Frage gestellt sieht.“ Andererseits hat er starke Vorbehalte gegen ausgefeilte Praxismodelle mit Psychologen, Sozialarbeitern, gegen psychosoziale Aufblähung des gegenwärtigen Systems der Gesundheitsversorgung.

Solche Modelle wuchern in Westdeutschland. Und zum Teil werden sie als Forschungsprojekte von Stiftungen wie dem Volkswagenwerk finanziert. Diejenigen aber, die Gemeinschaftspraxen oder Gesundheitszentren finanziert haben und wirtschaftlich betreiben müssen, haben, durch die Macht der materiellen Tatsachen gezwungen, erhebliche Abstriche von ihren sehr ehrenhaften Vorstellungen nehmen müssen. Sie mußten ökonomisch denken lernen und Stück für Stück menschliche Zuwendung, Eingehen auf seelische Probleme, Einbeziehungen der Schwierigkeiten am Arbeitsplatz auf dem Altar der vorgegebenen materiellen Existenzweise niedergelassener Ärzte opfern. Das gilt für die meisten favorisierten Ambulatorien, die von den Kassen unterhalten werden und in denen die Ärzte und übrigen Beschäftigten Angestellte sind. Andere wollen ein Abrechnungssystem mit den Kassen, das es in den 50er Jahren gab, die Krankenscheinpauschale. Nicht mehr die Einzelleistung soll honoriert werden, sondern pro Schein ein Durchschnittsbetrag vergütet werden, egal, wieviel der Arzt gemacht hat. Beide Vorstellungen sind jedoch völlig untauglich, um sich um die ökonomische Dimension der Gesundheitsversorgung

tern, gegen psychosoziale Aufblähung des gegenwärtigen Systems der Gesundheitsversorgung.

Solche Modelle wuchern in Westdeutschland. Und zum Teil werden sie als Forschungsprojekte von Stiftungen wie dem Volkswagenwerk finanziert. Diejenigen aber, die Gemeinschaftspraxen oder Gesundheitszentren finanziert haben und wirtschaftlich betreiben müssen, haben, durch die Macht der materiellen Tatsachen gezwungen, erhebliche Abstriche von ihren sehr ehrenhaften Vorstellungen nehmen müssen. Sie mußten ökonomisch denken lernen und Stück für Stück menschliche Zuwendung, Eingehen auf seelische Probleme, Einbeziehungen der Schwierigkeiten am Arbeitsplatz auf dem Altar der vorgegebenen materiellen Existenzweise niedergelassener Ärzte opfern. Das gilt für die meisten favorisierten Ambulatorien, die von den Kassen unterhalten werden und in denen die Ärzte und übrigen Beschäftigten Angestellte sind. Andere wollen ein Abrechnungssystem mit den Kassen, das es in den 50er Jahren gab, die Krankenscheinpauschale. Nicht mehr die Einzelleistung soll honoriert werden, sondern pro Schein ein Durchschnittsbetrag vergütet werden, egal, wieviel der Arzt gemacht hat. Beide Vorstellungen sind jedoch völlig untauglich, um sich um die ökonomische Dimension der Gesundheitsversorgung

herumzudrücken. Das geht sowieso nicht. Beim Angestellten der Krankenkassen kehrt das Problem lediglich auf höherer Stufenleiter wieder zurück. Mit der Krankenscheinpauschale wird die Faulheit prämiert, weil der „Kassenlöwe“, der Scheine rafft, aber nicht gründlich arbeitet, ebensoviel verdient wie derjenige, der sich voll engagiert. Ergebnis wird ein steiler Qualitätsabfall gerade in der Anwendung fortschrittlicher medizinischer Technologie sein, weil kein wirtschaftlicher Anreiz für den Arzt mehr besteht, teure Diagnose- und Therapiegeräte anzuschaffen. Daran können eigentlich nur die interessiert sein, die ans Lagerfeuer zurück wollen.

Was durch und in der alternativen Bewegung gemacht und erreicht wird, ist eine Art Kulturrevolution, die das Denken und Verhalten verändert und eine etwas oberflächliche Einheit in der Ablehnung des Bestehenden findet. Mit den verschiedenen Modellen stößt sie immer wieder unweigerlich an die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft und droht in ihren Schoß zurückzufallen. Einige Bestrebungen weisen über sie hinaus. Dazu gehören die deutlichen Sympathien für die Dritte Welt, die intensiven Bindungen an die Arbeiterbewegung, die sich in Untersuchungen über die Auswirkung von Schichtarbeit und schädlichen Arbeitsstoffen niederschlagen, und das starke Engagement gegen die Natur- und Umweltzerstörung.

Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist für die meisten selbstverständlich. Offizielle Kontakte sind in Berlin gesucht worden, besonders zur ÖTV, aber gescheitert. Das braucht zunächst nicht zu verwundern. Doppelt nicht. Die alternative Bewegung geht in der Radikalität und Kompromißlosigkeit, mit der Institutionen des Gesundheitswesens und Inhalte medizinischer Praxis und Theorie infrage gestellt werden, weit über die Gewerkschaften hinaus, die eher ängstlich und äußerst defensiv am Althergebrachten festhalten und nur zögernd auf die bedrohlichen Entwickungen des Gesundheitszustandes der Bevölkerung reagieren. Mit manchen Selbsthilfeprojekten und rückwärtsgewandten exotischen Therapiemodellen, die statt oder gegen die Fortschritte der Medizin propagiert werden und auch – vielleicht ungewollt – eine Aufweichung des Versicherungsschutzes und einen Abbau der Versicherungsleistungen bedeuten

schaft und droht in ihren Schoß zurückzufallen. Einige Bestrebungen weisen über sie hinaus. Dazu gehören die deutlichen Sympathien für die Dritte Welt, die intensiven Bindungen an die Arbeiterbewegung, die sich in Untersuchungen über die Auswirkung von Schichtarbeit und schädlichen Arbeitsstoffen niederschlagen, und das starke Engagement gegen die Natur- und Umweltzerstörung.

Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist für die meisten selbstverständlich. Offizielle Kontakte sind in Berlin gesucht worden, besonders zur ÖTV, aber gescheitert. Das braucht zunächst nicht zu verwundern. Doppelt nicht. Die alternative Bewegung geht in der Radikalität und Kompromißlosigkeit, mit der Institutionen des Gesundheitswesens und Inhalte medizinischer Praxis und Theorie infrage gestellt werden, weit über die Gewerkschaften hinaus, die eher ängstlich und äußerst defensiv am Althergebrachten festhalten und nur zögernd auf die bedrohlichen Entwickungen des Gesundheitszustandes der Bevölkerung reagieren. Mit manchen Selbsthilfeprojekten und rückwärtsgewandten exotischen Therapiemodellen, die statt oder gegen die Fortschritte der Medizin propagiert werden und auch – vielleicht ungewollt – eine Aufweichung des Versicherungsschutzes und einen Abbau der Versicherungsleistungen bedeuten

können, fällt sie hinter gewerkschaftliche Positionen zurück, die unmißverständlich am Kern der Gesundheitsversorgung der Lohnabhängigen festhalten und sie stärken wollen, an den Krankenversicherungen. Deshalb werden offizielle Verbindungen nicht einfach herzustellen sein, die de facto bestehenden sind aber eng genug, um das Problem zu lösen.

VOM 30.SEPT. BIS 4.OKT. 1981

GESUNDHEITSTAG HAMBURG – 1981

Programmsplitter

Unterdrückt und abgeschoben
Frauen
Schwangerschaft und Geburt
Konflikte mit und in Institutionen
Schwule
Behinderte Menschen
Knast
Drogen
Ausländer
Alte

Gesundheit, Umwelt – Arbeitsplatz
Gesundheit und Umwelt
Gesundheit und Arbeitsplatz

Arbeit im Kranken-Haus
Arbeitsplatz Krankenhaus
Tod und Sterben

Gesundheitbewegung und Politik
Medizin auf der Straße
Gesundheit oder Krieg
Prävention und Gesundheitserziehung

Ambulante Versorgung und Stadtteilarbeit
Gruppenpraxen
Stadtteilbezogene Beratungsarbeit

Selbsthilfe und Widerstand
Selbsthilfebewegung – Selbstbestimmung
Selbsthilfeprojekte – Gesundheitsselbsthilfegruppen
Patientenrecht – Patientenschutz

Wider die Psychiatrie
Ansätze zur Überwindung der herrschenden Psychiatrie
Gewalt in totalen Institutionen
Die Institution als Rahmenbedingung therapeutischen Handelns
Psychotherapie in der Krise – Psychologisierung sozialen und gesellschaftlichen Elends
Betroffene wehren sich – fachliche Hilfe und Laienhilfe
Modelle und Projekte zur psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung
Und was läuft im Ausland?

Alte und neue Heilsysteme

Geschäfte mit der Gesundheit
Praktiken der Pharma-Industrie
Selbstmedikation
Anwendung von Arzneimitteln
Pharmazie und Dritte Welt

Berufs-Bildung

PLO verurteilt Anschlag auf Wiener Synagoge

chm. Der Pressesprecher der PLO, Mahmoud Labadi, verurteilte den Anschlag auf die Wiener Synagoge als ,,einen kriminellen und feigen Akt" und lehnte jegliche Verbindung zwischen der PLO und der Gruppe, die für den Anschlag verantwortlich ist, ab. Diese Gruppe, als Abu Nidal Gruppe bekannt, wird von einem Rechtsanwalt geleitet, der vor Jahren aus der al-Fatah ausgeschlossen worden ist. Sie verfügt über keinerlei Basis unter den palästinensischen Massen und hat bisher als Interessenvollstrecker des jeweiligen arabischen Staates, in dessen Sold sie stand, gedient. So zeichnet sie verantwortlich für die Ermordung der PLO-Vertreter Said Hammami 1978 und Ezzeldin Kalak 1979. Damals lebte Abu Nidal im Irak und wetterte von dort aus in einem dem Zentralorgan der PLO nachgemachten Blatt gegen die kompromißlerische Linie der PLO-Führung und brüstete sich mit den Mordanschlägen auf Hammami und Kalak als ,,Hinrichtung von Verrätern". Zur Zeit befindet sich Abu Nidal in Damaskus, von wo aus er die Operationen seiner gedungenen Mörder leitet. Syrien hat ein Interesse daran, die PLO zu isolieren, weil es nur so die Organisation an sich binden kann. Selbständige Initiativen der PLO, wie z.B. die engen Kontakte zu Bruno Kreisky, der Vermittler zwischen der PLO und den westeuropäischen Staaten ist, können eine Abhängigkeit von Syrien nur lockern. Den größten Schaden erleidet der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, da die Zionisten Gelegenheit bekommen, ihn als ,,antisemitisch" zu diffamieren und den wichtigsten Verbündeten der PLO in Israel, die keimende antizionistische Opposition, zu isolieren.

Frankreich und Mexiko erkennen Befreiungskräfte an

kvz. Die französische und die mexikanische Regierung haben am Wochenende in einer gemeinsamen Erklärung die Nationale Befreiungsfront Farabundi Marti FMNL und die Demokratische Volksfront FDR als ,,repräsentative politische Kraft" anerkannt, mit der bei den Bemühungen um eine Beendigung des Krieges in El Salvador verhandelt werden müsse. Die Außenminister beider Staaten sprachen sich ferner für die Schaffung einer ,,neuen inneren Ordnung", eine ,,Umstrukturierung der Streitkräfte", ,,wirklich freie Wahlen und andere Mechanismen eines demokratischen Systems" aus und forderten die internationale Gemeinschaft auf, ,,den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß den international geltenden Normen zu gewährleisten und die Annäherung zwischen Vertretern der kämpfenden politischen Kräfte zu erleichtern". Junta-Präsident Duarte wies die Erklärung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zurück. Die USA reagierten zurückhaltend; FMLN und FDR sind für sie nur ,,ein kleiner Teil der politischen Kräfte" El Salvadors.

Nach uns die Sintflut

rof.Kleve. Horrende Profite, ein Ausmaß an Umweltzerstörung, das nicht abzusehen ist, Briefkastenfirmen in England für angebliche Abfallbeseitigung, Briefkastenfirmen in der Schweiz für die Riesengewinne, Namensänderungen und Firmengründungen, um Spuren zu verwischen, so kann man den größten niederländischen Umweltskandal zusammenfassen. Nach anderthalbjährigen Ermittlungen steht soviel fest: UNISER Holding, die ein Monopol in der Abfallbeseitigung besaß (einschließlich Abfallverbrennung), hat 1979 und 1980 weit über die vorhandenen Kapazitäten hinaus Abfallstoffe aufgekauft. 1979 sind mindestens 57000 Tonnen chemische Abfälle spurlos verschwunden, 1980 sind es 15000 Tonnen. Soviel aus den beschlagnahmten Geschäftsbüchern. Keiner weiß, wieviel Abfall *nicht* durch die Geschäftsbücher gegangen und verschwunden ist. Über ein Leitungsnetz wurde der chemische Abfall in das niederländische Grundwasser abgelassen, Schiffsladungen wurden umdeklariert als Ballastwasser und zumindest in 13 Schiffsladungen im Antwerpener Hafen abgelassen. Wieviel Schiffsladungen in England oder auf dem Transportweg in die Nordsee abgelassen wurden, ist unbekannt. UNISER bereitete hochgiftiges 20% chlorhaltiges Öl auf und verkaufte es als Heizöl. Ehemalige Direktoren sind verhaftet worden.

Nato-Beitritt Spaniens umstritten

kvz. Der Rücktritt des spanischen Justizministers Fernández Ordóñez, Führer der sich sozialdemokratisch nennenden Gruppe in der regierenden Union, zeigt tiefe Risse im Regierungsgebäude auf. Wichtiger Grund für den Rücktritt und die Drohung, die Partei zu verlassen, ist die Entscheidung der Regierung, möglichst schnell einen Antrag auf Aufnahme Spaniens in die NATO zu stellen. PSOE und PCE beginnen gerade eine Kampagne gegen den NATO-Beitritt.

Blühender Handel zwischen Israel und Iran – wieder?

chm. Nachdem der iranische Präsident Bani Sadr der französischen Zeitung Le Monde gegenüber von den Waffenlieferungen Israels an die Islamische Republik Iran berichtet hatte, veröffentlichte die israelische Zeitung Haaretz einen Bericht über den Handel zwischen beiden Ländern. Nach diesem Bericht soll er seit einigen Monaten im Gange sein, nicht direkt, aber über europäische Tarnfirmen. Die israelischen Ausfuhren umfassen eine breite Palette von Produkten, darunter auch militärische Güter. Das Volumen des Handels beträgt 40 Mio. $, ⅓ dessen, was Israel jährlich an das gestürzte Schahregime exportiert hatte. Die iranische Regierung dementierte die Meldung aus der französischen und israelischen Presse.

OAU legt Lösungsvorschlag für Saharakonflikt vor

Polisario stimmt zu / Verzögerungstaktik Marokkos

chm. Das Sonderkomitee für die Westsahara der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) dem die Staaten Kenia, Tansania, Nigeria, Guinea, Sudan, Sierra Leone und Mali angehören, legte am 27.8. einen Lösungsvorschlag für den Saharakonflikt vor. Er sieht die Einsetzung einer überparteilichen Interimsverwaltung vor, die die Durchführung des Referendums über das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes überwacht. Eine Polizeitruppe aus Einheiten der OAU und der UNO soll die Durchführung gewährleisten. Die Truppen sowohl Marokkos als auch der Polisario sollen für die Dauer des Referendums in ihren Kasernen bleiben. Maßgeblich für die Beteiligung an der Abstimmung soll die von der ehemaligen Kolonialmacht Spanien durchgeführte Volkszählung sein, die Flüchtlingslisten der UNO und eine angemessene Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums. Der Sekretär des Komitees gab die von der OAU geschätzte Bevölkerungszahl mit 230000 an.

Grundlage für diesen Kompromißvorschlag bildet die Resolution der OAU zur Westsahara, die sie auf ihrem Gipfeltreffen in Nairobi vom vergangenen Juni angenommen hatte. Die Resolution fordert ,,alle beteiligten Parteien" zu einer sofortigen Feuereinstellung auf als Voraussetzung für die Durchführung einer Volksabstimmung über das Selbstbestimmungsrecht des sahaurischen Volkes. Algerien, Mauretanien und Libyen, die drei nordafrikanischen Staaten, die die gegen die marokkanischen Truppen kämpfende Polisario unterstützen, hatten dem Vorschlag zugestimmt.

Überraschend war die Zustimmung des marokkanischen Königs Hassan, offensichtlich nachdem er mit Libyen verhandelt hatte. Allerdings schränkte Hassan II. seine Zustimmung zumindest in den öffentlichen Äußerungen in Marokko ein, indem er das geplante Referendum als ,,Zustimmungsreferendum" bezeichnete, von dem er erwarte, daß die saharauische Bevölkerung ihrer Annexion durch Marokko zustimme. Er stellte als Vorbedingung für die Durchführung die sofortige Feuereinstellung durch die Polisario, die Annahme der spanischen Volkszählung als alleinige Grundlage für die Volksabstimmung und verweigerte jeden Abzug der marokkanischen Truppen und Verwaltung aus der Westsahara. Dafür erklärte sich der marokkanische König bereit, mit der UNO und der OAU bei der Organisierung des Referendums zusammenzuarbeiten.

Die Polisario, die die Regierung in der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) bildet, lehnte diese Vorbedingungen ab. Sie forderte direkte Verhandlungen mit Marokko sowohl über die Volksabstimmung als auch über den Waffenstillstand, die Rückkehr der saharauischen Flüchtlinge aus dem algerischen Tindouf, was Marokko verweigert, und die Einsetzung einer provisorischen internationalen Behörde, die in Zusammenarbeit mit der DARS die Verwaltung übernimmt, bis zur Beendigung der Volksabstimmung. Die Zahl der saharauischen Bevölkerung gibt die Polisario mit 750000 an, im Gegensatz zu den Angaben der spanischen Volkszählung, die nur von 74000 spricht. Daß beide Zahlen so stark voneinander abweichen, hängt mit der starken Fluktuation der Stammesbevölkerung zusammen, der hohen Flüchtlingszahl und der Destabilisierung des Territoriums durch den jetzt seit fünf Jahren anhaltenden Krieg.

Daß Marokko überhaupt eine Volksbefragung in Erwägung gezogen hat, liegt an den Kräfteverhältnissen innerhalb der OAU. Bisher war es Marokko gelungen, eine Anerkennung der Polisario durch die OAU zu vereiteln und damit auch die Anerkennung der Westsahara als zu befreiendes Gebiet. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß die DARS inzwischen von über 50 Staaten anerkannt worden ist, unter ihnen sind allein 26 Mitgliedsstaaten der OAU. Die Frage der Anerkennung der DARS stand auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz von Nairobi. Marokko mußte sich kompromißbereit zeigen, um eine offizielle Anerkennung abzuwenden. Andererseits hat Marokko ein Interesse daran, angesichts der großen Streikbewegungen der letzten Wochen und Monate im Inland, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Algerien und Libyen zu verbessern. Algerien und Libyen haben dem Vorschlag der OAU zugestimmt; Mauretanien, der dritte betroffene Staat, hat auf Vermittlung Saudiarabiens wieder diplomatische Beziehungen mit Marokko aufgenommen. Allerdings haben alle drei Staaten Marokko aufgefordert, über die anstehenden Fragen direkt mit der Polisario zu verhandeln.

Westsahara, das spanische Kolonie war, ist im Jahre 1975 in einem Kuhhandel zwischen der spanischen Kolonialmacht, Marokko und dem südlichen Nachbarn Mauretanien unter den beiden Staaten Marokko und Mauretanien aufgeteilt worden. Unmittelbar nach Abzug der spanischen Truppen begann die Polisario den bewaffneten Kampf gegen die Truppen beider Staaten. Nach einem Staatsstreich der Armee in Mauretanien kam es zu einem Friedensvertrag zwischen Mauretanien und der Polisario, in dem Mauretanien die DARS auch offiziell anerkannte. Zu genau solch einem Friedensvertrag rät Mauretanien jetzt Marokko.

Marokko hat sich bisher geweigert, die Existenz der Polisario oder gar eines saharauischen Volkes anzuerkennen. Es betrachtet das Territorium der DARS als Teil des marokkanischen Königreiches. Der Kompromißvorschlag der OAU fordert von ihm die Anerkennung der Existenz des saharauischen Volkes, da es explizit von einem Selbstbestimmungsreferendum spricht.



schen Volkes, da die Zionisten Gelegenheit bekommen, ihn als ,,antisemitisch" zu diffamieren und den wichtigsten Verbündeten der PLO in Israel, die keimende antizionistische Opposition, zu isolieren.

Frankreich und Mexiko erkennen Befreiungskräfte an

kvz. Die französische und die mexikanische Regierung haben am Wochenende in einer gemeinsamen Erklärung die Nationale Befreiungsfront Farabundi Marti FMNL und die Demokratische Volksfront FDR als ,,repräsentative politische Kraft" anerkannt, mit der bei den Bemühungen um eine Beendigung des Krieges in El Salvador verhandelt werden müsse. Die Außenminister beider Staaten sprachen sich ferner für die Schaffung einer ,,neuen inneren Ordnung", eine ,,Umstrukturierung der Streitkräfte", ,,wirklich freie Wahlen und andere Mechanismen eines demokratischen Systems" aus und forderten die internationale Gemeinschaft auf, ,,den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß den international geltenden Normen zu gewährleisten und die Annäherung zwischen Vertretern der kämpfenden politischen Kräfte zu erleichtern". Junta-Präsident Duarte wies die Erklärung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zurück. Die USA reagierten zurückhaltend; FMLN und FDR sind für sie nur ,,ein kleiner Teil der

kvz. Der Rücktritt des spanischen Justizministers Fernández Ordóñez, Führer der sich sozialdemokratisch nennenden Gruppe in der regierenden Union, zeigt tiefe Risse im Regierungsgebäude auf. Wichtiger Grund für den Rücktritt und die Drohung, die Partei zu verlassen, ist die Entscheidung der Regierung, möglichst schnell einen Antrag auf Aufnahme Spaniens in die NATO zu stellen. PSOE und PCE beginnen gerade eine Kampagne gegen den NATO-Beitritt.

Blühender Handel zwischen Israel und Iran – wieder?

chm. Nachdem der iranische Präsident Bani Sadr der französischen Zeitung Le Monde gegenüber von den Waffenlieferungen Israels an die Islamische Republik Iran berichtet hatte, veröffentlichte die israelische Zeitung Haaretz einen Bericht über den Handel zwischen beiden Ländern. Nach diesem Bericht soll er seit einigen Monaten im Gange sein, nicht direkt, aber über europäische Tarnfirmen. Die israelischen Ausfuhren umfassen eine breite Palette von Produkten, darunter auch militärische Güter. Das Volumen des Handels beträgt 40 Mio. $, ⅓ dessen, was Israel jährlich an das gestürzte Schahregime exportiert hatte. Die iranische Regierung dementierte die Meldung aus der französischen und israeli-

Resolution fordert ,,alle beteiligten Parteien" zu einer sofortigen Feuereinstellung auf als Voraussetzung für die Durchführung einer Volksabstimmung über das Selbstbestimmungsrecht des sahaurischen Volkes. Algerien, Mauretanien und Libyen, die drei nordafrikanischen Staaten, die die gegen die marokkanischen Truppen kämpfende Polisario unterstützen, hatten dem Vorschlag zugestimmt.

Überraschend war die Zustimmung des marokkanischen Königs Hassan, offensichtlich nachdem er mit Libyen verhandelt hatte. Allerdings schränkte Hassan II. seine Zustimmung zumindest in den öffentlichen Äußerungen in Marokko ein, indem er das geplante Referendum als ,,Zustimmungsreferendum" bezeichnete, von dem er erwarte, daß die saharauische Bevölkerung ihrer Annexion durch Marokko zustimme. Er stellte als Vorbedingung für die Durchführung die sofortige Feuereinstellung durch die Polisario, die Annahme der spanischen Volkszählung als alleinige Grundlage für die Volksabstimmung und verweigerte jeden Abzug der marokkanischen Truppen und Verwaltung aus der Westsahara. Dafür erklärte sich der marokkanische König bereit, mit der UNO und der OAU bei der Organisierung des Referendums zusammenzuarbeiten.

Die Polisario, die die Regierung in der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) bildet, lehnte die-

daß die DARS inzwischen von über 50 Staaten anerkannt worden ist, unter ihnen sind allein 26 Mitgliedsstaaten der OAU. Die Frage der Anerkennung der DARS stand auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz von Nairobi. Marokko mußte sich kompromißbereit zeigen, um eine offizielle Anerkennung abzuwenden. Andererseits hat Marokko ein Interesse daran, angesichts der

die Existenz der Polisario oder gar eines saharauischen Volkes anzuerkennen. Es betrachtet das Territorium der DARS als Teil des marokkanischen Königreiches. Der Kompromißvorschlag der OAU fordert von ihm die Anerkennung der Existenz des saharauischen Volkes, da es explizit von einem Selbstbestimmungsreferendum spricht.



Eine Patrouille der Polisario macht Rast. Die Stellungen der Polisario befinden sich im Inneren des Landes.

Friedens- oder Kriegsdienst? Jugendliche in der DDR fragen

ror. Mit der Forderung nach einem sozialen Friedensdienst ist eine Gruppe junger DDR-Bürger auf der Synode in Dresden aufgetreten. Der soziale Friedensdienst soll als mögliche Alternative zum Kriegsdienst in der NVA wahrgenommen werden können. Bisher sieht die Wehrpflicht in der DDR nur ausnahmsweise vor, aus religiösen Gründen den Wehrdienst als Bausoldat bei der NVA abzuleisten.

Auf einer Pressekonferenz erklärte der sächsische Landesbischof, daß die Kirche die aufgeworfene Forderung in gewohnter Offenheit mit staatlichen Vertretern, einschließlich des Staatssekretärs für Kirchenfragen erörtert hat. Über die offizielle Stellungnahme der DDR-Regierung ist bisher nur bekannt, daß sie an der momentanen Regelung der Verfassung (Bausoldat) festhalten will.

Nach Angaben des Landeskirchenamtes Sachsen handelt es sich bei der Initiative für den zweijährigen Friedensdienst um eine Anregung von der Basis, die es vorgezogen hat, sich direkt an die Kirche zu wenden und nicht an die Volkskammer. Friedensdienst um eine Anregung von der Basis, die es vorgezogen hat, sich direkt an die Kirche zu wenden und nicht an die Volkskammer.

Die Forderung nach einem Friedensdienst in der DDR ist weit verbreitet, sie findet sich auch in dem kürzlich in der KVZ dargestellten Positionspapier einer Oppositionsgruppe aus der DDR. Daß jetzt erneut die Kirche in diese Auseinandersetzung hineingezogen wurde, ist ausgezeichnet und entspricht auch der Tradition der letzten Jahre. Als 1978 die SED den Wehrunterricht in den Schulen für die Klassen 9 und 10 einführte, war es die Kirche, die den Protest organisierte und wenigstens durchsetzen konnte, daß die Kinder christlich glaubender Eltern nicht an diesem Unterricht teilnehmen mußten und ihnen daraus keine Nachteile erwuchsen.

Es ist unübersehbar, daß die DDR-Führung mit ihrem Kurs der Kriegsvorbereitung an der Seite des großen russischen Bruders unter Druck gerät, vor allem von der Jugend.

Mit der Ankündigung, daß am 1. September, also zum Schuljahresbeginn, der vormilitärische Unterricht auch auf die 11. Klasse der Oberschulen und Spezialschulen ausgedehnt wird, zeichnet sich ab, daß die SED im Kurs der Militarisierung des öffentlichen Lebens nicht zurückweichen will. Bisher war für die Schüler der elften Klassen die vormilitärische Ausbildung freiwillig, jetzt muß sie bei der Gesellschaft für Sport und Technik abgeleistet werden. Die Ausbildung sieht vormilitärische Übungen in zwölftägigen Lehrgängen während der Sommerferien vor. Ziel der Ausbildung ist die ,,Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Laufbahn motorisierter Schütze der NVA" und die ,,Förderung der Wehrbereitschaft der männlichen Schüler". Als direkte Provokation für die Friedensbewegung muß die Festlegung der auch möglichen Sanitäterausbildung in dieser Zeit beabsichtigt sein, soll die Schüler für ,,Leistung der ersten Hilfe nach Waffeneinwirkung und bei Katastrophen sowie in der Förderung ihrer Verteidigungsbereitschaft" anleiten.

Dennoch hat sich die SED ein Türchen offengelassen. Zwar ist die Freistellung ,,grundsätzlich nur durch die Direktoren" möglich ,,bei Vorliegen eines ärztlichen Attestes" oder ,,auf Antrag des Erziehungsberechtigten bei außergewöhnlichen familiären Gründen", aber sie ist wenigstens möglich.

Eine Woche vor Schulbeginn tagten in der DDR die Volksbildungsaktivs zur Ausrichtung des Lehrkörpers. ,,In seiner Schlußbemerkung hob der Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Hans Modrow, hervor, daß es die allerwichtigste Aufgabe der Lehrer und Erzieher sei, die ihnen anvertraute Jugend im Geiste des Friedens und der Sicherheit zu erziehen und sie zu streitbaren Kämpfern für die Sache des Sozialismus heranzubilden". Der 2. Sekretär der Kreisleitung Perelberg sieht ,,als wichtigste Aufgabe der Pädagogen, die junge Generation zu schöpferischer Arbeit für den Sozialismus zu befähigen. Sehr bedeutsam sind die guten Ergebnisse bei der Erziehung zu hoher Wehrbereitschaft." (Neues Deutschland 25.8.81)

Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man sagt, daß es in der DDR eine Friedensbewegung gibt und daß sie sich zur Zeit in ihren Forderungen auf die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung konzentriert.

Mit Erstaunen hat ADN auf die Behandlung der Ausdehnung des Wehrunterrichts in den westlichen Massenmedien reagiert. Völlig unverständlich, denn es handele sich nur um eine Zusammenfassung der seit 1978 herausgekommenen Richtlinien.

Und in der Tat, die bürgerliche Presse hat es nur zum Teil gemeldet, und wenn, dann wurde das Hauptgewicht auf die Ausdehnung des Unterrichts gelegt und nicht auf die Bemühungen des Widerstands. Und die westdeutsche Friedensbewegung, so hat es den Eindruck, hat den ganzen Vorgang ignoriert. Selbstverständlich ist das bei den Revisionisten von DKP/SEW und ihren Unterorganisationen kein Wunder, denn für sie ,,kommt der Frieden aus dem Osten" (Überschrift der Ausstellung der SEW beim Friedenskonzert in Westberlin 29.9.81). Für diejenigen, die sich jedoch nicht an die Sowjetunion verkaufen lassen wollen, wird es allerhöchste Zeit, die Ansätze und Versuche der Friedensbewegung in der DDR zu unterstützen und Kontakte zueinander herzustellen, und sei es über den Weg der Kirchen.

Unterdrückung von Juden im „Judenstaat"

„... schwarz, unzivilisiert, faul und dreckig – wie die Araber"

Von Chérifa el-Masri

Begins Likudkoalition ist mit den Stimmen der orientalischen Juden wieder an die Macht gehievt worden. 70% der Likudwähler rekrutieren sich daraus, dagegen sind nur 25% aschkenasische (= europäische) Juden.

Gewinner der Wahl ist Begins Herut, deren Sitzzahl von 32 (1977) auf 48 gestiegen ist. Verlierer der Wahl, obwohl sie mit Sicherheit die 200000 Stimmen, die sie 1977 an die DASH, Demokratische Bewegung für den Fortschritt, verloren hatten, wiederbekommen haben, sind die beiden Arbeiterparteien, Mapai und Mapam, die die Maarakhkoalition bilden.

Die underdogs beißen zurück ...

Die Niederlage der Maarakh zeigt, daß das Wahlergebnis von 1977, das zum ersten Mal in der Geschichte Israels den Likudblock an die Regierung brachte, kein „Betriebsunfall" war. Er spiegelte schon damals die verschärfte Polarisierung innerhalb der israelischen Siedlergesellschaft zwischen den aschkenasischen und den sephardischen Juden, zwischen dem zionistischen „Establishment", das sich aus West- und Osteuropa rekrutiert, und den orientalischen Juden, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus den arabischen Staaten stammen. In der Hackordnung der zionistischen Gesellschaft stehen die Aschkenazis, die weißen Juden, an der Spitze, die orientalischen Juden sind die Neger und die Palästinenser die Indianer. Das Wahlergebnis ist ein Sieg der „Neger" über die Weißen! Er ist trotzdem nicht einfach zu erklären.

Diese Unterdrückten innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft haben sich mit ihrem Stimmzettel für eine Regierung entschieden, die außenpolitisch auf Expansion aus ist und innenpolitisch einen wilden Kapitalismus predigt, gekoppelt mit einem Aufleben der religiösen Reaktion. Einen Denkzettel haben sie *den* Parteien verpaßt, die an bestimmten Punkten zu kosmetischen Korrekturen in bezug auf die besetzten Gebiete bereit sind und im Innern als Vertreter der Arbeiter auftreten, historisch sich als „links" verstehen. Letzten Endes haben sich die orientalischen Juden auf Konfrontationskurs mit den Palästinensern begeben, eigentlich ihre natürlichen Verbündeten.

Die orientalischen Juden – nur Manövriermasse für die Zionisten

Der entscheidende Unterschied zwischen den diskriminierten orientalischen Juden und den unterdrückten Palästinensern ist der zwischen Kolonisten und Kolonisierten: Auch die orientalischen Juden sind als Siedler nach Palästina gekommen, auch sie leben von den Kapitalschenkungen, die von den zionistischen Organisationen und vom US-Imperialismus nach Israel fließen und durch die allein der Staat lebensfähig ist. Es ist ein Hundeleben,



Die „Neins" der Zionisten: Nein zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, nein zur PLO, nein zum palästinensischen Staat

was die orientalischen Juden führen, aber es gelingt dem Demagogen Begin, sie trotzdem um den Likud zu scharen, indem er teilweise berechtigt die Schuld für dieses Hundeleben den Schuldigen, den „linken" Zionisten, den heutigen Arbeiterparteien, zurückschleudert.

Die Einwanderung der orientalischen Juden nach Palästina hat sich anders vollzogen als die der europäischen Juden. Während die europäischen Juden vor der physischen Vernichtung durch den modernen Antisemitismus vor allem des faschistischen Deutschland geflüchtet sind, lockten die Zionisten die Juden aus den arabischen Staaten mit verschiedenen Verheißungen ins Land, weil sie schlicht Arbeiter und Bauern brauchten, um den geraubten palästinensischen Boden zu bebauen, eine Leistung, die die europäischen Juden, in ihrer Mehrheit Angehörige der Mittelschichten, nicht vollbringen konnten.

Dieses Konzept der Zionisten traf die jüdischen Gemeinden in den arabischen Staaten in einer Krisensituation. Der erwachende arabische Nationalismus, islamisch gefärbt, ging einher teilweise mit einer chauvinistischen Unterdrückung religiöser Minderheiten, so z.B. auch der Kopten in Ägypten. Den Versuchen eines Zusammenlebens mit den Juden versetzten jedoch die zionistische Kolonisierung Palästinas und die Gründung Israels 1948 mit seinem aggressiv vorgetragenen Anspruch, Staat *aller* Juden zu sein, den entscheidenden Schlag. Die großen Auswanderungswellen der Juden aus den arabischen Staaten verlaufen fast parallel mit Israels Kriegen: 1948, 1955/56 und der letzte Rest schließlich 1967. Wo die Juden integriert und auch Teil entweder der revolutionären Bewegung waren wie z.B. im Irak und Ägypten oder der herrschenden Klasse wie in Marokko, scheuten die Zionisten sich nicht, antisemitische Aktionen zu inszenieren in den jeweiligen arabischen Staaten, um sie von der Notwendigkeit der Auswanderung zu überzeugen.

Die verheißungsvollen Versprechen waren breit gestreut, sie gingen vom Vorgaukeln der nahen Ankunft des Messias in Palästina bis hin zu den materiellen Anreizen – eigenes Land, eigenes Vieh u.ä. Organisiert wurde die Auswanderung gerade von den „linken" Zionisten. Für die arabischen Einwanderer erfüllte sich keine dieser Verheißungen: Heute bilden sie die Massen der Landarbeiter, in den am meisten gefährdeten Wehrdörfern konzentriert, oder wenn sie in der Industrie arbeiten, befinden sie sich auf den untersten Sprossen der Leiter.

Die orientalischen Juden – eine unterdrückte Mehrheit

Die orientalischen Juden stellen heute die Mehrheit der Siedler dar: 65%. Ihr Durchschnittseinkommen als Arbeiter beträgt nur 68% von dem der aschkenasischen Juden, in der Landwirtschaft gar nur 55%. An die 39% sind regelmäßige Empfänger von Sozialhilfe. Sie leben in eigenen Ghettos in den großen Städten – von den aschkenasischen Juden verächtlich als „schwarze" oder „frenks" bezeichnet. Obwohl sie die Masse der einfachen Soldaten stellen, rekrutieren sich weniger als 10% der Offiziere aus ihren Reihen. Von den hochqualifizierten Berufen z.B. in der Armee sind sie ausgeschlossen, weil sie – wie die Araber – nicht über den nötigen technischen Verstand verfügen. Landesweit kursiert der „Witz" des zionistischen Schriftstellers Bialik: Er verabscheue die Araber, weil sie den orientalischen Juden so ähnlich seien.

Der von ihnen verhaßte Staatsapparat ist mit Anhängern der Arbeiterpartei durchsetzt – kein Wunder nach dreißigjähriger Alleinherrschaft. Die zionistische Gewerkschaft Histadruth, an die sie auf Gedeih und Verderb angekettet sind, weil sie sich sonst weder kranken- noch sozialversichern können – beides Monopole der Histadruth – wird ebenfalls von der Arbeiterpartei kontrolliert. Der Funktionärskörper besteht mehrheitlich aus aschkenasischen Juden.

Während die europäischen Juden die Möglichkeit haben, aus Israel auszuwandern in die USA oder in westeuropäische Länder, denen sie mit vielfältigen Fäden verbunden sind, haben die orientalischen Juden diese Perspektive nicht. Die arabischen Staaten haben zwar Gesetze erlassen, die jedem ausgewanderten Juden die Möglichkeit der Rückkehr bieten, aber sowohl ökonomische als auch psychologische Barrieren lassen das nur in wenigen Ausnahmefällen zu.

Begins Chimären?

Begin gaukelt den orientalischen Juden die Perspektive eines starken, unbesiegbaren Israel vor – stark durch Annexion und in Isolation, ein Riesenghetto, das das eigene materielle und reale zumindest zeitweise vergessen macht. Begin hat aber auch geschafft, was kein „linker" Zionist geschafft hat: Mit dem größten arabischen Land Ägypten eine Friedensvertrag geschlossen. Die Sehnsucht nach der alten arabischen Heimat, lange verschüttet, verboten sie auszudrücken, quillt hervor, verbunden mit dem Wunsch nach einem echten Frieden. In diesem Widerspruchsraster sind wichtige Gründe für Begins Wahlsieg zu suchen. Er spielt dies weidlich aus und verstellt den unterdrückten Juden die für ihre Befreiung einzig mögliche Perspektive – den Zusammenschluß mit den Palästinensern, die Umwandlung des rein jüdischen Staates, „Schutzwall Europas gegen die asiatische Barbarei", wie Theodor Herzl das gefordert und die Zionisten das auch realisiert haben – in einen Staat aller Menschen, die innerhalb seiner Grenzen leben.

lup. Es ist gut einen Monat her, seitdem Ronald Reagan seinen allgemein als „historische Wende" bezeichneten Haushalt durch Kongreß und Senat gebracht hat. Aber bereits jetzt wird allgemein davon ausgegangen, daß die wundersamen Wirkungen der Marktkräfte, deren Entfaltung eines der Hauptversprechen der Reaganschen Haushalts- und Wirtschaftspolitik ist,

Reagans nächster Schritt: Kürzung der Renten

Im Mai im Senat durchgefallen, werden die Vorschläge für 1982 erneut eingebracht

durch die staatliche, obligatorische Rentenversicherung, sondern durch zusätzliche private Lebensversicherun-

Rente für Erwerbsunfähige, die als Sozialhilfe behandelt wird. Bislang gelten als Kriterium für Erwerbsunfähigkeit

Im Gegensatz zu den durch die Annahme des Haushalts beschlossenen Kürzungen der Sozialausgaben, die je-

lehnen. Allerdings ist der demokratische Widerstand gegen die geplanten Rentenkürzungen keineswegs prinzipiell. Die Demokraten schließen ihrerseits eine Subventionierung der Rentenkasse aus dem Staatshaushalt weitgehend aus, wenngleich weniger doktrinär als die Reagansche Mafia. Im übrigen haben sie bereits den Vorschlag unterstützt, die Defizite der

die Weißen! Er ist trotzdem nicht einfach zu erklären.

Diese Unterdrückten innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft haben sich mit ihrem Stimmzettel für eine Regierung entschieden, die außenpolitisch auf Expansion aus ist und innenpolitisch einen wilden Kapitalismus predigt, gekoppelt mit einem Aufleben der religiösen Reaktion. Einen Denkzettel haben sie *den* Parteien verpaßt, die an bestimmten Punkten zu kosmetischen Korrekturen in bezug auf die besetzten Gebiete bereit sind und im Innern als Vertreter der Arbeiter auftreten, historisch sich als „links" verstehen. Letzten Endes haben sich die orientalischen Juden auf Konfrontationskurs mit den Palästinensern bege-



Die „Neins" der Zionisten: Nein zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, nein zur PLO, nein zum palästinensischen Staat

was die orientalischen Juden führen, aber es gelingt dem Demagogen Begin, sie trotzdem um den Likud zu scharen, indem er teilweise berechtigt die Schuld für dieses Hundeleben den Schuldigen, den „linken" Zionisten, den heutigen Arbeiterparteien, zurückschleudert.

Die Einwanderung der orientalischen Juden nach Palästina hat sich anders vollzogen als die der europäischen Juden. Während die europäi-

mus, islamisch gefärbt, ging einher teilweise mit einer chauvinistischen Unterdrückung religiöser Minderheiten, so z.B. auch der Kopten in Ägypten. Den Versuchen eines Zusammenlebens mit den Juden versetzten jedoch die zionistische Kolonisierung Palästinas und die Gründung Israels 1948 mit seinem aggressiv vorgetragenen Anspruch, Staat *aller* Juden zu sein, den entscheidenden Schlag. Die großen

die Mehrheit der Siedler dar: 65%. Ihr Durchschnittseinkommen als Arbeiter beträgt nur 68% von dem der aschkenasischen Juden, in der Landwirtschaft gar nur 55%. An die 39% sind regelmäßige Empfänger von Sozialhilfe. Sie leben in eigenen Ghettos in den großen Städten – von den aschkenasischen Juden verächtlich als „schwarze" oder „frenks" bezeichnet. Obwohl sie die Masse der einfachen Soldaten stellen, rekrutieren sich weniger als 10% der Offiziere aus ihren Reihen. Von den hochqualifizierten Berufen z.B. in der Armee sind sie ausgeschlossen, weil sie – wie die Araber – nicht über den nötigen technischen Verstand verfügen. Landesweit kursiert der „Witz" des zionistischen

Ägypten eine Friedensvertrag geschlossen. Die Sehnsucht nach der alten arabischen Heimat, lange verschüttet, verboten sie auszudrücken, quillt hervor, verbunden mit dem Wunsch nach einem echten Frieden. In diesem Widerspruchsraster sind wichtige Gründe für Begins Wahlsieg zu suchen. Er spielt dies weidlich aus und verstellt den unterdrückten Juden die für ihre Befreiung einzig mögliche Perspektive – den Zusammenschluß mit den Palästinensern, die Umwandlung des rein jüdischen Staates, „Schutzwall Europas gegen die asiatische Barbarei", wie Theodor Herzl das gefordert und die Zionisten das auch realisiert haben – in einen Staat aller Menschen, die innerhalb seiner Grenzen leben.

Reagans nächster Schritt: Kürzung der Renten

Im Mai im Senat durchgefallen, werden die Vorschläge für 1982 erneut eingebracht

lup. Es ist gut einen Monat her, seitdem Ronald Reagan seinen allgemein als „historische Wende" bezeichneten Haushalt durch Kongreß und Senat gebracht hat. Aber bereits jetzt wird allgemein davon ausgegangen, daß die wundersamen Wirkungen der Marktkräfte, deren Entfaltung eines der Hauptversprechen der Reaganschen Haushalts- und Wirtschaftspolitik ist, wohl doch nicht die Wirkungen entfalten werden, die bei den Schätzungen über die Entwicklung der Steuereinnahmen angenommen wurden. Was bedeutet, daß die Haushaltskürzungen in den kommenden beiden Jahren bei anhaltender Rezession, niedriger als erwartet ausfallenden Steuereinnahmen und anhaltend steigendem Verteidigungsetat (7% real) noch wesentlich schärfer ausfallen werden als das bereits bei dem jetzt verabschiedeten Haushalt der Fall war. Weitere Kürzungen der Sozialausgaben sind bereits in Planung, und es ist so gut wie sicher, daß Reagans Budgetdirektor David Stockmann erneut in dieser oder jener Form seine Pläne zur Kürzung der Renten vorbringen wird, die bereits im Mai dem Senat zur Abstimmung vorgelegt worden und dort mit Pauken und Trompeten durchgefallen waren.

Das amerikanische Sozialversicherungssystem einschließlich der Rentenversicherung unterscheidet sich wesentlich von dem in Westdeutschland geltenden, vor allem was die Rechte und die Einflußmöglichkeiten der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen auf dieses System angeht. Erstens unterliegen die Renten nicht einmal formell der Selbstverwaltung. 4,975%, die jeweils von Lohnabhängigem wie Kapitalisten in die Sozialversicherung eingezahlt werden, gehen direkt in den Staatshaushalt ein und werden von einer Institution verwaltet, die direkt der Kontrolle der Regierung untersteht. Zweitens sind die Rentenansprüche grundsätzlich so bemessen, daß sie nicht entfernt zum Leben ausreichen. Sie liegen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Die Hauptsicherung der Rente erfolgt für den einzelnen Lohnabhängigen im wesentlichen nicht durch die staatliche, obligatorische Rentenversicherung, sondern durch zusätzliche private Lebensversicherungen, in den letzten Jahrzehnten zunehmend auch durch gewerkschaftliche Pensionskassen, in die die Kapitalisten einzahlen und die von Einzelgewerkschaften verwaltet werden. Die Sicherung der gewerkschaftlichen Pensionskasse war z.B. einer der Hauptauseinandersetzungspunkte in dem jüngsten amerikanischen Bergarbeiterstreik. Die Ansprüche an die betrieblichen Rentenfonds sind aber oftmals in Festgeldbeträgen vereinbart, sc daß diese Rentenansprüche durch Inflation entwertet werden, was den Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung zunehmende Bedeutung verleiht. Mit der Begründung eines wachsenden Defizits in der staatlichen Rentenversicherung – das traditionell aus prinzipiellen Gründen nicht durch Zuschüsse aus anderen Teilen des Staatshaushalts ausgeglichen wird, hatte bereits Carter erste Angriffe auf die Rentenversicherung eingeleitet, die allerdings noch nicht sehr weit gingen.

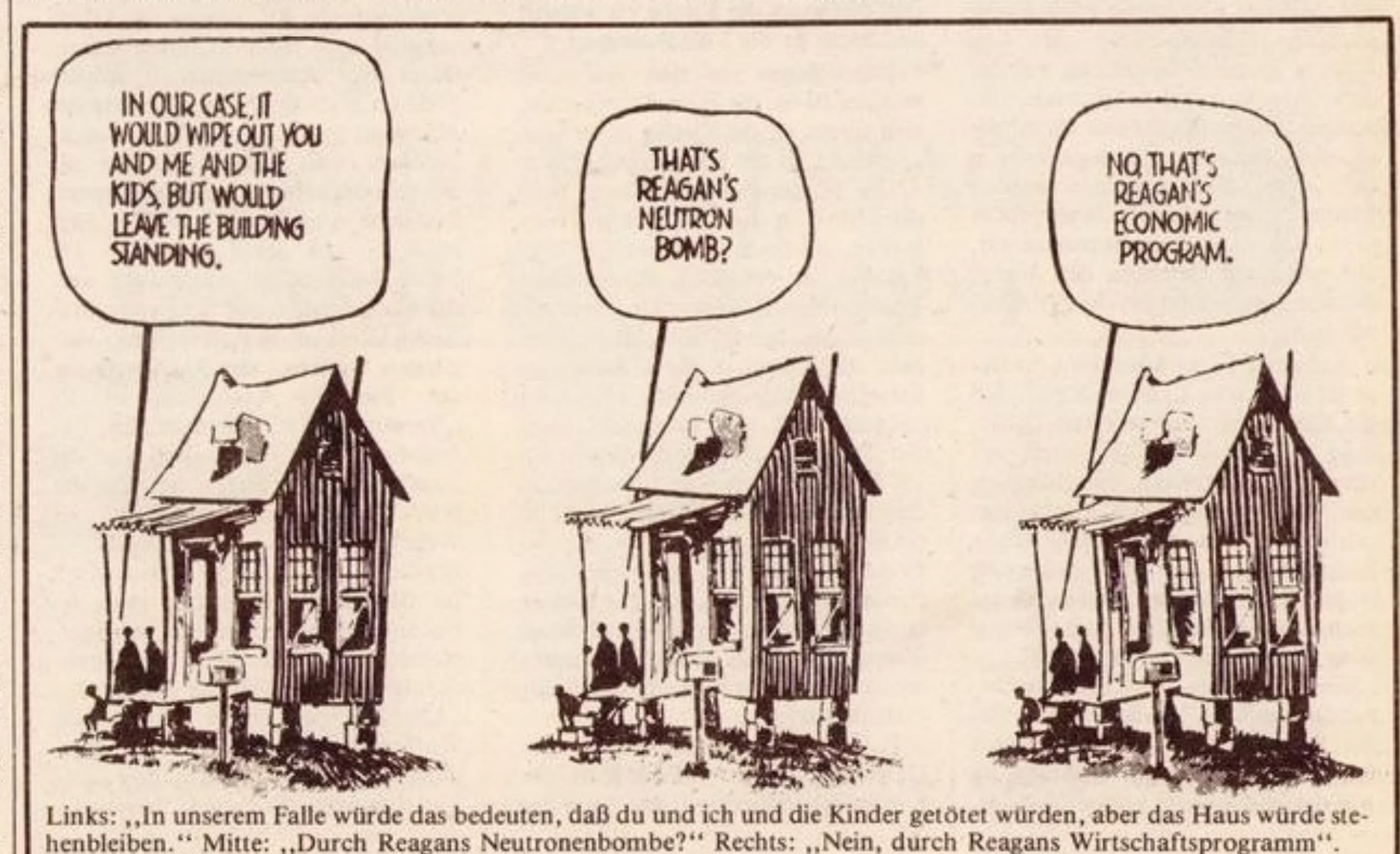
Ein von Reagan dem Senat im Mai diesen Jahres zugeleitetes Programm beinhaltete im wesentlichen drei Elemente: Erstens eine drastische Kürzung der Rentenansprüche für diejenigen Lohnabhängigen, die statt mit 65 Jahren bereits mit 62 Jahren in Rente gehen. Etwa 70% der Arbeiter gehen gegenwärtig mit 62 Jahren in Rente. Bislang erhalten sie 80% ihrer Rentenansprüche ausbezahlt, nach dem Plan Reagans wären es noch gerade 55%, eine Kürzung, die nicht bloß für die Jahre der Frühverrentung gilt, sondern bis ans Lebensende. Betroffen davon wären insbesondere werktätige Frauen, die sich öfter als Männer frühverrenten lassen, und Kranke.

Das zweite Element der Reaganschen Kürzungsvorhaben betrifft die Rente für Erwerbsunfähige, die als Sozialhilfe behandelt wird. Bislang gelten als Kriterium für Erwerbsunfähigkeit neben medizinischen Gründen auch solche Faktoren wie fortgeschrittenes Alter, schlechte Ausbildung und geringe Berufserfahrungen. In Zukunft soll nur noch Berufsunfähigkeit aus Krankheitsgründen anerkannt werden.

Darüberhinaus soll schließlich drittens eine allgemeine Kürzung der Renten eingeleitet werden. Bislang werden die Renten jährlich entsprechend einem Index erhöht, der aus den durchschnittlichen Lohnsteigerungen gebildet wird. Innerhalb der folgenden fünf Jahre soll lediglich die Hälfte des so gewonnen Prozentsatzes erhöht werden.

Im Gegensatz zu den durch die Annahme des Haushalts beschlossenen Kürzungen der Sozialausgaben, die jeweils besondere Teile des Volkes in jeweils besonderer Weise trafen, stellen die Reaganschen Rentenpläne einen direkten Angriff auf die Lohnabhängigen insgesamt dar, der neben den Gewerkschaften insbesondere von den Organisationen der Rentner heftig angegriffen wurde. Die Ablehnung der Rentenpläne war denn auch der einzige Punkt, wo die demokratische Mehrheit des Senats den Reaganschen Kürzungsplänen einigermaßen wirksamen Widerstand entgegensetzte, und wo dann auch die republikanischen Senatoren gezwungen waren, die Vorlage abzulehnen. Allerdings ist der demokratische Widerstand gegen die geplanten Rentenkürzungen keineswegs prinzipiell. Die Demokraten schließen ihrerseits eine Subventionierung der Rentenkasse aus dem Staatshaushalt weitgehend aus, wenngleich weniger doktrinär als die Reagansche Mafia. Im übrigen haben sie bereits den Vorschlag unterstützt, die Defizite der Rentenversicherung durch eine Anhebung des Rentenalters von 65 auf 68 Jahre zu senken, und einer Kürzung der jährlichen Anpassung der Renten an die durchschnittliche Lohnentwicklung zugestimmt.

Eine neue Phase der Auseinandersetzung um die Rentenversicherung wird mit ziemlicher Sicherheit durch die Vorlage des kommenden Haushalts eingeleitet. Und es ist keineswegs sicher, daß Ronald Reagan seine Rentenpläne ebenso leicht durchbringen wird wie die bislang beschlossenen Kürzungen der Sozialausgaben.



Links: „In unserem Falle würde das bedeuten, daß du und ich und die Kinder getötet würden, aber das Haus würde stehenbleiben." Mitte: „Durch Reagans Neutronenbombe?" Rechts: „Nein, durch Reagans Wirtschaftsprogramm".

Die Atlantikroute kann gekappt werden

Zur Geschichte der „dual basing“-Strategie. Teil III

Von Dieter Wismann

Die NATO-Strategie für einen Krieg in Europa vorausgesetzt, ist das „dual basing“-Konzept für den US-Imperialismus der einzig gangbare Ausweg aus einer Klemme: Dieser Krieg erfordert beträchtliche Truppenverstärkungen in kürzester Zeit. Aber 1. sind diese Truppen aktuell nicht verfügbar und 2. lassen sich die Verbände in der erforderlichen Größenordnung im Kriegsfall nicht rasch genug, nämlich auf dem Luftwege, verlegen. Zur Veranschaulichung: Um 1 Division per Flugzeug nach Europa zu schaffen, wären beispielsweise 400 Flüge mit der „Galaxy“ C-5 plus 1200 mit der C-141 plus 60 für den Mannschaftstransport mit der Boeing 707 nötig. Kostenpunkt: über 0,3 Mrd $. Tatsächlich aber verfügt die gesamte strategische Transportflotte der USA „nur“ über insgesamt 1200 Maschinen, darunter 76 Stück C-5A; und die Mehrzahl der Maschinen ist erst nach Requirierung von Zivilflugzeugen einsatzbereit. Wäre diese Division als gefechtsbereite, also mit ihrer Grundausrüstung für 30 Kampftage, zu verlegen, wäre sogar das Dreifache an Flugbewegungen erforderlich. Wäre schließlich das Gerät für sämtliche Verstärkungstruppen nicht bereits in der BRD eingelagert, würde sich der Transportumfang nochmals verfünffachen: Zahlen also, weit jenseits jeglicher Realisierbarkeit, selbst für eine Supermacht. „Dual basing“, die Vorauseinlagerung von schwerem Gerät, reduziert die erforderliche Transportleistung auf mindestens 5 × 60 Flüge.

Damit wäre aber nur ein Bruchteil des Problems gelöst. Denn der laufende Nachschub für diese Kriegsmaschine von rund 20 Mio. t pro Monat übersteigt sogar noch den Umfang des Transports ganzer Divisionen bei weitem. Wäre gefordert, ihn per Flugzeug zu verfrachten, und unterstellt, Flugzeuge mit der Transportleistung von je 100 t stünden in ausreichender Zahl zur Verfügung, wären 200000 Flüge bzw. 40 Mrd. $ dafür aufzubringen – eine finanzielle Aufwendung in der Größe des gesamten jährlichen US-Verteidigungsetats aus der Zeit nach dem Koreakrieg. All das wäre nur eine unsinnige Zahlenspielerei, würden sich die logistischen Aufgaben für die US-Streitkräfte nicht tatsächlich so schroff stellen.

Die sowjetische Heeres- und Luftwaffenrüstung gestattet es der Sowjetunion, neben ihrem vielfach genutzten geostrategischen Vorteil bei der Defensive, in Gestalt der Weite des sowjetischen Hinterlandes, den geostrategischen Vorteil bei der Offensive, in Gestalt der unmittelbaren Nachbarschaft zum voraussichtlichen Hauptkriegsplatz, voll zur Geltung zu bringen. Auf absehbare Zeit wird keine technologische Neuerung auf seiten der NATO den Nachteil wettmachen können, daß die Sowjets in kürzerer Zeit eine schlagkräftigere Streitmacht aufmarschieren lassen können – in so kurzer

de Nachschub für diese Kriegsmaschine von rund 20 Mio. t pro Monat übersteigt sogar noch den Umfang des Transports ganzer Divisionen bei weitem. Wäre gefordert, ihn per Flugzeug zu verfrachten, und unterstellt, Flugzeuge mit der Transportleistung von je 100 t stünden in ausreichender Zahl zur Verfügung, wären 200000 Flüge bzw. 40 Mrd. $ dafür aufzubringen – eine finanzielle Aufwendung in der Größe des gesamten jährlichen US-Verteidigungsetats aus der Zeit nach dem Koreakrieg. All das wäre nur eine unsinnige Zahlenspielerei, würden sich die logistischen Aufgaben für die US-Streitkräfte nicht tatsächlich so schroff stellen.

Die sowjetische Heeres- und Luftwaffenrüstung gestattet es der Sowjetunion, neben ihrem vielfach genutzten geostrategischen Vorteil bei der Defensive, in Gestalt der Weite des sowjetischen Hinterlandes, den geostrategischen Vorteil bei der Offensive, in Gestalt der unmittelbaren Nachbarschaft zum voraussichtlichen Hauptkriegsplatz, voll zur Geltung zu bringen. Auf absehbare Zeit wird keine technologische Neuerung auf seiten der NATO den Nachteil wettmachen können, daß die Sowjets in kürzerer Zeit eine schlagkräftigere Streitmacht aufmarschieren lassen können – in so kurzer
Zeit, daß die Vorwarnzeit eventuell nicht einmal mehr ausreicht, die NATO in Kriegsbereitschaft zu versetzen. Nur unter den denkbar günstigsten Bedingungen, daß es nämlich gelänge, die amerikanischen Reserven alle rechtzeitig parat und vorsorglich einen erheblichen Teil des Nachschubs bereits in Europa zur Verfügung zu haben, wäre dieser sowjetische Vorteil durch die NATO zu verkraften.

Den US-Imperialisten bleibt angesichts dieser Lage nur der Weg, durch enorme Verstärkung der Transportkapazitäten das strategische Defizit wenigstens abzuschwächen und darüberhinaus darauf zu bauen, daß eine frühzeitig gewarnte NATO-Führung den bei unmittelbarer Gefahr eines Kriegsausbruchs nicht unbedingt entschärfenden Entschluß faßt, noch rechtzeitig Verstärkung und Nachschub heranzuschaffen.

Genau diesen Weg beschreiten die US-Imperialisten in diesen Jahren. 1. wird die Lufttransportkapazität durch eine ganze Reihe von Maßnahmen erhöht, die allein im Haushaltsjahr 1980/81 runde 9 Mrd. $ verschlingen. Dazu gehört vor allem die Neukonstruktion des größten Transportflugzeuges der Welt, der CX, das für veranschlagte 6,9 Mrd. $ in einer Auflage von 130 Stück bis 1985 gebaut werden soll. 2. wird auch in Zukunft davon ausgegangen, daß trotzdem über 80 bis 90% des Transportaufkommens nach wie vor zur See abgewickelt werden müssen, daß also nur das eiligste Kriegsmaterial per Flugzeug verfrachtet werden kann. Daß sich abgesehen von dem entscheidenden Nachteil des Seetransportes, nämlich der fünfmal so langen Transportdauer, auch bei der Bereitstellung des nötigen Schiffsraumes erhebliche Probleme stellen, kann hier nicht erörtert werden. Dennoch bilden die jetzt ergriffenen Maßnahmen zur Verstärkung der strategischen Transportkapazität einen der wichtigsten Schwerpunkte des US-Rüstungsprogramms für die 1. Hälfte der 80er Jahre.

Über 80% des Nachschubs über den Nordatlantik – das wäre die größte Seetransportoperation der Geschichte. Die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes in Mitteleuropa bürdet dieser logistischen Operation eine vermutlich kriegsentscheidende Rolle auf. Klappt der Nachschub nicht, geht für die NATO nach wenigen Wochen der Ofen aus. An dieser schwachen Flanke der NATO-Strategie mußte die sowjetische Militärmacht hebeln, was sie denn ja auch tat – mit ihrer Flottenrüstung.

1980 orten US-Satelliten auf einer sowjetischen Werft die größten U-Boot-Neubauten der Welt und auf einer anderen zwei nukleargetriebene Superflugzeugträger auf Helling. Zu Beginn der 80er Jahre beläuft sich der jährliche Ausstoß der sowjetischen Marinewerften auf 3–4 Lenkwaffenkreuzer, 8 strategische U-Boote, 5 (nukleare) Jagd-U-Boote, 10 Kleinkampfschiffe u.a. Einheiten. Selbst die ehrgeizigsten Rüstungspläne der US-Navy erreichen diese Größenordnung bei weitem nicht. Ein Sprecher des US-Marineministeriums: „eine der dramatischsten Entwicklungen der Zeit nach dem 2. Weltkrieg“. Sieht man vom

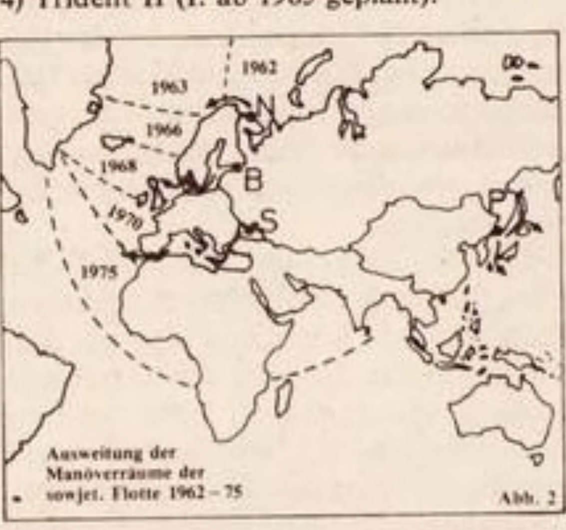


Die gesteigerte Reichweite der SLBMs erlaubt den US-Raketen-U-Booten wachsende Bewegungsfreiheit auf den Weltmeeren, die sie vor Ortung schützt. Die markierten Flächen bezeichnen die Seeräume, von denen aus das Zentrum der SU in der Reich-

Boot-Neubauten der Welt und auf einer anderen zwei nukleargetriebene Superflugzeugträger auf Helling. Zu Beginn der 80er Jahre beläuft sich der jährliche Ausstoß der sowjetischen Marinewerften auf 3–4 Lenkwaffenkreuzer, 8 strategische U-Boote, 5 (nukleare) Jagd-U-Boote, 10 Kleinkampfschiffe u.a. Einheiten. Selbst die ehrgeizigsten Rüstungspläne der US-Navy erreichen diese Größenordnung bei weitem nicht. Ein Sprecher des US-Marineministeriums: „eine der dramatischsten Entwicklungen der Zeit nach dem 2. Weltkrieg“. Sieht man vom



Die gesteigerte Reichweite der SLBMs erlaubt den US-Raketen-U-Booten wachsende Bewegungsfreiheit auf den Weltmeeren, die sie vor Ortung schützt. Die markierten Flächen bezeichnen die Seeräume, von denen aus das Zentrum der SU in der Reich-
weite folgender Waffen liegt: 1) Polaris A 1/2 (Entwicklung ab 1954, Indienststellung ab 1960); 2) Polaris A3 (E. ab 1960, I.: 1966–68) / Poseidon (E. ab 1962, I.: 1971 bis 78); 3) Trident I (E. ab 1972, I. ab 1980); 4) Trident II (I. ab 1985 geplant).



Ausweitung der Manöverräume der sowjet. Flotte 1962–75

Umfang und Tempo dieser Entwicklung ab, kann sie grundsätzlich doch nicht überraschen. Die Entwicklung einer imperialistischen Supermacht bleibt ohne entsprechende Flottenrüstung ein Unding. Der Aufbau der Flotte und die Änderungen ihrer Einsatzdoktrin verzeichnen in der Tat geradezu wie ein Seismograph die Etappen dieser Entwicklung. In gebotener Kürze können hier nur einige wenige Schlaglichter auf die jüngste Entwicklung – vor allem mit Blick auf den Atlantik und die Nordflanke der NATO, geworfen werden.

Der letzte große Rüstungsschub erfolgte im Schatten des Indochinakrieges zwischen 1967 und 1972: ca. 30% des Gesamtbestandes der größeren Überwasserkampfschiffe wurden in Dienst gestellt; zugleich ein umfangreicher Erneuerungsprozeß, in dem fast alle Einheiten mit mehr als 25 Jahren Betriebsdauer außer Dienst gestellt wurden. Das Waffensystem der sowjetischen SLBM-Boote (1) erreichte annähernde Parität zum US-Gegenstück, während die sowjetischen Raketenkreuzer mit Seezielflugkörpern kein westliches Pendant hatten. Insgesamt schrumpfte der technologische Rückstand der sowjetischen Flotte auf die NATO-Flotte auf geschätzte 2 bis 4 Jahre. 1962, in der „Kuba-Krise“, noch wie eine „Bananenrepublik“ von der US-Navy behandelt, läßt die SU ihre Flotte ab 1969 regelmäßig in der Karibik kreuzen, ab 1970 vor der westafrikanischen Küste. Die kubanisch-sowjetische Intervention in Angola wird 1975 von der Sowjetflotte über See versorgt und auf See abgedeckt. Um 1973 wird offenbar die langjährige Auseinandersetzung innerhalb der sowjetischen Führung über die Rolle der Marine in Krieg und Frieden zugunsten der Position des obersten Marinebefehlshabers Gorschkow entschieden: Gleichrangig neben den strategischen Raketentruppen soll die Kriegsflotte *das* strategische Droh- und Kriegsinstrument der Sowjetunion sein.

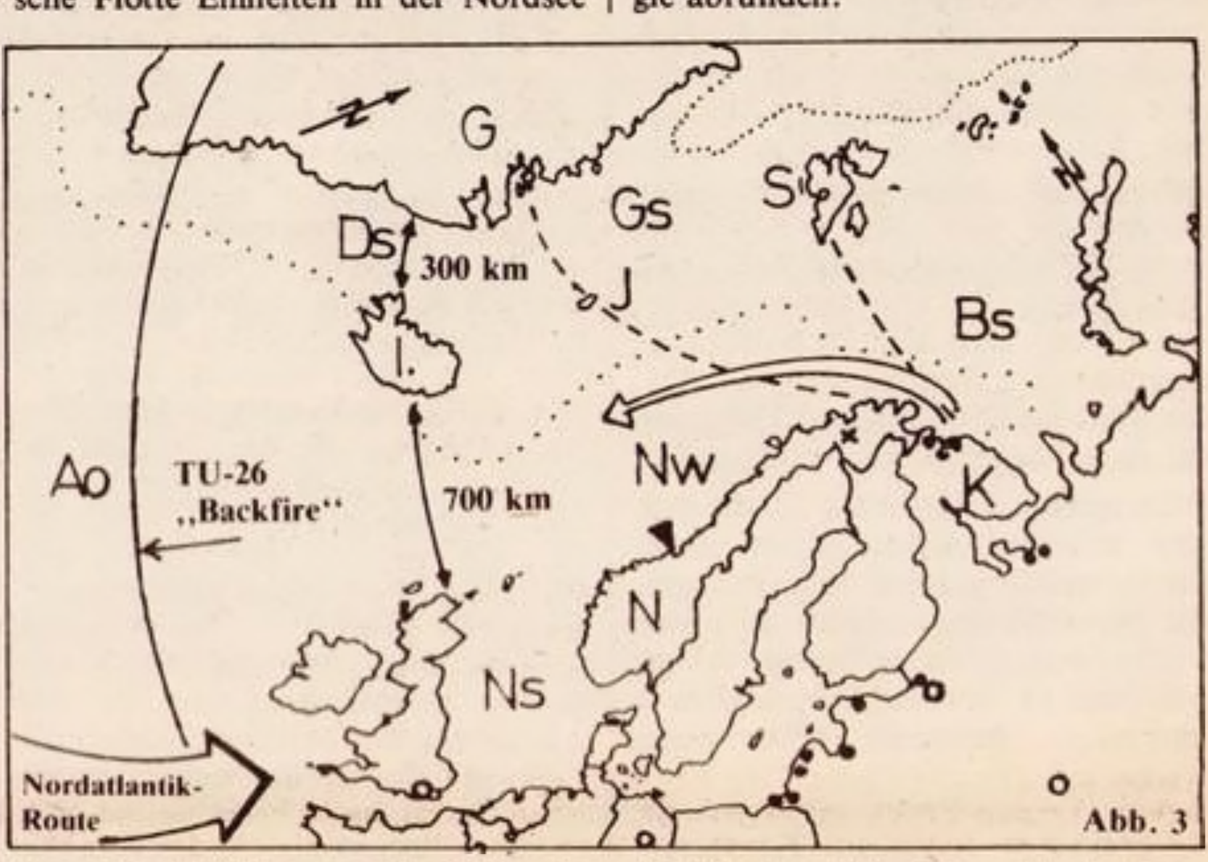
Ab Mitte der 70er Jahre greifen die Maßnahmen auf dieser Linie. Zwei der wichtigsten Elemente dieses Programms sind die Schaffung einer für Ozeanflüge tauglichen Marineluftwaffe und die Einführung von Flugzeugträgern. Das Einsatzkonzept der Marine kann aufgrund der unterschiedlichen geostrategischen Lage der Supermächte und der nach wie vor bestehenden Überlegenheit der NATO zur See keine schlichte Kopie des US-amerikanischen „command of the sea“ sein. Solange die westliche Seeherrschaft nicht gebrochen ist, steht nicht die Beherrschung der Schiffahrtswege auf der Tagesordnung, sondern die Fähigkeit, Aktionen gegen die NATO-Flotten zwecks Durchführung von Operationen gegen feindliche Küsten durchführen zu können. Dazu u.a. die Fähigkeit, die US-SLBM-Boote und – vor allem in den letzten Jahren – die US-Trägerverbände ausschalten zu können. Diese Konstellation spiegelt bei oberflächlicher Betrachtung leicht das falsche Bild einer *maritim* strategisch defensiven Rüstung wider, zumal die gerade ab Mitte der 70er Jahre entwickelten offensiven Waffensysteme

Raketentruppen soll die Kriegsflotte *das* strategische Droh- und Kriegsinstrument der Sowjetunion sein.

Ab Mitte der 70er Jahre greifen die Maßnahmen auf dieser Linie. Zwei der wichtigsten Elemente dieses Programms sind die Schaffung einer für Ozeanflüge tauglichen Marineluftwaffe und die Einführung von Flugzeugträgern. Das Einsatzkonzept der Marine kann aufgrund der unterschiedlichen geostrategischen Lage der Supermächte und der nach wie vor bestehenden Überlegenheit der NATO zur See keine schlichte Kopie des US-amerikanischen „command of the sea“ sein. Solange die westliche Seeherrschaft nicht gebrochen ist, steht nicht die Beherrschung der Schiffahrtswege auf der Tagesordnung, sondern die Fähigkeit, Aktionen gegen die NATO-Flotten zwecks Durchführung von Operationen gegen feindliche Küsten durchführen zu können. Dazu u.a. die Fähigkeit, die US-SLBM-Boote und – vor allem in den letzten Jahren – die US-Trägerverbände ausschalten zu können. Diese Konstellation spiegelt bei oberflächlicher Betrachtung leicht das falsche Bild einer *maritim* strategisch defensiven Rüstung wider, zumal die gerade ab Mitte der 70er Jahre entwickelten offensiven Waffensysteme
auf der breiten Basis einer seit Jahrzehnten entwickelten defensiv ausgerichteten Seestreitmacht entstehen.

Die Entfaltung der sowjetischen Nordflotte ist durch diesen „defensiven Zug“ über Jahre hinweg geprägt. Sie ist nicht nur die kampfkräftigste aller sowjetischen Flotten, sondern verfügt auch über den größten Anteil an ASW-Kapazitäten. (2): u.a. 1 U-Jagd-Kreuzer (Flugzeugträger) und 60 nukleargetriebene Jagd-U-Boote. Für die U-Jagd hervorragend ausgerüstet sind daneben fast alle großen Überwasserkampfschiffe. Die Abbildungen 1 und 2 veranschaulichen, wie die gesteigerte Reichweite amerikanischer SLBM-Systeme die Nordflotte scheinbar aus dem Nordmeer heraus und in immer südlichere Regionen des Atlantik „locken“. Aus der Nordflotte wird faktisch die sowjetische Atlantikflotte. Gleichwohl ein unzulässig einseitiges Bild der Entwicklung, die tatsächlich viel komplexer ist. (3) Von Gorschkow wird seit Beginn der 70er Jahre ausdrücklich das Konzept der „ausgewogenen Flotte“ betont, die für alle absehbaren Aufgaben der Seekriegsführung gerüstet sein soll. Tatsächlich faßte das bisher größte Seemanöver der Sowjets, „Okean '75“, alle diese wesentlichen Aufgaben zusammen. Damit löste es in der NATO einen ähnlichen Schock aus wie seinerzeit der Sputnikstart. Daß es die Sowjets in den späten 60er und den 70er Jahren gelernt hatten, konkurrenzfähige Kriegsschiffe zu bauen, stellte jedoch zu keinem Zeitpunkt eine ernste Gefährdung der US-Seeherrschaft dar. Zu groß scheinen die Anforderungen an die sowjetische Marine, die Nordflotte, die baltische, die Schwarzmeer- und die Pazifikflotte, überhaupt erst einmal aus der seestrategisch denkbar ungünstigsten Lage, nämlich aus der Falle der betreffenden Rand- und Binnenmeere durch feindlich kontrollierte Meerengen, ausbrechen zu lassen (s. Abb. 2), als daß dann noch ein zentral dirigierter, weltumspannender Einsatz bei gleichzeitiger Sicherstellung der Versorgung denkbar wäre. Eben diese Fähigkeit der sowjetischen Marine demonstrierte aber „Okean '75“.

Ein untergeordneter Programmpunkt des Manövers sollte in den kommenden Jahren erheblich an Gewicht zunehmen. Geübt wurden u.a. massive Fliegerangriffe auf einen Handelsschiffskonvoi. Die geeignete Waffe dafür war ab 1974 einsatzbereit. Die sowjetischen Marineflieger können seitdem mit der TU-26 („Backfire“) selbständige Luftoperationen im atlantischen Seeraum mit offensivem Charakter durchführen. Das Gros der „Backfire“-Bomber ist übrigens bei den Marinefliegern auf der Halbinsel Kola stationiert. Die Aufregung in der NATO über diesen Bomber, der häufig im gleichen Atemzug mit der SS-20 genannt wird, wird so verständlicher: Für die Sowjets bietet sich erstmals die Chance, die Nordatlantik-Nachschubroute nachhaltig zu stören. Zum ersten Mal im Jahre 1976 zieht die sowjetische Flotte Einheiten in der Nordsee



Barents-See (Bs), Norwegen-See (Nw) und nördliche Nordsee (Ns): Falle und Auslaufweg für die sowjetische Nordflotte. Die Treibeisgrenze (südlich punktierte Linie) gestattet im Winter eine Passage durch die Grönlandsee (Gs) zwischen Grönland (G) und Jan Mayen (J) und die Dänemarkstraße (Ds) zwischen Grönland und Island (I) nur mit Eisbrecherhilfe (die engpunktierte Linie markiert die Packeisgrenze). Sonarlinien (gestrichelt) der NATO (südwestlich) und der SU (nordöstlich), Ketten von Ortungsgeräten überwachen alle Schiffsbewegungen in diesem Raum. Die kleinen Vollkreise bezeichnen die Hauptbasen der sowjetischen Nord- und Baltik-Flotte; das Kreuz in der norweg. Finnmark den Standort der norwegischen „Nordlandbrigade“ und das Dreieck im Raum Trondheim den Landeplatz der NATO-Verstärkung für Norwegen. K = Halbinsel Kola (sowjetisch); S = Spitzbergen (norwegisch).

zusammen – 1980 schließlich das erste sowjetische Flottenmanöver in dieser See. Zum gleichen Zeitpunkt ein Manöver im Seegebiet um die Shetlands, Faröern und Bäreninseln – mit dem Hauptzweck der Erprobung von An-



Barents-See (Bs), Norwegen-See (Nw) und nördliche Nordsee (Ns): Falle und Auslaufweg für die sowjetische Nordflotte. Die Treibeisgrenze (südlich punktierte Linie) gestattet im Winter eine Passage durch die Grönlandsee (Gs) zwischen Grönland (G) und Jan Mayen (J) und die Dänemarkstraße (Ds) zwischen Grönland und Island (I) nur mit Eisbrecherhilfe (die engpunktierte Linie markiert die Packeisgrenze). Sonarlinien (gestrichelt) der NATO (südwestlich) und der SU (nordöstlich), Ketten von Ortungsgeräten überwachen alle Schiffsbewegungen in diesem Raum. Die kleinen Vollkreise bezeichnen die Hauptbasen der sowjetischen Nord- und Baltik-Flotte; das Kreuz in der norweg. Finnmark den Standort der norwegischen „Nordlandbrigade“ und das Dreieck im Raum Trondheim den Landeplatz der NATO-Verstärkung für Norwegen. K = Halbinsel Kola (sowjetisch); S = Spitzbergen (norwegisch).

zusammen – 1980 schließlich das erste sowjetische Flottenmanöver in dieser See. Zum gleichen Zeitpunkt ein Manöver im Seegebiet um die Shetlands, Faröern und Bäreninseln – mit dem Hauptzweck der Erprobung von An-
griffstaktiken gegen feindliche Versorgungslinien im Atlantik. Bis spätestens 1980 bestand aber trotz der „Backfire“ und der starken Nordflotte kaum begründeter Zweifel daran, daß die US-Navy die Versorgung Westeuropas auf dem Seeweg sicherstellen könne. Garant dafür war das letzte unbestrittene NATO-Waffenmonopol überhaupt, das Kernstück der US-Navy: ihre 12 Flugzeugträgerkampfgruppen, 4 davon bei der 2. US-Flotte im Atlantik. Direkt zur Konvoisicherung fahrend oder zum Offenhalten einer von Feindschiffen freien Fahrrinne im Atlantik kreuzend, waren sie mit ihrem fliegenden Verteidigungsschild mit einem Radius von ca. 500 sm (über 900 km) praktisch nur durch einen Kernwaffenschlag auszuschalten.

1980 aber läuft der Schlachtkreuzer „Kirow“ zur Probefahrt in die Ostsee aus. Gemeldet wird der Bau weiterer Schwesterschiffe. Nach langem Rätselraten um das „Flaggschiff des Kreml“, über den Sinn und Zweck dieser Dickschiffe, die westliche Militärs ein für allemal in die Mottenkiste der Seekriegsführung verbannt hatten, zeichnet sich jetzt zweifelsfrei ab, daß die Sowjets mit diesem Waffensystem erstmalig reelle Aussichten haben, die US-Trägerverbände konventionell zu knacken und damit freie Hand zu bekommen, die Atlantikroute zu kappen mithilfe einer neuen Generation präziserer und außerhalb der Reichweite der bordgestützten US-Kampfflugzeuge gestarteter Seezielraketen.

Eine Waffe entscheidet keinen Krieg, selten eine Schlacht. Nun verfügen die Sowjets aber auf der Halbinsel Kola über eine Militärbasis, die, was die militärische Kräftekonzentration angeht, nur der in der DDR nachsteht. Eine Untersuchung der militärstrategischen Lage an der Nordflanke der NATO kann hier nur in ihrem allgemeinsten Resultat eingeblendet werden: Während sich die militärische Überlegenheit der SU in Mitteleuropa erst in den letzten Jahren herausgebildet hat, ist sie im Nordabschnitt – betrachtet man nur die Kriegsmaschinerie – schon seit langem massiv. Jedoch bilden geostrategische Nachteile der SU und ein seit Jahrzehnten ausbalanciertes politisches Kräfteverhältnis in Skandinavien so etwas wie ein Gegengewicht. Offenbar deshalb das Wechselbad von Aggressionen und „Friedensoffensive“ der sowjetischen Skandinavienpolitik (wie z.B. die sowjetischen Seegebietsansprüche und der Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone), das insbesondere Norwegen weichklopfen soll. Daß Norwegen heute für die Sowjetunion eine ähnliche strategische Rolle spielt wie seinerzeit für Hitlerdeutschland und bei genauerer Untersuchung nicht viel Spekulatives an der These bleibt, daß die SU in der Anfangsphase eines Krieges in Europa bestrebt sein muß, diese strategische Gegenküste zu den USA und einzigartige Operationsbasis für den Atlantik zu erobern, würde allerdings die Skizze über die „dual basing“-Strategie abrunden:

Eine der empfindlichsten strategischen Schwächen der NATO ist eine des US-Imperialismus – spätestens seit dem Indochinakrieg. Sie zieht vor allem in Gestalt des „dual basing“-Konzepts eine ganze Kette von militärischen Notlösungen nach sich, die nun-

Eine der empfindlichsten strategischen Schwächen der NATO ist eine des US-Imperialismus – spätestens seit dem Indochinakrieg. Sie zieht vor allem in Gestalt des „dual basing“-Konzepts eine ganze Kette von militärischen Notlösungen nach sich, die nun-
mehr in eine ausgewachsene Krise geraten sind – spätestens seit der jüngsten Expansion der sowjetischen Nordflotte. (4) Hieran Überlegungen anzuknüpfen über eine wirksame Verteidigung Europas, tasächlich der *Völker* Europas, drängt sich m.E. auf.

---

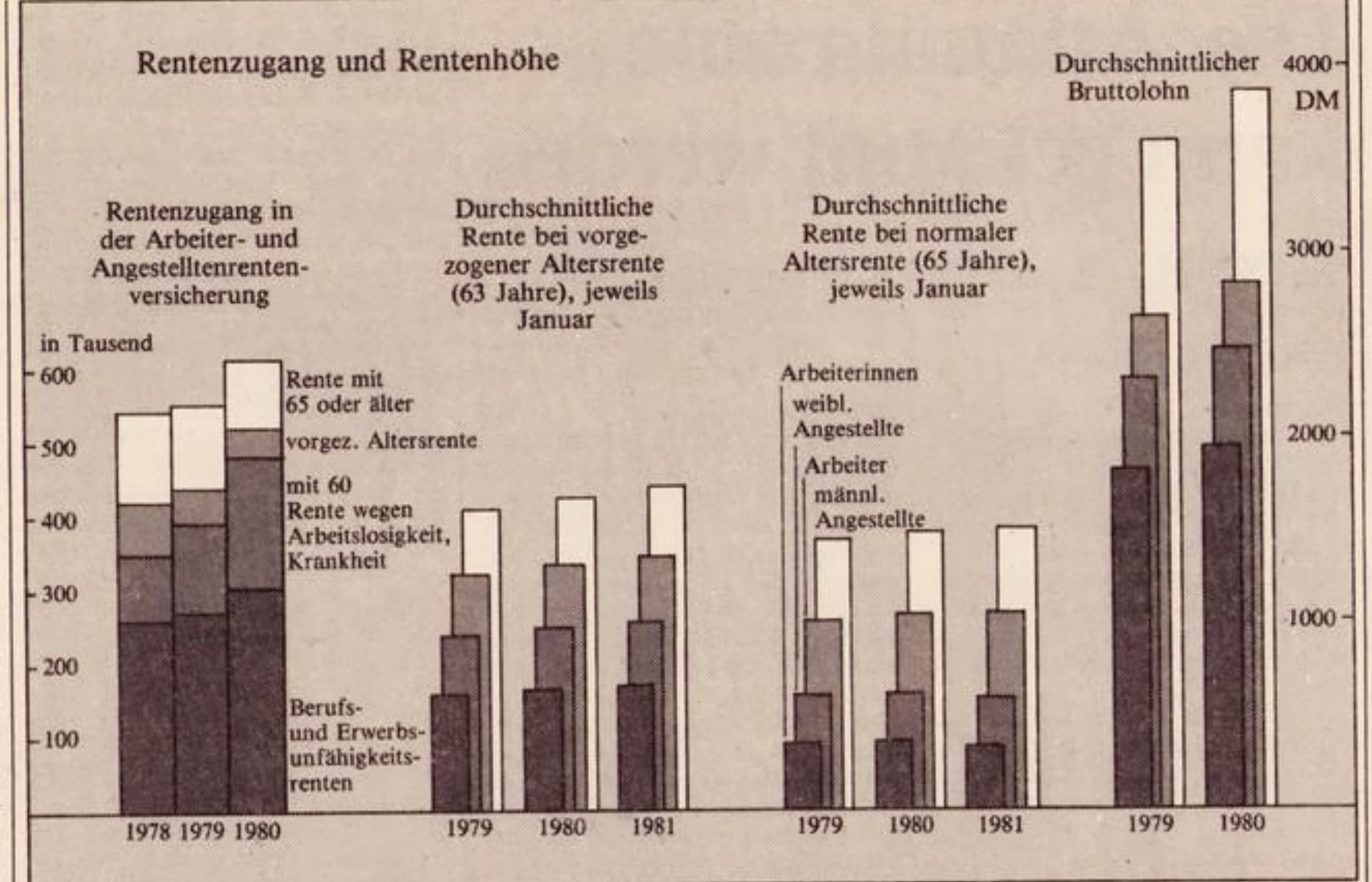
(1) SLBM: U-Boot-gestützte ballistische Raketen
(2) ASW: U-Boot-Bekämfung
(3) nach dem anfänglichen bloßen Reagieren auf das offensive Potential der US-Navy wachsen der sowjetischen Führung infolge der Aufholbewegung der Sowjetflotte mehr und mehr Optionen für eigene Initiativen zu, die sie dann auch ergreift, was wiederum seinen Niederschlag in entsprechenden Rüstungsmaßnahmen und gewandelter Einsatzdoktrin findet usw. Der Fähigkeit beispielsweise, SLBM-Boote zu orten und zu zerstören, ist nicht anzusehen, ob sie defensiven oder offensiven Zwecken dient; solches erschließt sich erst aus der Analyse der historischen Entwicklung des Gesamtzusammenhangs von Rüstung, Strategie usw.
(4) Sofern über den begrenzten Gegenstand der Untersuchung hinausgehende Einschätzungen getroffen wurden, sind sie Thesen und verlangen nach materieller Begründung. Daß dabei z.B. die sowjetische Militärmacht nur als offensive in Erscheinung trat, hat seinen Grund darin, daß dies das Wesentliche an ihrer Entwicklung ist, was keineswegs die z.T. beträchtlichen Widersprüche in dieser Entwicklung in Abrede stellt. Daß demgegenüber der US-Imperialismus etwa als Supermacht abgewirtschaftet hätte oder seine Aggressivität eingebüßt hätte, ist daraus ebensowenig abzulesen wie Anhaltspunkte für die Behauptung, er hätte die strategische Offensive wieder an sich gerissen.

Auch beim Kindergeld kapituliert die SPD

frb. Noch letzte Woche hatte es so ausgesehen, als ob wenigstens bei den Kürzungen beim Kindergeld nicht ausschließlich zu Lasten der lohnabhängigen Massen entschieden werde. Doch nach den Beschlüssen der Regierungskoalition vom Mittwoch ist auch diese Hoffnung beseitigt. Das Kindergeld soll nunmehr für alle Einkommensklassen gleichermaßen um insgesamt 1,5 Mrd. DM (bei einem Gesamtvolumen von 19 Mrd. DM) gekürzt werden.

Letzte Woche hatte die FDP-Spitze Bereitschaft erkennen lassen, die Kürzungen auf die höchsten Einkommen zu begrenzen. Familienministerin Huber hatte mitgeteilt, es sei beabsichtigt, bei Familien, deren Jahreseinkommen 42000 DM (3500 DM monatlich) übersteigt, das Kindergeld auf die Hälfte zu reduzieren. Mit jedem Kind sollte die Einkommensgrenze um 9000 DM (750 DM monatlich) steigen. Zu jenen, die diese Pläne umgehend unter kräftig publizierten Beschuß nahmen, gehört die Union der leitenden Angestellten (ULA). Ihr Sprecher verbreitete, mit einer solchen Regelung erkläre der Staat, daß er verschiedene Kinder ungleich liebe. Und CSU-Sprecher Hopfinger sprach von einer ,,ideologischen, gleichmacherischen Sanierungsmaßnahme". Der Gegensatz zwischen Reich und Arm ist eben diesen christlichen Geistern gottgewollte Ungleichheit, die durch gesellschaftliche Maßnahmen nicht in Unordnung gebracht werden darf. Daß diese Ungleichheit durch das bestehende Steuerrecht kräftig gefördert wird (siehe untenstehenden Artikel), stört diese Ritter der Kinderliebe wenig. So erhält denn der Reiche Kindergeld in derselben Höhe wie der Arme, der es wirklich nötig hat.

Gestorben ist auch das Ehrenbergsche Beschäftigungsprogramm, noch ehe es richtig geboren war. Dagegen hat Bundeskanzler Schmidt noch vor den Beratungen dieser Woche erklärt, jede weitere Abschreibungsverbesserung sei ein ,,gewaltiges Pfund" in der Waagschale.



Die Woche im Rückblick

Einen Kurseinbruch gab es vergangene Woche an den amerikanischen Aktienbörsen. Der Schock wirkte sich auf alle Finanzmärkte der Welt aus. Offensichtlich verflüchtigt sich jetzt der ,,Reagan-Bonus", auf den die Spekulantenwelt gesetzt hatte. Die Zuversicht, Reagan könne das Haushaltsdefizit abbauen, ist verflogen, die Inflationsrate ist wieder zweistellig, der Konjunkturindikator weist im dritten Monat nach unten. – **Die Beteiligung des Flick-Konzerns** an der Gerling-Versicherungsgruppe in Höhe von 210 Mio. DM bleibt steuerfrei aufgrund §6 b EStG. Finanzminister Matthöfer hat dem Geschäft das erforderliche Prädikat ,,volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" verliehen. Flick hat damit 1,5 Mrd. DM aus dem Verkauf seines Daimler-Pakets steuerbegünstigt angelegt. – **Die Finanzierung des Brüters in Kalkar** steht in den Sternen. Forschungsminister von Bülow konnte die Elektrizitätsunternehmen nicht für eine Beteiligung an den weiteren Baukosten gewinnen. Mit ihrer Zahlungsverweigerung wollen sie offensichtlich allseitig günstigere Bedingungen erpressen. – **Der Handel der BRD mit der DDR** hat sich im ersten Halbjahr 1981 nur noch wenig ausgeweitet. Die Lieferungen in die DDR erhöhten sich noch um 6%, die Importe um 3%. Nach Abzug der Preissteigerungen bleibt damit real kaum noch eine Ausweitung. Großaufträge wie in vergangenen Jahren erhoffen sich die westdeutschen Konzerne auf der Leipziger Messe daher kaum noch. Die Messe geht vom 6. bis 12. September. – **Auf schroffe Ablehnung in den imperialistischen Ländern** ist erwartungsgemäß der Wirtschaftsbericht des Unctad-SekretariCats gestoßen. Der Bericht verlangt erhöhte Unterstützung durch die reichen Länder. Dies müsse u.a. durch eine organisierte Preispolitik bei den Rohstoffen geschehen. Kritisiert wird, daß der Welthandel zunehmend unter Einfluß internationaler Konzerne gerate und das internationale Währungssystem ständig weiter privatisiert werde, d.h. unter Kontrolle privater Banken komme. – **Entgegen dem Optimismus, den Agrarminister Ertl in seinem Ernteberichtverkündet hat,** zeigt sich der Deutsche Bauernverband über die bisher vorliegenden Ernteergebnisse enttäuscht. Wintergerste sei sowohl im Ertrag als auch in den Qualitäten unbefriedigend, bei Winterweizen werde mit einem Rückgang der Erntemenge um rund 10% gerechnet. – **Die westdeutschen Banken** planen die Einführung einer ,,Geldkarte". Bargeldlose Zahlungen wie derzeit durch Benutzung der Scheckkarte könnten dadurch erheblich erweitert werden. Zur geschäftlichen Abwicklung gründen die Banken die ,,Deutsche Zahlungsverkehrsgesellschaft".

Seerechtskonferenz auf Anfang 1982 vertagt

kvz. Die 10. Runde der Internationalen Seerechtskonferenz ist in der vergangenen Woche in Genf zu Ende gegangen. Ihr weiterer Verlauf gilt als ein Prüfstein für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Entwicklungs- und Industrieländern überhaupt. Die US-Regierung hatte bereits vor der jetzigen Sitzung erklärt, sie könne das bisherige Verhandlungsergebnis nicht übernehmen. Teilweise war dies direkt auf Kompromißvorschläge des früheren US-Außenministers Kissinger zurückgegangen, so in der Frage des Meerbergbaus. Die Konferenz hat jetzt beschlossen, den vorliegenden Verhandlungstext zum offiziellen Konventionsentwurf zu machen, über dessen Verabschiedung ab dem 8. März 1982 in New York verhandelt werden soll. Dadurch sind zwar noch Änderungen möglich, die USA müssen ihre Wünsche aber dann als offizielle Änderungsanträge einbringen. Das jetzt ausgehandelte Ordnungssystem habe ,,wenig mit den traditionellen Werten der westlichen, marktwirtschaftlich orientierten Welt zu tun", schreibt der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung. Damit wird auf dem UNO-Beschluß von 1970 angespielt, in dem die Meeresbodenschätze zum ,,gemeinsamen Erbe der Menschheit" erklärt wurden.

Aufrüstung in der Autoindustrie

kvz. Mit Riesen-Investitionen von über 120 Mrd. $ bis 1985 rüsten sich die Automobilkonzerne der USA, Europas und Japans für die kommende Konkurrenzschlacht. Nach den Angaben der Commerzbank entfallen davon allein 75 Mrd. $ auf die US-Konzerne, die rationalisieren und neue Kapazitäten für kleinere Fahrzeugtypen aufbauen. Bei westeuropäischen Konzernen soll für 35 Mrd. $ rationalisiert werden, Japans Automobilunternehmen wollen bis 1983 11 Mrd. $ investieren. Damit erreichen die weltweit geplanten Investitionen etwa das sechsfache dessen, was die USA bislang für die Entwicklung ihres Space-Shuttle Programms ausgegeben haben.

Steuersplitting bleibt im Tabukatalog

Eine Abschaffung oder Einschränkung würde das herrschende Sparkonzept, den Reichtum auf Kosten der Masse der Lohnabhängigen zu mästen, durchkreuzen
Es geht um ein Finanzvolumen von fast 30 Mrd. DM

Von Friedemann Bleicher

Zu den Forderungen, denen im Verlauf der jetzigen Haushaltsberatungen allenfalls ein naserümpfender Pressekommentar zuteil wurde, ehe sie wieder dem Tabu der bürgerlichen Öffentlichkeit anheimfielen, gehört jene nach

pelte des Steuerbetrages auf 2000 DM, nämlich 2 mal 282,50 = 565 DM.
Es wird daran auch deutlich, daß die Steuerersparnis um so größer ist, je weiter die Einkommen der Ehepartner auseinanderliegen. Denn um so weiter kommt das höhere Einkommen aus der progressiven Besteuerung heraus.

ums Prinzip geht, nämlich um die Demontage einer wirklich progressiven Besteuerung des Einkommens durch die Hintertür einer völlig undurchsichtigen Förderung der Familie.
Auch weniger extreme Beispiele zeigen, um was es geht. Ein Abteilungsleiter mit 8000 Mark im Monat zahlt in

Lohnabhängigen einen Steuernachlaß von bloß 100 DM erhalten. Insofern geht es natürlich um eine Umverteilung. Zweitens geht es auch um eine gesellschaftliche Weichenstellung.
Allen Ernstes wird die angebliche Ungerechtigkeit bejammert, die dadurch entstünde, daß ohne Splitting gleich hohe Familieneinkommen unterschiedlich besteuert würden, je nachdem, ob beide Eheleute gleichviel verdienen oder unterschiedlich bezahlten Tätigkeiten nachgehen. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Abgesehen nämlich von der bereits geschilderten unerfreulichen Wirkung, führt die geltende

aber über das ganze Leben betrachtet, ist ja der Anteil der (Ehe-)Frauen, die erwerbstätig sind, wesentlich höher. Das Steuerrecht dagegen bezieht sich einseitig auf die Familie, in der die Frau Hausfrau ist, weshalb es auch gerade in der Frauenbewegung kritisiert wird.
Es sind diese objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Beseitigung dieser Sorte Familienförderung verlangen. Dies übrigens ist auch der Grund, weshalb die Abschaffung des Splittings von Politikerinnen wie Matthäus-Meier und Schuchardt von der FDP gefordert wird. Sie wollen auch das Hindernis beseitigt sehen, die

chen Geistern gottgewollte Ungleichheit, die durch gesellschaftliche Maßnahmen nicht in Unordnung gebracht werden darf. Daß diese Ungleichheit durch das bestehende Steuerrecht kräftig gefördert wird (siehe untenstehenden Artikel), stört diese Ritter der Kinderliebe wenig. So erhält denn der Reiche Kindergeld in derselben Höhe wie der Arme, der es wirklich nötig hat.
Gestorben ist auch das Ehrenbergsche Beschäftigungsprogramm, noch ehe es richtig geboren war. Dagegen hat Bundeskanzler Schmidt noch vor den Beratungen dieser Woche erklärt, jede weitere Abschreibungsverbesserung sei ein ,,gewaltiges Pfund" in der Waagschale.

sicht, Reagan könne das Haushaltsdefizit abbauen, ist verflogen, die Inflationsrate ist wieder zweistellig, der Konjunkturindikator weist im dritten Monat nach unten. – Die Beteiligung des Flick-Konzerns an der Gerling-Versicherungsgruppe in Höhe von 210 Mio. DM bleibt steuerfrei aufgrund §6 b EStG. Finanzminister Matthöfer hat dem Geschäft das erforderliche Prädikat ,,volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" verliehen. Flick hat damit 1,5 Mrd. DM aus dem Verkauf seines Daimler-Pakets steuerbegünstigt angelegt. – Die Finanzierung des Brüters in Kalkar steht in den Sternen. Forschungsminister von Bülow konnte die Elektrizitätsunternehmen nicht für eine Beteiligung an den

DDR erhöhten sich noch um 6%, die Importe um 3%. Nach Abzug der Preissteigerungen bleibt damit real

Die Woche im Rückblick

kaum noch eine Ausweitung. Großaufträge wie in vergangenen Jahren erhoffen sich die westdeutschen Konzerne auf der Leipziger Messe daher kaum noch. Die Messe geht vom 6. bis 12. September. – Auf schroffe Ablehnung in den imperialistischen Ländern ist erwartungsgemäß der Wirtschaftsbericht des Unctad-SekretariCats gestoßen. Der Bericht verlangt erhöhte Unterstützung durch die reichen Länder.

Kontrolle privater Banken komme. – Entgegen dem Optimismus, den Agrarminister Ertl in seinem Ernteberichtverkündet hat, zeigt sich der Deutsche Bauernverband über die bisher vorliegenden Ernteergebnisse enttäuscht. Wintergerste sei sowohl im Ertrag als auch in den Qualitäten unbefriedigend, bei Winterweizen werde mit einem Rückgang der Erntemenge um rund 10% gerechnet. – Die westdeutschen Banken planen die Einführung einer ,,Geldkarte". Bargeldlose Zahlungen wie derzeit durch Benutzung der Scheckkarte könnten dadurch erheblich erweitert werden. Zur geschäftlichen Abwicklung gründen die Banken die ,,Deutsche Zahlungsverkehrsgesellschaft".

Autoindustrie

kvz. Mit Riesen-Investitionen von über 120 Mrd. $ bis 1985 rüsten sich die Automobilkonzerne der USA, Europas und Japans für die kommende Konkurrenzschlacht. Nach den Angaben der Commerzbank entfallen davon allein 75 Mrd. $ auf die US-Konzerne, die rationalisieren und neue Kapazitäten für kleinere Fahrzeugtypen aufbauen. Bei westeuropäischen Konzernen soll für 35 Mrd. $ rationalisiert werden, Japans Automobilunternehmen wollen bis 1983 11 Mrd. $ investieren. Damit erreichen die weltweit geplanten Investitionen etwa das sechsfache dessen, was die USA bislang für die Entwicklung ihres Space-Shuttle Programms ausgegeben haben.

Steuersplitting bleibt im Tabukatalog

Eine Abschaffung oder Einschränkung würde das herrschende Sparkonzept, den Reichtum auf Kosten der Masse der Lohnabhängigen zu mästen, durchkreuzen
Es geht um ein Finanzvolumen von fast 30 Mrd. DM

Von Friedemann Bleicher

Zu den Forderungen, denen im Verlauf der jetzigen Haushaltsberatungen allenfalls ein naserümpfender Pressekommentar zuteil wurde, ehe sie wieder dem Tabu der bürgerlichen Öffentlichkeit anheimfielen, gehört jene nach Abschaffung oder Einschränkung des sogenannten Ehegattensplitting in der Einkommensteuer. Verdrehte Behauptungen mußten bemüht werden, um zu verdecken, welch ungeheuren finanziellen Vorteil die bestehende Regelung für hohe Einkommen bietet. Die Beseitigung dieser Subvention würde eben ganz und gar nicht in das herrschende Konzept passen, dessen Kernpunkt in der Mästung der aus Profit bezahlten und der Kapitalaufhäufung dienenden Einkommen besteht.

Bekannt ist das Splitting wahrscheinlich am ehesten durch die unterschiedlichen Steuerabzüge in Steuerklasse I und IV gegenüber III. Den Steuerklassen I und IV liegt der Normaltarif zugrunde, in Steuerklasse III folgt die Berechnung der Steuer nach der Splittingtabelle. Letztere wird Verheirateten zuteil, deren Ehepartner nicht erwerbstätig ist.

Beim Splitting wird das Gesamteinkommen des Ehepaares so behandelt, als habe jeder genau die Hälfte verdient. Die Steuerersparnis ergibt sich aufgrund des progressiven Steuertarifs, wonach der Steuersatz mit der Höhe des Einkommens steigt. Auf einem Bruttolohn von 1500 DM liegt ein Steuersatz 12%, auf einem solchen von 2500 DM ein Steuersatz von knapp 17%. Besteuert wird nun aber so, als hätte jeder exakt die Hälfte des Gesamteinkommens verdient; und bei 2000 DM beträgt der Steuerabzug etwa 14%.

Nach der ersten Berechnungsart hätte das Ehepaar 180,10 plus 421,40, also rund 600 DM an Lohnsteuer zu zahlen, nach dem Splitting aber nur das doppelte des Steuerbetrages auf 2000 DM, nämlich 2 mal 282,50 = 565 DM.

Es wird daran auch deutlich, daß die Steuerersparnis um so größer ist, je weiter die Einkommen der Ehepartner auseinanderliegen. Denn um so weiter kommt das höhere Einkommen aus der progressiven Besteuerung heraus. Bei einem Lohn beider von je 2000 DM wäre die Steuerersparnis gleich Null. Dagegen ist die Vergünstigung am größten, wenn nur ein Ehepartner steuerpflichtiges Einkommen hat, wogegen die Steuer so berechnet wird, als hätte jeder der beiden zu gleichen Teilen zu diesem Einkommen beigetragen.

Der Steuerabzug für ein Einkommen von 4000 DM erfolgt nicht nach dem Steuersatz für 4000, sondern aufgrund des Steuersatzes für ein Einkommen der halben Höhe = 2000 Mark. Und aufgrund der Progression des in Prozent auszudrückenden Steuersatzes liegt er bei niedrigerem Einkommen bedeutend niedriger. Besteuert werden die 4000 DM in diesem Fall also mit 14%.

Dies ist das eine, das andere ist, daß die Vergünstigung um so höher wird, je höher das Einkommen ist. Und vor allem hier liegt die Blöße, an deren Bedeckung der herrschenden Politik so viel liegt.

Am größten ist die Steuerersparnis dann, wenn ein Großverdiener mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 260000 Mark oder mehr mit einem nicht erwerbstätigen Partner verheiratet ist. Die Steuerersparnis beträgt in diesem Fall runde 14000 Mark im Jahr oder 1170 DM im Monat.

Freilich pflegt an dieser Stelle der Hinweis zu folgen, diese Konstellation sei von keiner großen Bedeutung, sie betreffe nicht einmal jeden hundertsten Haushalt. Sicherlich kann man dem zustimmen, aber ist nicht die Aufregung über diese ,,geringe Bedeutung" entlarvend? Zeigt sie doch, daß es – außer um die eigenen Pfründe – ums Prinzip geht, nämlich um die Demontage einer wirklich progressiven Besteuerung des Einkommens durch die Hintertür einer völlig undurchsichtigen Förderung der Familie.

Auch weniger extreme Beispiele zeigen, um was es geht. Ein Abteilungsleiter mit 8000 Mark im Monat zahlt in Steuerklasse I rund 3050 DM Steuer, in Steuerklasse III/ohne Kinder – also verheiratet, Ehefrau hütet das Haus usw., was in diesen Kreisen immer der Fall ist – zahlt er 1000 DM weniger an Steuern.

Ein Arbeiter oder Angestellter zahlt ledig oder mit ebenfalls arbeitendem Ehepartner verheiratet 282,50 DM an Lohnsteuer, in Steuerklasse III zahlt er 178,10 DM. Die Ersparnis aufgrund des Steuersplittings beträgt hier also rund 100 DM.

Nun kommt der bürgerliche Propagandist und erklärt, schließlich sei ja klar, daß, wer einem geringeren Steuersatz ausgesetzt sei, auch nur eine geringere Steuerersparnis erhalten könne. Womit allerdings die Begründung, die der Einführung des Steuersplittung zugrunde liegt, galant übersehen wird. Es ging nämlich um die Förderung der Familie, und es ist nur schwerlich einzusehen, weshalb dieser Kostenausgleich mit der Höhe des Einkommens steigen soll.

Das Volumen der Steuerersparnis durch die Splitting-Regelung beläuft sich auf 25 bis 30 Mrd. Mark, also weit mehr als das von der Bundesregierung ausgewiesene ,,Sparvolumen" ausmacht. Sicherlich kann es nicht darum gehen, diese Summe insgesamt zu beseitigen. Viele Lohnabhängigen-Familien können sich nur dank der Vergünstigung des Steuersplittings einigermaßen finanzieren. Es geht vielmehr um zweierlei. Erstens muß der Zustand beseitigt werden, daß die reiche Familie – bzw. die Kinder in reichen Familien – mit 1000 DM Steuernachlaß begünstigt werden, während die Familien der Lohnabhängigen einen Steuernachlaß von bloß 100 DM erhalten. Insofern geht es natürlich um eine Umverteilung. Zweitens geht es auch um eine gesellschaftliche Weichenstellung.

Allen Ernstes wird die angebliche Ungerechtigkeit bejammert, die dadurch entstünde, daß ohne Splitting gleich hohe *Familieneinkommen* unterschiedlich besteuert würden, je nachdem, ob beide Eheleute gleichviel verdienen oder unterschiedlich bezahlten Tätigkeiten nachgehen. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Abgesehen nämlich von der bereits geschilderten unerfreulichen Wirkung, führt die geltende Besteuerung dazu, daß derselbe Bruttolohn zu ganz unterschiedlichen Nettoeinkommen führt, je nachdem der Betreffende verheiratet ist oder ledig, ob der Ehepartner ebenfalls arbeitet oder nicht.

Sicherlich kann man nicht umhin, besondere Lebensumstände bei der Besteuerung oder bei der finanziellen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu berücksichtigen. Aber nicht in der Weise, wie dies durch das Steuersplitting geschieht.

Das Splitting führt dazu, daß die Progression des Steuersatzes praktisch halbiert wird. Logische Folge ist, daß die durch das Splitting bewirkte Steuervergünstigung mit der Höhe des Einkommens wächst. Ganz anders dagegen die Wirkung des Kindergeldes, das unabhängig vom Einkommen mit demselben Betrag gezahlt wird – bzw. demnächst wohl bei hohen Einkommen mit einem verminderten Betrag. Die steuerliche Berücksichtigung ist unabhängig vom Reichtum der Familie. Zweifellos ist dies ein Schritt in Richtung Vergesellschaftung der Kinderversorgung.

Überholt ist auch das Familienbild, das der Splitting-Regelung zugrunde liegt. So sind alleinstehende Eltern von den Vorteilen derselben ganz ausgenommen, immerhin rund 700000 Väter und Mütter an der Zahl mit 1,3 Millionen Kindern. Weiterhin verkaufen bekanntlich immer mehr Frauen ebenfalls ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten. Die normale Ehe ist heute die, in der beide Ehepartner erwerbstätig sind. Laut Steuerstatistik ist dies bei knapp der Hälfte der Ehen der Fall, aber über das ganze Leben betrachtet, ist ja der Anteil der (Ehe-)Frauen, die erwerbstätig sind, wesentlich höher. Das Steuerrecht dagegen bezieht sich einseitig auf die Familie, in der die Frau Hausfrau ist, weshalb es auch gerade in der Frauenbewegung kritisiert wird.

Es sind diese objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Beseitigung dieser Sorte Familienförderung verlangen. Dies übrigens ist auch der Grund, weshalb die Abschaffung des Splittings von Politikerinnen wie Matthäus-Meier und Schuchardt von der FDP gefordert wird. Sie wollen auch das Hindernis beseitigt sehen, die das Steuerrecht für die Frauenarbeit darstellt. Es zahlt der Arbeiter, der verheiratet ist, und dessen Frau nicht arbeitet, 180 DM Lohnsteuer (wenn er wie im vorigen Beispiel 2000 Mark verdient). Geht auch die Ehefrau zur Arbeit, so zahlt er jetzt bei unverändertem Bruttolohn rund 280 DM Steuern. Aus dieser Sicht ist das Steuersplitting eine Strafsteuer für Frauenarbeit. Solche Hindernisse sind rückschrittlich. Zumal diese Strafsteuer gerade in unteren Einkommensklassen zu zahlen ist.

Nur am Rande sei darauf hingewiesen, welch besondere Nachteile die geltende Regelung für Lohnabhängige bedeutet, die ihre Einkommensteuer als Lohnsteuer mit Auszahlung des Lohnes zu zahlen haben. Sind beide Ehepartner erwerbstätig und in Steuerklasse IV/IV eingestuft, so werden sie besteuert nach dem Grundtarif und nicht nach der Splittingtabelle. Erst im Lohnsteuerjahresausgleich können sie die Vorteile geltend machen, die ihnen durch das Ehegattensplitting entstehen. An diesem Nachteil ändert auch die Möglichkeit der Steuerklassenkombination III/V nicht viel. Nur für die veranlagte Einkommensteuer wird der Splitting-Vorteil sofort wirksam.

Auch dieses Problem wäre erledigt durch eine Beseitigung des Splitting und Verwendung der freiwerdenden Summe für eine allgemeine Steuersenkung und kräftige Erhöhung des Kindergeldes. Dubiose Familienförderung ließe sich so ersetzen durch gesellschaftlichen Ausgleich besonderer Reproduktionskosten.

Polen

Kampf um die Wirtschaftsreform

Das „ungarische Modell" ist illusorisch geworden. Die Eigentumsfrage ist gestellt – Staatsmonopol oder Arbeiterselbstverwaltung

Von Gerd Koenen

Bild: Sitzung des Landesausschusses der „Solidarität"

Paradox wie das erscheinen mag, ist es gerade die immer furchtbarere Wirtschaftskrise, die den neuen schweren gesellschaftlichen Konflikt zwischen Partei und Staat und der polnischen Arbeiterbewegung unausweichlich macht. Noch im April war „Solidanošć" in den damals veröffentlichten Programmthesen, die der Vorbereitung auf den ersten ordentlichen Gewerkschaftskongreß dienten, davon ausgegangen, daß ein Kompromiß über die Regierungsentwürfe für eine große Reform der Wirtschafts- und Betriebsverfassung möglich sei. Aber im Juli, direkt vor Beginn des PVAP-Parteitags, legte das „Netz" der Betriebsorganisationen der Gewerkschaft einen eigenen Entwurf eines Gesetzes über die gesellschaftlichen Unternehmen vor, worin radikal die Übergabe der Betriebe in die Verfügung der Belegschaften und ihrer Selbstverwaltungsorgane gefordert wurde (vgl. KVZ 32/80). In seiner Eröffnungsrede auf dem Parteitag der PVAP nahm Kania sofort in schroffer Weise gegen diese Forderungen Stellung:

„Die Regierungsentwürfe über Unternehmen und die Selbstverwaltung der Arbeiter werden angefochten von Ideen, die in der Tat vom Gesellschaftseigentum abgehen und einen Gruppenbesitz anstreben ... Es wird der Versuch unternommen, andere Partner aus dem Weg zu räumen und so die Wirtschaftsmacht faktisch zu übernehmen ... Wir haben konkrete legislative Vorschläge unterbreitet, die auf eine effektive Rekonstruktion der Arbeiter-Selbstverwaltung in Unternehmen abzielen, und nur diese Basis kann zur Diskussion stehen. Die angekündigte Idee vom Gruppenbesitz ist dagegen Demagogie, die sich gegen die Grundfesten unseres Systems richtet." (Zit. a. Materialheft Wirtschaft und Politik 8/81)

Inzwischen hat sich der Konflikt weiter zugespitzt. Das „Netz" der in allen größeren Betrieben errichteten provisorischen Arbeiterräte ist inzwischen über das ganze Land ausgedehnt. Der Landesausschuß der Solidarität hat seine Zustimmung zu den wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen der Regierung, insbesondere den einschneidenden Preiserhöhungen, abhängig gemacht von der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung. Und ihren Aufruf an die Bergleute, freiwillige Samstag-Schichten zu fahren, um dem Einbruch der Kohleproduktion abzuhelfen, hat sie daran gebunden, daß die Bergleute selbst über die Verwendung der zusätzlichen Kohle, nämlich ihre Verteilung an die Bauern, bestimmen können. Weitreichenden Charakter hat auch der Versuch der Belegschaft der Kattowitzer Stahlhütte, des größten Industriebetriebes überhaupt, ihren Direktor abzuwählen und gleich-

Von Gerd Koenen

Bild: Sitzung des Landesausschusses der „Solidarität"

Arbeiter-Selbstverwaltung in Unternehmen abzielen, und nur diese Basis kann zur Diskussion stehen. Die angekündigte Idee vom Gruppenbesitz ist dagegen Demagogie, die sich gegen die Grundfesten unseres Systems richtet." (Zit. a. Materialheft Wirtschaft und Politik 8/81)

Inzwischen hat sich der Konflikt weiter zugespitzt. Das „Netz" der in allen größeren Betrieben errichteten provisorischen Arbeiterräte ist inzwischen über das ganze Land ausgedehnt. Der Landesausschuß der Solidarität hat seine Zustimmung zu den wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen der Regierung, insbesondere den einschneidenden Preiserhöhungen, abhängig gemacht von der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung. Und ihren Aufruf an die Bergleute, freiwillige Samstag-Schichten zu fahren, um dem Einbruch der Kohleproduktion abzuhelfen, hat sie daran gebunden, daß die Bergleute selbst über die Verwendung der zusätzlichen Kohle, nämlich ihre Verteilung an die Bauern, bestimmen können. Weitreichenden Charakter hat auch der Versuch der Belegschaft der Kattowitzer Stahlhütte, des größten Industriebetriebes überhaupt, ihren Direktor abzuwählen und gleich-

zeitig den Betrieb in Selbstverwaltung zu übernehmen.

Willkürliche Verschärfung der Konfrontation?

Es ist der Wirtschaftsnotstand, aber auch der offen verfolgte Kurs der Kania-Jaruzelski-Führung auf Restauration, der die „Solidarität" gezwungen hat, eine Vorwärtsstrategie einzuschlagen. In KVZ 33/81 haben wir die Hauptelemente der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Polen analysiert. Sie stellt sich dar als ein regelrechter Zusammenbruch des gesellschaftlichen Stoffwechsels, insbesondere der Beziehungen zwischen Stadt und Land. Kern dieser Krise ist das Bleigewicht der ererbten Disproportionalitäten zwischen den Wirtschaftssektoren, die aus Jahrzehnten einer gewaltsam beschleunigten Akkumulation und dem daraus resultierenden Übergewicht des Produktionsmittelsektors stammen. Seit 3 Jahren bereits geht das Nationaleinkommen zurück. Die zentrale Wirtschaftsverwaltung ist unfähig, aber auch nicht willens, die notwendige einschneidende Wirtschaftsreform durchzuführen. Faktisch ist jedoch der ganze Wirtschaftsprozeß ihrer Kontrolle bereits entglitten. Das alte Wirtschaftssystem ist bankrott, ein neues Wirtschaftssystem gibt es noch nicht. Die Eigentumsfrage ist gestellt, und die Arbeiterbewegung *muß* sie stellen, obwohl sie nicht in der Lage ist, zugleich die Frage der politischen Macht zu stellen. Denn das wäre die Stunde des Zusammenstoßes mit dem eigentlichen Garanten der polnischen Staats- und Wirtschaftsverfassung, mit der Sowjetunion. Diesem Zusammenstoß muß sie, wenn irgend möglich, ausweichen. Und gerade auch aus dieser taktischen Erwägung heraus – die Jacek Kuron auf der letzten Sitzung der Landeskommission der „Solidarnošć" offen dagelegt hat (Spiegel 34/81) – wird sich die Gewerkschaft, wenn der Gewerkschaftskongreß diesen Vorschlägen folgt, auf die Erkämpfung der Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe konzentrieren.

Dabei ist auch die herrschende bürokratische Klasse auf eine Wirtschaftsreform angewiesen, und eben deshalb konnte es noch zu Jahresbeginn so scheinen, als würde die polnische Arbeiterbewegung damit eine ganze Zeitlang leben können. Aber dies „ungarische Modell" ist durch den Gang der Krise illusorisch geworden, und war es – auch in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise und viel ungünstigeren Ausgangsbedingungen – vielleicht von vornherein.

Grundzüge des Reformprojekts der Regierung

Das von einer vielköpfigen Expertenkommission ausgearbeitete Konzept einer Reform der Wirtschafts- und Betriebsverfassung geht von dem unabweisbaren Gebot aus, das alte System der zentralbürokratischen Verwaltung der Betriebe über die Branchenministerien und „Vereinigungen" zu beseitigen zugunsten einer begrenzten eigenständigen Wirtschafts- und Finanzfüh-

lang leben können. Aber dies „ungarische Modell" ist durch den Gang der Krise illusorisch geworden, und war es – auch in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise und viel ungünstigeren Ausgangsbedingungen – vielleicht von vornherein.

Grundzüge des Reformprojekts der Regierung

Das von einer vielköpfigen Expertenkommission ausgearbeitete Konzept einer Reform der Wirtschafts- und Betriebsverfassung geht von dem unabweisbaren Gebot aus, das alte System der zentralbürokratischen Verwaltung der Betriebe über die Branchenministerien und „Vereinigungen" zu beseitigen zugunsten einer begrenzten eigenständigen Wirtschafts- und Finanzfüh-





rung der Betriebe. Zugleich soll jedoch auch die zentrale Planung „gestärkt" werden, wie es heißt. Mittels Krediten, durch Preisregulierung bzw. Besteuerung sollen die Betriebe an die Planungsvorgaben gehalten werden – die letztlich freilich auch verbindlich bleiben.

Ein gestärktes Management der Betriebe, an der Spitze ein Direktor mit starken, an keinen Kollegial-Beschluß gebundenen Kompetenzen, soll die operative Wirtschaftsführung haben, aber in allen sozialen Belangen die Organe der Arbeiterselbstverwaltung konsultieren müssen. Diese sind als Mitbestimmungsorgane konzipiert, mit gewissen Einspruchsrechten (etwa bei Personalentscheidungen) und positiven Rechten, was die Verteilung der Betriebsgewinne auf die verschiedenen Fonds angeht. Diese Mitbestimmungsrechte sollen sie auch in den Aufsichtsräten wahrnehmen, die jeweils ganze Industriegruppen kontrollieren sollen.

Mit der Einführung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit anstelle des alten Systems der staatlichen Anweisungen und Zuweisungen, die jede wirkliche Rechnungsführung verunmöglichten, soll die Rentabilität der Betriebe festgestellt werden. Unrentable Betriebe können geschlossen werden. Insgesamt soll eine großangelegte Umverlagerung in der gesamten Produktionsstruktur – teils aus kurzfristigen, teils aus langfristigen Motiven – vorgenommen werden. Zwingend ist, insbesondere für die Landwirtschaft, die nötigen Produktions- und Düngemittel sowie Verbrauchsgüter bereitzustellen, um das Agrarland Polen zumindest wieder auf das Niveau der Selbstversorgung zu heben. Große Investitionen müssen im Kohle- und Kupferbergbau getätigt werden, um die Produktion dieser wichtigsten Exportgüter anzukurbeln,

Systems der staatlichen Anweisungen und Zuweisungen, die jede wirkliche Rechnungsführung verunmöglichten, soll die Rentabilität der Betriebe festgestellt werden. Unrentable Betriebe können geschlossen werden. Insgesamt soll eine großangelegte Umverlagerung in der gesamten Produktionsstruktur – teils aus kurzfristigen, teils aus langfristigen Motiven – vorgenommen werden. Zwingend ist, insbesondere für die Landwirtschaft, die nötigen Produktions- und Düngemittel sowie Verbrauchsgüter bereitzustellen, um das Agrarland Polen zumindest wieder auf das Niveau der Selbstversorgung zu heben. Große Investitionen müssen im Kohle- und Kupferbergbau getätigt werden, um die Produktion dieser wichtigsten Exportgüter anzukurbeln,

mit denen wiederum die Importe anderer fehlender Rohstoffe und Ersatzteile finanziert werden muß. Insgesamt ist die Produktion exportfähiger Güter anzukurbeln, sind importierte Güter durch Eigenproduktion zu ersetzen. Die gesamte Investitions- und Akkumulationsrate muß drastisch gesenkt werden. Riesenprojekte im Wert von mehr als 500 Mrd. Zl. (ca. 30 Mrd. DM) müssen liegengelassen werden.

Ein Kernstück der Reform ist die Preisreform, d.h. die Annäherung der Verkaufspreise an die tatsächlichen Produktionspreise. Schritt für Schritt soll vor allem das System der künstlich heruntersubventionierten Preise für Grundnahrungsmittel – diese angebliche soziale Errungenschaft, die doch immer nur die Basis abgab für ein System von Niedriglöhnen – aufgehoben werden. Da, nach der dringenden ersten Erhöhung der Erzeugerpreise der Bauern, diese Subventionen zuletzt einen Anteil von fast 40% des Staatshaushalts verschlangen, hat die Regierung einseitig zum 1. September bereits die Preise für Brot u.a. Nahrungsmittel zwischen 100 und 400% angehoben, bei Zahlung eines Ausgleichs an die unter dem Existenzminimum lebenden 6 Millionen Polen. So notwendig es objektiv ist, den inflationären Überhang von hundert Milliarden Zloty, die nicht in Waren umgesetzt werden können, zu beseitigen, so deutlich ist, daß die ganze Operation schlicht darauf hinausläuft, den Großteil der im letzten Jahr errungenen Einkommensverbesserungen „abzuschöpfen" und diese Mittel in den Händen des Staates wieder zu konzentrieren. Es tritt darin schlagend zutage, daß die ganze Wirtschaftsordnung auf die Unterkonsumtion der Arbeiter aufgebaut war und ist. Und jetzt wird von einem Einbruch des Lebensstandards in den nächsten Jahren bis zu 25% gesprochen. Bei einer möglichen Arbeitslosigkeit bis zu 15%, das wären 2,5 Mio. Menschen! Für wen soll dieses Opfer gebracht werden, wenn es schon gebracht werden muß? Hier ist die eigentliche Quel-

die Preise für Brot u.a. Nahrungsmittel zwischen 100 und 400% angehoben, bei Zahlung eines Ausgleichs an die unter dem Existenzminimum lebenden 6 Millionen Polen. So notwendig es objektiv ist, den inflationären Überhang von hundert Milliarden Zloty, die nicht in Waren umgesetzt werden können, zu beseitigen, so deutlich ist, daß die ganze Operation schlicht darauf hinausläuft, den Großteil der im letzten Jahr errungenen Einkommensverbesserungen „abzuschöpfen" und diese Mittel in den Händen des Staates wieder zu konzentrieren. Es tritt darin schlagend zutage, daß die ganze Wirtschaftsordnung auf die Unterkonsumtion der Arbeiter aufgebaut war und ist. Und jetzt wird von einem Einbruch des Lebensstandards in den nächsten Jahren bis zu 25% gesprochen. Bei einer möglichen Arbeitslosigkeit bis zu 15%, das wären 2,5 Mio. Menschen! Für wen soll dieses Opfer gebracht werden, wenn es schon gebracht werden muß? Hier ist die eigentliche Quel-

le der starken Bewegung für die Arbeiterselbstverwaltung. Die polnischen Proletarier fordern *Garantien für die Zukunft*.

Die Reformforderungen von Solidarnošć

Ganz im Gegensatz zu Kanias demagogischer Behauptung, die „„Solidarität" strebe die „Aufteilung des Gesellschaftseigentums in Gruppenbesitz" an, handelt es sich für die Gewerkschaft gerade darum, das Staatsmonopol an den Produktionsmitteln zu brechen und die heute einzig mögliche Form eines effektiven gesellschaftlichen Eigentums zu erkämpfen, nämlich die Übergabe der Betriebe in treuhänderische Verfügung der Belegschaften und ihrer Selbstverwaltungsorgane. Diese selbstverwalteten Betriebe sollen tatsächlich das Recht erhalten, ihre Produktionspläne selbständig festzulegen entsprechend den vorgefundenen Marktbedürfnissen. Die Belange des zentralen Wirtschaftsplans sollen ausschließlich mit ökonomischen Mitteln, wie Krediten oder Steuern (über die z.B. übermäßige Gewinne abgeschöpft werden können) geltend gemacht werden. Umgekehrt aber soll die zentrale Wirtschaftsplanung auf die Planung und Rechnungsführung der selbstverwalteten Betriebe gegründet werden. In diesem Zusammenhang werden auch Forderungen nach Einrichtung einer Zweiten Kammer des Sejm, einer „Selbstverwaltungs-Kammer", erwogen, die einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und -planung erhalten sollte.

Sprachen die Programmthesen von „Solidarnošć" vom April von einer „Plan- und Marktwirschaft", so ließe sich die Konzeption vielleicht richtiger noch als eine gelenkte Marktwirtschaft selbstverwalteter Betriebe beschreiben. Tatsächlich sollen die Produktenpalette, die Preise, die Mengen, das angemessene Beschäftigungsniveau im wesentlichen auf dem Markt bzw. in der Konkurrenz der Betriebe gefunden werden – einer Konkurrenz natürlich, die kaum ermöglicht, daß etwa ein Betrieb den anderen niederkonkurriert. Aber Konkurrenz in Absatz und Gebrauchswert der Produkte, ihren Produktionskosten etc. Und tatsächliche Vorteile für die besser wirtschaftenden Betriebe und Belegschaften. Dafür wollen die Gewerkschafter durchaus ein fähiges Management der Betriebe. Und gerade deshalb auch fordern sie rigoros, daß die Direktoren von den Selbstverwaltungsorganen der Belegschaften nach Ausschreibung berufen oder auch wieder abberufen werden und insgesamt Exekutivorgane der Belegschaften bleiben.

Unternehmensgründungen sollen nicht allein von zentralen staatlichen Stellen, sondern auch von kommunalen Körperschaften durchgeführt werden können; ebenso von Privatpersonen (im Rahmen der Verfassung, die Kleinunternehmer zuläßt); und insbesondere auch von Genossenschaften. Hier steht „Solidarnošć" vor allem für die Forderung der Bauern ein, die die faktisch staatlichen „Genossenschaften" für sich zurückerobern wollen, um sich so in den Besitz ihrer wichtigsten Produktionsmittel zu setzen und ihre Produkte selbständig vermarkten zu können. Freie Wirtschaftsbeziehun-

wollen die Gewerkschafter durchaus ein fähiges Management der Betriebe. Und gerade deshalb auch fordern sie rigoros, daß die Direktoren von den Selbstverwaltungsorganen der Belegschaften nach Ausschreibung berufen oder auch wieder abberufen werden und insgesamt Exekutivorgane der Belegschaften bleiben.

Unternehmensgründungen sollen nicht allein von zentralen staatlichen Stellen, sondern auch von kommunalen Körperschaften durchgeführt werden können; ebenso von Privatpersonen (im Rahmen der Verfassung, die Kleinunternehmer zuläßt); und insbesondere auch von Genossenschaften. Hier steht „Solidarnošć" vor allem für die Forderung der Bauern ein, die die faktisch staatlichen „Genossenschaften" für sich zurückerobern wollen, um sich so in den Besitz ihrer wichtigsten Produktionsmittel zu setzen und ihre Produkte selbständig vermarkten zu können. Freie Wirtschaftsbeziehun-

gen zwischen bäuerlichen Genossenschaften und selbstverwalteten Industriebetrieben wären ein entscheidendes Element zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Die selbstverwalteten Betriebe hätten auch außenwirtschaftlich einige Freiheiten, einschließlich des Rechts auf ausländische Kapitalbeteiligungen. Ohne solche wird der Produktionseinbruch auch kaum zu überwinden sein. Man kann vermuten, daß viele Arbeiter in Polen sich eher westliche Kapitalbeteiligungen wünschen würden, als die Gründung „gemeinsamer Unternehmen" auf RGW-Ebene, also vor allem mit der Sowjetunion, die die polnische Regierung auf dem Gipfeltreffen in Sofia angeboten hat.

Von „Rückkehr zum Kapitalismus" hat die Prawda schon im Mai gegen die Reformvorstellungen von „Solidarnošć" geheult. Eine „anarchosyndikalistische Degeneration" hat Kania die Forderungen nach Selbstverwaltung genannt. Beides trifft nicht. Jede Wirtschaftsplanung setzt selbständige Wirtschaftssubjekte voraus, die zunächst in keinen anderen als Marktbeziehungen zueinander stehen können. Infolgedessen war auch die bisherige „Planwirtschaft" nichts als ein System staatlicher Anforderungen, ohne Rücksicht auf die Realitäten, infolgedessen chaotisch. Welcher Plan wäre je erfüllt worden?

Und noch etwas darf man bei diesen Reformplänen nicht vergessen: die Existenz der „Solidarnošć" selbst, die sich als die Interessensvertreterin der Arbeitenden in strikter organisatorischer Unabhängigkeit auch von den betrieblichen Selbstverwaltungen halten will.



„Hinter poppiger Fassade gelten die Gesetze des Urwaldes." So ist der Titel des Flugblatts, das die NGG vor Mc Donald's-Läden in Nordrhein-Westfalen verteilt hat. In der Bundesrepublik gibt es 140 dieser Läden. Zwei Drittel der Beschäftigten arbeiten nur stundenweise. Läuft die Frikadelle nicht, werden die Teilzeitkräfte ohne vollen Lohn nach Hause geschickt. Die Fluktuation ist entsprechend hoch. „Magere Löhne, miserable Arbeitsbedingungen, daran denken Sie bei jedem Biß!" appellierte die NGG an Verbraucher. Gewerkschaftliche Aktivitäten sind bei Mc Donald's kein Problem, Kündigung erfolgt sofort. Gegen die Aktionen der NGG beantragte die Geschäftsleitung der deutschen Zentrale eine einstweilige Verfügung. Ohne Erfolg. Das Landgericht Düsseldorf hat ihren Antrag abgewiesen.

22. Streikwoche auf der Boelwerft in Belgien

rof. Kleve. Vor der Boelwerft ist es zu Auseinandersetzungen mit den staatlichen belgischen Polizeiorganen gekommen. Angeführt durch das nichtstreikende Führungskaderpersonal und aufgerufen durch Telegramme der Geschäftsleitung sammelte sich eine Gruppe, um die Arbeit auf der Werft wieder aufzunehmen. Es kam vor dem Tor zu großen Diskussionen. Ca. 500 streikende Arbeiter standen Streikposten. Als die Reichswacht beginnen wollte, den Weg in die Werft freizumachen, wurde am Tor ein starker Stacheldrahtverhau angebracht, da die Direktion die Torflügel hatte entfernen lassen. Aus Werftfahrrädern wurde eine Barrikade errichtet. Die Reichswacht setzte Tränengas ein, ohne die Männer auf dem Werftgelände zu beeindrucken. Der Drahtverhau wurde verstärkt, die bereitgehaltenen Feuerwehrschläuche brauchten nicht eingesetzt werden. Der Arbeitsminister will in Gesprächen zwischen Saverys und den streikenden Arbeitern vermitteln. Saverys stellt noch als Bedingung, daß erst die Arbeit wieder aufgenommen wird. Das lehnen die Arbeiter ab, der Streik geht am Freitag in die 22. Woche.

Entwurf für ein neues Landespressegesetz vorgelegt

mfl. Den Entwurf eines neuen Landespressegesetzes haben in Bremen der Bezirksvorsteher der IG Druck und Papier und der Ortsvorsitzende der Deutschen Journalisten Union in der

Auseinandersetzungen mit den staatlichen belgischen Polizeiorganen gekommen. Angeführt durch das nichtstreikende Führungskaderpersonal und aufgerufen durch Telegramme der Geschäftsleitung sammelte sich eine Gruppe, um die Arbeit auf der Werft wieder aufzunehmen. Es kam vor dem Tor zu großen Diskussionen. Ca. 500 streikende Arbeiter standen Streikposten. Als die Reichswacht beginnen wollte, den Weg in die Werft freizumachen, wurde am Tor ein starker Stacheldrahtverhau angebracht, da die Direktion die Torflügel hatte entfernen lassen. Aus Werftfahrrädern wurde eine Barrikade errichtet. Die Reichswacht setzte Tränengas ein, ohne die Männer auf dem Werftgelände zu beeindrucken. Der Drahtverhau wurde verstärkt, die bereitgehaltenen Feuerwehrschläuche brauchten nicht eingesetzt werden. Der Arbeitsminister will in Gesprächen zwischen Saverys und den streikenden Arbeitern vermitteln. Saverys stellt noch als Bedingung, daß erst die Arbeit wieder aufgenommen wird. Das lehnen die Arbeiter ab, der Streik geht am Freitag in die 22. Woche.

Entwurf für ein neues Landespressegesetz vorgelegt

mfl. Den Entwurf eines neuen Landespressegesetzes haben in Bremen der Bezirksvorsteher der IG Druck und Papier und der Ortsvorsitzende der

Deutschen Journalisten Union in IG Druck (DJU) den Bürgerschaftsfraktionen vorgelegt. Nach Angaben der IG Druck soll der Entwurf das Landespressegesetz von 1965 ablösen und der veränderten Pressesituation gerecht werden. Die Gewerkschaft will in den anderen Bundesländern ähnliche Initiativen ergreifen. Sie reagierte damit auf gescheiterte Bemühungen, die Rechtsstellung von Journalisten in Tarifverträgen zu regeln und ein Presserechtsrahmengesetz auf Bundesebene zu erreichen.

Zwangsschlichtung gegen Streiks angeordnet

mfl. Die norwegische Regierung hat am Dienstag in einer Sondersitzung beschlossen, zwei Streiks in der Erdölindustrie und der Zivilluftfahrt durch die Anordnung eines Zwangs-Schlichtungsverfahrens ein Ende zu setzen. Sie erklärte einen Streik für illegal, der am Montag auf den Bohrinseln in der Nordsee ausgebrochen war und umgehend die gesamten Erdöl- und Erdgasproduktion lahmgelegt hatte. Die Gewerkschaft der Ölarbeiter wollte damit Lohnforderungen durchsetzen, über die nun ein staatlicher Schlichter entscheiden soll. Nach dem Eingreifen der Regierung kam zunächst jedoch nur in den Nordseefeldern Frigg und Ekofisk die Arbeit wieder in Gang, während die Streikaktion im Statjor-Feld anhielt. Zur Wiederaufnahme ihres Dienstes wurden außerdem über 300 Flugtechniker gezwungen, die in der Nacht zum Dienstag in Streik getreten waren und erhebliche Störungen im innernorwegischen Luftverkehr bewirkt hatten.

Längere Pausen für Leistungslöhner bei VW

kvz. Ab 1. September diesen Jahres erhalten die Leistungslöhner der VW-Werke eine zusätzliche Erholungszeit von 16 Minuten. Damit verlängert sich die Ruhezeit auf insgesamt 40 Minuten. Zu diesen 40 Minuten kommen 24 Minuten persönliche Bedürfniszeit, so daß die bezahlten Pausen 64 Minuten pro Schicht betragen. Damit tritt die vorerst letzte Stufe der Pausenverlängerung in Kraft, die 1979 geschlossene Tarifvertrag über die Grundsätze der Entlohnung (LORA) regelt.

Kaum Schutz beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen

kvz. Alarmierende Ergebnisse brachte eine Untersuchung der hessischen Gewerbeaufsicht, die in 536 Betrieben den Umgang mit gefährlichen Stoffen überprüfte. In jedem zweiten der Betriebe, in denen Asbest oder Asbest-Produkte verwendet werden, sind die technischen Schutzmaßnahmen entweder nur unzureichend oder gar nicht vorhanden. 60% der Arbeiter seien zum Teil ohne, zum Teil mit unzureichender Schutzkleidung am Werk gewesen. Zwei Drittel der Asbest verarbeitenden Betriebe haben eine Betriebsanweisung, die auf die gesetzlichen Vorschriften beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen hinweist, nicht ausgehängt. Von den Betrieben, die Hydrazin einsetzen, hatte nur jeder fünfte seine Arbeiter mit der vorgeschriebenen Schutzausrüstung ausgestattet. Sechzig Bußgeldverfahren wurden aufgrund der Überprüfung einge-

halten die Leistungslöhner der VW-Werke eine zusätzliche Erholungszeit von 16 Minuten. Damit verlängert sich die Ruhezeit auf insgesamt 40 Minuten. Zu diesen 40 Minuten kommen 24 Minuten persönliche Bedürfniszeit, so daß die bezahlten Pausen 64 Minuten pro Schicht betragen. Damit tritt die vorerst letzte Stufe der Pausenverlängerung in Kraft, die 1979 geschlossene Tarifvertrag über die Grundsätze der Entlohnung (LORA) regelt.

Kaum Schutz beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen

kvz. Alarmierende Ergebnisse brachte eine Untersuchung der hessischen Gewerbeaufsicht, die in 536 Betrieben den Umgang mit gefährlichen Stoffen überprüfte. In jedem zweiten der Betriebe, in denen Asbest oder Asbest-Produkte verwendet werden, sind die technischen Schutzmaßnahmen entweder nur unzureichend oder gar nicht vorhanden. 60% der Arbeiter seien zum Teil ohne, zum Teil mit unzureichender Schutzkleidung am Werk gewesen. Zwei Drittel der Asbest verarbeitenden Betriebe haben eine Betriebsanweisung, die auf die gesetzlichen Vorschriften beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen hinweist, nicht ausgehängt. Von den Betrieben, die Hydrazin einsetzen, hatte nur jeder fünfte seine Arbeiter mit der vorgeschriebenen Schutzausrüstung ausgestattet. Sechzig Bußgeldverfahren wurden aufgrund der Überprüfung einge-

leitet. Sozialminister Clauss fordert, daß verbindliche Festlegungen beim Verbot krebserzeugender Arbeitsstoffe gesetzlich verankert werden.

Ausweitung der Streiks in Peru

kvz. Der Verband der Bergbau- und Metallarbeiter von Peru führt seit dem 3.9. einen landesweiten Streik zur Unterstützung der Gewerkschaft der amerikanischen Gesellschaft „Southern Peru Copper Corporation", die sich seit dem 17.8 im Streik befinden, in ihren Forderungen nach höheren Löhnen und die Wiedereinstellung von mehr als 600 entlassenen Kollegen.

Todesstrafe gegen türkische Gewerkschafter beantragt

mfl. Seit dem 22. April 1981 stehen in Istanbul der Vorsitzende des Gewerkschaftsbund DISK und 51 andere Gewerkschafter vor Gericht. Für sie alle ist die Todesstrafe beantragt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dagegen scharf protestiert. In einem Brief an den Staatspräsidenten der Türkei forderte DGB-Vorsitzender H. O. Vetter, „endlich Schluß zu machen mit den willkürlichen Verhaftungen und Folterungen demokratischer Gewerkschafter". Der DISK-Vorsitzende hat sich vor Gericht für das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, ausgesprochen. Der Richter lehnte es ab, das Material der Verteidigung zu berücksichtigen. Er müsse das Militärgericht zunächst darüber konsultieren, wie mit dem Fall zu verfahren sei. Seit dem Putsch von September 1980 sind mehr als 300 DISK-Funktionäre in Haft.

Streikaktion bei der Stadtverwaltung Offenbach

ÖTV ergreift Initiative gegen die Sparvorschläge der Regierung

wes. Letzten Dienstag vormittag am Busbahnhof in der Offenbacher Innenstadt: der Platz steht voll mit fahrerlosen Bussen und Fahrzeugen der Müllabfuhr und des Fuhrparks. Nichts geht mehr. Immer mehr Beschäftigte der technischen Betriebe, der Bauverwaltung, der Feuerwehr, der Energieversorgung und direkt aus dem Rathaus versammeln sich. Fast 1500 sind es schließlich, trotz der kurzfristigen Benachrichtigung. Transparente werden entrollt, Pappschilder in die Höhe gehalten, ein Lastwagen wird zur Tribüne. Schon als Anfang, so ein älterer Kollege, zigmal besser als das Ende in den letzten Jahren. In der Tat, die Skepsis war groß: noch kurz vor der Aktion war neben dem deutlichen Unmut viel zu hören von den schlechten Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, von der Unmöglichkeit einheitlicher Kampfmaßnahmen. Auf dem Platz dann aber rundum Zuversicht und Entschlossenheit.

Wie waren diese positiven Erfahrungen möglich geworden? Noch in den ersten Diskussionen der Betriebsgruppen und Vertrauensleutekörper war wenig mehr als die Feststellung, daß etwas geschehen müßte. Erkannt wurde die zwingende Notwendigkeit, der Ablehnung der gesamten Sparmaßnahmen durch breite Informationen zu diesen Maßnahmen selbst und durch wirtschaftspolitische Debatten eine tragfähige theoretische Grundlage zu schaffen. Dabei erwiesen sich einige der Vorschläge Vetters aus seinem Brief an den Bundeskanzler als nützlich und vernünftig. Am 25.8. dann verabschiedete der ÖTV-Kreisvorstand eine interne Erklärung, in der die „unzulänglichen Reaktionen und Gegenmaßnahmen des DGB und der Einzelgewerkschaften" gegen die Sparpläne der Bundesregierung kritisiert und eine offene Politik gegen diese arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen gefordert wird. Zwei weitere ausrichtende und zusammenfassende Vertrauensleuteversammlungen folgten später und dann am 28.8. ein Flugblatt für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung. Darin werden die geplanten Maßnahmen und ihre Auswirkungen benannt, dazu die Bedeutung der gegen die Beamten gerichteten Maßnahmen für den gesamten öffentlichen Dienst sowie die Folgen der Angriffe auf die Sozialversicherungen für die soziale Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung.

„Die Arbeitnehmer haben die Misere der öffentlichen Haushalte nicht verursacht. Sie trifft keine Verantwortung für politische Fehlentscheidungen der Politiker ... Bei konsequenter Anwendung nur der bereits bestehenden Gesetze könnten alle unsozialen Sparpläne, die abhängig Beschäftigte belasten, in den Papierkorb wandern. Es ist also nicht unsere Aufgabe, mit darüber nachzudenken, wie auf Kosten von Arbeitnehmern ‚sozial gerecht' gespart werden ... kann ... Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen in dieser Situation solidarisch zusammenstehen. Deshalb muß unser Protest und



Widerstand jetzt deutlich gemacht werden. Dies geht nicht nur mit Resolutionen ... Jetzt muß gehandelt werden!"

Und dann also die Protestkundgebung am Busbahnhof. Die Redebeiträge, knapp und kämpferisch, beschränken sich auf die wesentlichen Argumentationen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß dies nur ein Anfang sein kann, daß der Widerstand weder auf den öffentlichen Dienst noch auf Offenbach beschränkt bleiben darf. Der 2. Bevollmächtigte der IG Metall erklärte die Absicht seiner Gewerkschaft, umgehend ebenfalls aktiv zu werden, und zwar nicht länger als verlängerter Arm einer politischen Partei, sondern eigenständig und nur auf der Grundlage der Interessen der Kollegen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik wird befragt und sagte zu, gegen das Sparprogramm der Regierung zu stimmen, weil er sich dem Wähler gegenüber der sozialen Gerechtigkeit und nicht dem sozialen Abbau verpflichtet fühlt. Der Geschäftsführer der ÖTV zählt auf, was an kommunalen Sparplänen bereits durchgesickert ist: viermonatige Wiederbesetzungssperre, 15% Stellenabbau in den nächsten Jahren, Angriff auf die außertariflichen Zulagen. Dazu die Aufforderung, Vorbereitungen für die unausweichlichen und mit Sicherheit harten Auseinandersetzungen mit dem unmittelbaren Dienstherren wie auch mit der Bundesregierung zu treffen.

Auf dem Rückweg lebhafte Diskussionen überall. Die durchgängige Meinung: eine gute und ermutigende Aktion mit Wirkung nach außen und innen, die zeigt, daß der Zusammenschluß möglich ist. Und gute Voraussetzungen für die nächsten Schritte schafft: die Unterstützung des Hauptvorstandes in den Verhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern am 14.9. (wo diese versuchen wollen, die den Beamten zugedachten Maßnahmen auf die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes auszuweiten) – und die Durchführung einer zentralen Kundgebung aller Einzelgewerkschaften des DGB in Offenbach am 24.9.

Gewerkschaftskongreß in Brasilien

men durch breite Informationen zu diesen Maßnahmen selbst und durch wirtschaftspolitische Debatten eine tragfähige theoretische Grundlage zu schaffen. Dabei erwiesen sich einige der Vorschläge Vetters aus seinem Brief an den Bundeskanzler als nützlich und vernünftig. Am 25.8. dann verabschiedete der ÖTV-Kreisvorstand eine interne Erklärung, in der die „unzulänglichen Reaktionen und Gegenmaßnahmen des DGB und der Einzelgewerkschaften" gegen die Sparpläne der Bundesregierung kritisiert und eine offene Politik gegen diese arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen gefordert wird. Zwei weitere ausrichtende und zusammenfassende Vertrauensleuteversammlungen folgten später und dann am 28.8. ein Flugblatt für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung. Darin werden die geplanten Maßnahmen und ihre Auswirkungen benannt, dazu die Bedeutung der gegen die Beamten gerichteten Maßnahmen für den gesamten öffentlichen Dienst sowie die Folgen der Angriffe auf die Sozialversicherungen für die soziale Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung.

„Die Arbeitnehmer haben die Misere der öffentlichen Haushalte nicht verursacht. Sie trifft keine Verantwor-

Widerstand jetzt deutlich gemacht werden. Dies geht nicht nur mit Resolutionen ... Jetzt muß gehandelt werden!"

Und dann also die Protestkundgebung am Busbahnhof. Die Redebeiträge, knapp und kämpferisch, beschränken sich auf die wesentlichen Argumentationen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß dies nur ein Anfang sein kann, daß der Widerstand weder auf den öffentlichen Dienst noch auf Offenbach beschränkt bleiben darf. Der 2. Bevollmächtigte der IG Metall erklärte die Absicht seiner Gewerkschaft, umgehend ebenfalls aktiv zu werden, und zwar nicht länger als verlängerter Arm einer politischen Partei, sondern eigenständig und nur auf der Grundlage der Interessen der Kollegen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik wird befragt und sagte

Auseinandersetzungen mit dem unmittelbaren Dienstherren wie auch mit der Bundesregierung zu treffen.

Auf dem Rückweg lebhafte Diskussionen überall. Die durchgängige Meinung: eine gute und ermutigende Aktion mit Wirkung nach außen und innen, die zeigt, daß der Zusammenschluß möglich ist. Und gute Voraussetzungen für die nächsten Schritte schafft: die Unterstützung des Hauptvorstandes in den Verhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern am 14.9. (wo diese versuchen wollen, die den Beamten zugedachten Maßnahmen auf die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes auszuweiten) – und die Durchführung einer zentralen Kundgebung aller Einzelgewerkschaften des DGB in Offenbach am 24.9.

Gewerkschaftskongreß in Brasilien

Gründung einer unabhängigen Einheitsgewerkschaft in Aussicht

mfl. Auf einem drei Tage dauernden Gewerkschaftskongreß, an dem rund 500 Gewerkschaftsdelegierte aus ganz Brasilien teilnahmen, wurde beschlossen, daß im August nächsten Jahres die Gründungsversammlung für eine Einheitsgewerkschaft stattfinden soll. Außerdem wurde der 1. Oktober dieses Jahres zu einem Tag landesweiter Proteste gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung erklärt. Falls die Regierung nicht ausreichend auf die Forderungen eingeht, soll ein Generalstreik ausgerufen werden.

Der Beschluß zur Gründung einer eigenständigen Einheitsgewerkschaft ist ein erheblicher Fortschritt zur Überwindung der Gewerkschaftsorganisation in Brasilien. Bisher gibt es mit starker regionaler Untergliederung acht nationale Gewerkschaftsföderationen. Ein Dachverband ist nicht zugelassen. Sie haben kaum Rechte und von Autonomie kann keine Rede sein, da sie direkt dem Arbeitsministerium unterstellt sind. Zwangsbeiträge für alle Arbeiter, Kontrolle und Bezahlung der Gewerkschaftsfunktionäre durch das Arbeitsministerium gehören dazu.

Während der ersten Phase der Lohnverhandlungen darf nicht gestreikt werden, und die Verhandlungen bewegen sich im Rahmen eines staatlich festgelegten Lohnindexes. Wird dieser in den Gewerkschaftsforderungen überschritten, können die Kapitalisten eine suspensive Zwangsschlichtung durch ein Arbeitsgericht beantragen, was die Regel ist. Es geht sogar so weit, daß die Kapitalisten den Staat für Streiks, die während der ersten Phase der Lohnverhandlungen stattfinden, regresspflichtig machen können. Dementsprechend scharf reagiert die Regierung auf *illegale* Streiks.

Am 25. Februar diesen Jahres verteilte ein Militärgericht in Sao Paulo den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo Do Campo/Diadema, Luis Inacio da Silva (genannt Lula) zu 3½ Jahren Gefängnis. Gegen weitere zehn Gewerkschafter wurden Haftstrafen von insgesamt 27 Jahren verhängt. Der Prozeß war hinter bürgerkriegsähnlichen Absperrungen innerhalb eines Tages abgewickelt worden.

„Anstiftung zur kollektiven Gesetzesmißachtung" war die Anklage, erhoben für den Aufruf zum Streik, an dem sich zeitweise 200000 Arbeiter beteiligten (hauptsächlich von den Autowerken in Sao Paulo). Während des Streiks hat die IGM, besonders in Verwaltungsstellen, wo VW-Werke liegen, insgesamt 100000 DM an finanzieller Unterstützung für die Streikenden gesammelt. Lula und zwölf andere Gewerkschafter waren von der politischen Polizei (DOPS) verhaftet und nach vier Wochen Haft wieder freigelassen worden. Seitdem schwebt das Verfahren vor dem Militärgericht.

Wann das Berufungsverfahren vor dem obersten Militärgerichtshof stattfindet, ist ungewiß. Es wird wohl noch hinausgezögert werden. Die Verurteilten haben nämlich nicht nur ihre Ämter als Gewerkschaftsfunktionäre verloren, sondern auch das passive Wahlrecht. Das ist wichtig, denn Lula ist Präsident der neuen Partei „Partido Trabalhadores" (PT) und im November 19[illegible] sollen die Direktwahlen für den Kongreß, die Gouverneursposten und die Regionalversammlungen stattfinden. Lula, der nicht zuletzt seit den Metallarbeiterstreiks 1979 und 1980 eine landesweite Anerkennung unter der arbeitenden Bevölkerung genießt und führend die Gewerkschaftsopposition betreibt, ist der Regierung ein Dorn im Auge. Wenn es bis zur Wahl gelingt, einen einheitlichen Gewerkschaftsverband zu gründen, hat das sicher auch Auswirkungen auf den Ausgang der Wahl. Eine Herauszögerung des Berufungsverfahrens liegt da ganz im Interesse der Regierung.

Die Gewerkschaften in der BRD unterstützen die Bestrebungen zur Gründung einer unabhängigen Einheitsgewerkschaft in Brasilien. Sie greifen die dortigen Praktiken der Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung an, wobei die deutschen Firmen, die Niederlassungen in Brasilien haben, wie VW und Daimler Benz, keine Ausnahme bilden. Auch ein ständiger Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Geldsammlungen zur Unterstützung von Streiks werden durchgeführt.

Arbeitszeitverkürzung in Westdeutschland 1945 bis 1967:

,,Geschenkt wurde den Gewerkschaften nichts ..."



jot.Frankfurt. Die Nachkriegsjahre waren durch eine weitgehende Zerrüttung der Wirtschaft im besetzten Deutschland gekennzeichnet. So erklärt sich, daß die durchschnittlichen Arbeitszeiten in den Jahren 1946 bis Mitte 1948 niedriger lagen als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1933. Die Konsolidierung nach der Währungsreform führte zu einer erheblichen Verlängerung der Arbeitszeiten. Noch bis zum Anfang der 50er Jahre waren die Tarifabkommen der Faschisten gültige Regel. 1949 lag die Wochenarbeitszeit um gut 4 Stunden höher als 1948 und um 7 Stunden über der von 1947/46. Über das Jahr 1945 gibt es keine Dokumente.Die wöchentliche Arbeitszeit lag 1955 im Endeffekt knapp 2 Stunden niedriger gegenüber dem Jahr 1924. Allerdings wurde die Zahl der Urlaubstage und gesetzlichen Feiertage erhöht. Auf seinem 3. Bundeskongreß 1954 erhob der DGB die Forderung nach der 5-Tage-Woche mit 8stündiger täglicher Arbeitszeit. Unter der Parole ,,Samstags gehört Vati mir" begann eine umfangreiche und längerfristig angelegte Kampagne für dieses Ziel.

,,Wir fordern mehr Freiheit, um mehr arbeitsfreie Zeit zu haben, mehr Zeit, über die wir frei verfügen können, frei von der Arbeitspflicht, der Hetze, der nervenaufreibenden Betriebsamkeit, dem Stumpfsinn und dem Unterordnungsverhältnis der Arbeitswelt. Der Gleichklang der Worte Freizeit und Freiheit ist symptomatisch: Freiheit ohne hinreichende Freizeit ist nicht denkbar ... Es gilt, die dem Menschen drohende Gefahr, immer mehr in die Fangarme des Molochs ,totale Arbeitswelt' gezogen zu werden, zu beseitigen."(1)

Jahr	Stunden	Jahr	Stunden
1924	50,4	1948	42,4
1929	46,0	1949	46,5
1930	44,2	1950	48,1
1931	42,5	1951	47,5
1933	42,9	1952	47,6
1946	39,5	1953	47,8
1947	39,1	1954	48,4

Die Geschichte des Kampfes um den Normalarbeitstag, d.h. eine Neuauflage der seit dem 30. April 193. bestehenden Arbeitszeitordnung, wurde nicht aufgenommen. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen wurde von Anfang an nicht mit dem Ziel, eine gesetzliche Regelung des Normalarbeitstages zu erreichen, aufgestellt.

,,Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche ist erstmalig im Jahre 1928 vom damaligen ADGB und dann im Jahre 1952 vom DGB erhoben worden. Der Frankfurter Bundeskongreß des DGB hat sie 1954 erneuert, als er u.a. den erhöhten Schutz der menschlichen Arbeitskraft, durch Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele der 5-Tage-

dem Menschen drohende Gefahr, immer mehr in die Fangarme des Molochs ,totale Arbeitswelt' gezogen zu werden, zu beseitigen."(1)

Jahr	Stunden	Jahr	Stunden
1924	50,4	1948	42,4
1929	46,0	1949	46,5
1930	44,2	1950	48,1
1931	42,5	1951	47,5
1933	42,9	1952	47,6
1946	39,5	1953	47,8
1947	39,1	1954	48,4

Die Geschichte des Kampfes um den Normalarbeitstag, d.h. eine Neuauflage der seit dem 30. April 193. bestehenden Arbeitszeitordnung, wurde nicht aufgenommen. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen wurde von Anfang an nicht mit dem Ziel, eine gesetzliche Regelung des Normalarbeitstages zu erreichen, aufgestellt.

,,Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche ist erstmalig im Jahre 1928 vom damaligen ADGB und dann im Jahre 1952 vom DGB erhoben worden. Der Frankfurter Bundeskongreß des DGB hat sie 1954 erneuert, als er u.a. den erhöhten Schutz der menschlichen Arbeitskraft, durch Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele der 5-Tage-

Woche bzw. der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durch den Abschluß entsprechender Tarifverträge als eine der nächsten Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften bezeichnet.

Die Gewerkschaften verbinden dabei mit der 5-Tage-Woche die Vorstellung einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich.

Hierfür gibt es keine verbindliche Patentlösung, denn die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sind in den einzelnen Branchen durchaus unterschiedlich, zumal die Gewerkschafter nach zwei Kriegen, zwei Inflationen und einer Wirtschaftskrise erfahren haben, daß Sicherung des Arbeitsplatzes, des Lebensstandards und die Steigerung der Lebenshaltung nicht allein über den Lohn zu realisieren sind. Die Verwirklichung der Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden ist daher dem allgemeinen Wiederaufbau, der Rationalisierung und der Organisierung der Wirtschaft anzupassen.

Eine allgemeine kurzfristige Einführung der 40-Stunden-Woche, etwa auf gesetzlichem Wege, wird infolge der Differenziertheit unserer Wirtschaft zu Anpassungsschwierigkeiten führen. Genau so falsch ist aber auch die vom Deutschen Industrie-Institut verbreitete allgemeine Behauptung: ,,Die Einführung der 40-Stunden-Woche bei gleichem Lohn würde eine Erhöhung des Stundenlohnes, die Senkung des gesamten Arbeitsergebnisses, eine Steigerung der Herstellungskosten und eine Verminderung der verfügbaren Konsumgüter bedeuten. Die verkürzte Arbeitszeit wird in der Regel nicht durch höhere Arbeitsleistung wettgemacht werden." (2)

Wochenarbeitszeit in Stunden

	tatsächliche (nur Arbeiter)	tatsächliche (Arbeiter u. Angestellte)
1956	47,1	47,9
1957	45,4	46,2
1958	45,1	45,4
1959	44,4	45,3
1960	44,1	45,3
1961	44,1	45,2
1962	43,3	44,6
1963	43,0	44,4
1964	42,3	44,1
1965	42,0	44,3
1966	41,8	43,9
1967	41,3	42,3
1968	41,2	43,3
1969	40,9	44,0
1970	40,7	44,0

Am 25. Juli 1956 gelang es der IGM, mit Gesamtmetall das ,,Bremer Abkommen" zu schließen, worin ab 1. Oktober 1956 für die Metallindustrie die 45-Stunden-Woche vereinbart war. In diesem zentralen Rahmenabkommen wurde vereinbart, vom 1. Oktober 1956 an, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden auf 45 Stunden für Arbeiter und Angestellte zu reduzieren. Gleichzeitig wurde nicht nur ein voller Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung ausgehandelt, sondern darüber hinaus wurden die Löhne weiter angehoben. Schon ein Jahr später – im Dezember 1957 – wurde ein weiteres zentrales Abkommen, das von Bad Soden, mit Gesamtmetall abgeschlossen. Darin wurde vereinbart, ab 1. Januar 1959 die Arbeitszeit auf 44 Stunden zurückzunehmen. Gleichzeitig wurden abermals der Lohnausgleich und weitere Lohnerhöhungen vereinbart. 1958 erzielte die IGM parallele Verbesserungen für die Eisen- und Stahlindustrie. Wiederum nur kurze Zeit später, am 8. Juli 1968, wurde das Zentrale Abkommen von Bad Homburg abgeschlossen (siehe Tabelle 2). Dieses Abkommen brachte die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42½ Stunden vom 1. Januar 1962 an; auf 41¼ Stunden vom 1. Januar 1964 an und auf 40 Stunden vom 1. Juli 1965 an. Auch dieser Tarifvertrag garantierte den Lohnausgleich und weitere Lohnerhöhungen.

Es hat wiederholt Angriffe der Kapitalisten auf bestehende Vereinbarungen gegeben, oder ihre politischen Vertreter im Bundestag wurden vorgeschickt. Das beste Beispiel dafür war in der Regierungserklärung, die der ,,Vater des deutschen Wirtschaftswunders", Prof. Ludwig Erhard, 1965 im Namen der CDU abgab, enthalten. Er forderte die Gewerkschaften auf, Maß zu halten und der Verlängerung der ta-

1965	42,0	44,3
1966	41,8	43,9
1967	41,3	42,3
1968	41,2	43,3
1969	40,9	44,0
1970	40,7	44,0

Soden, mit Gesamtmetall abgeschlossen. Darin wurde vereinbart, ab 1. Januar 1959 die Arbeitszeit auf 44 Stunden zurückzunehmen. Gleichzeitig wurden abermals der Lohnausgleich und weitere Lohnerhöhungen vereinbart. 1958 erzielte die IGM parallele

schickt. Das beste Beispiel dafür war in der Regierungserklärung, die der ,,Vater des deutschen Wirtschaftswunders", Prof. Ludwig Erhard, 1965 im Namen der CDU abgab, enthalten. Er forderte die Gewerkschaften auf, Maß zu halten und der Verlängerung der ta-

riflichen Wochenarbeitszeit um eine Stunde nachzukommen. Die IGM ließ daraufhin die Vereinbarung von Bad Homburg für zwei Jahre zurückstellen. So trat die 40-Stunden-Woche erst am 1. Januar 1967 in Kraft.

Außerdem wurden ab 1969 die Urlaubstage nicht mehr nach Werktagen, sondern nach Arbeitstagen berechnet. Mit der Ausdehnung des tariflich vereinbarten Jahresurlaubs wird die Politik der Arbeitszeitverkürzung fortgesetzt.

Die Vereinbarungen der IGM setzten sich im nachhinein gesamtwirtschaftlich durch. 1958 war im Durchschnitt die 45-Stunden-Woche erreicht und 1960 die 44-Stunden-Woche. Von 1960 bis 1970 verzögerte sich die Zunahme der Arbeitszeitverkürzung, eine Stufe 1964 bei 42 Stunden wird sichtbar. Seit 1967 galt für beinahe 35% aller Beschäftigten die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche. 1971 waren es 70%, und seitdem sie ab 1974 auch im öffentlichen Dienst gilt, können die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche als durchgesetzt bezeichnet werden, obwohl in einzelnen Arbeitsbereichen weiterhin längere Arbeitszeiten bestehen z.B. in Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit brachten die Kapitalisten erstaunliche Begründungen. Z.B.: ,,Das Arbeitszeitrecht sei öffentlich-rechtlicher Natur ...", und da den Kapitalisten ,,gesicherte wirtschaftliche Aussagen, die gegen die derzeitige Arbeitszeitpraxis angeführt werden könnten ..., nicht bekannt sind, sei eine gesetzliche Regelung prinzipiell abzulehnen. Jede gesetzliche Festschreibung einer Normalarbeitszeit als Höchstarbeitszeit, die aus der jeweiligen Konjunktur und Arbeitsmarktlage für richtig gehalten wird, macht die Arbeitszeitregelung unflexibel. Darüber hinaus würde ein enger gesetzlicher Rahmen bei veränderter arbeitsmarktpolitischer Lage nur schwer zu revidieren sein." (Der Arbeitgeber,

und 1960 die 44-Stunden-Woche. Von 1960 bis 1970 verzögerte sich die Zunahme der Arbeitszeitverkürzung, eine Stufe 1964 bei 42 Stunden wird sichtbar. Seit 1967 galt für beinahe 35% aller Beschäftigten die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche. 1971 waren es 70%, und seitdem sie ab 1974 auch im öffentlichen Dienst gilt, können die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche als durchgesetzt bezeichnet werden, obwohl in einzelnen Arbeitsbereichen weiterhin längere Arbeitszeiten bestehen z.B. in Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit brachten die Kapitalisten erstaunliche Begründungen. Z.B.: ,,Das Arbeitszeitrecht sei öffentlich-rechtlicher Natur ...", und da den Kapitalisten ,,gesicherte wirtschaftliche Aussagen, die gegen die derzeitige Arbeitszeitpraxis angeführt werden könnten ..., nicht bekannt sind, sei eine gesetzliche Regelung prinzipiell abzulehnen. Jede gesetzliche Festschreibung einer Normalarbeitszeit als Höchstarbeitszeit, die aus der jeweiligen Konjunktur und Arbeitsmarktlage für richtig gehalten wird, macht die Arbeitszeitregelung unflexibel. Darüber hinaus würde ein enger gesetzlicher Rahmen bei veränderter arbeitsmarktpolitischer Lage nur schwer zu revidieren sein." (Der Arbeitgeber,

1978)

Das Deutsche Industrie-Institut meint (zitiert nach Eugen Loderer, 1976, Ffm.): ,,Bei einem normalen Arbeitstag von 8 Stunden verbringt der erwachsene Arbeiter seine freie Zeit im Wirtshaus, nimmt mehr als bisher an agitatorischen Versammlungen teil und gibt bei gleichem Lohn mehr Geld aus. Außerdem führt er zu einer Belastung der deutschen Industrie gegenüber ausländischer."

Parallel zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit erhielt seit den 50er Jahren die Urlaubsfrage stärkeres Gewicht, in den 60er Jahren konnte der Urlaub schneller verlängert als die Wochenarbeitszeit verkürzt werden.

Die Arbeitszeitverkürzungen wurden – bei vollem Lohnausgleich – im wesentlichen ohne Streiks im Rahmen von Tarifverhandlungen erreicht, im Unterschied zum Kampf um den Zehn- und Achtstundentag im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zu verstehen ist dieses vor dem Hintergrund der besonderen Nachkriegssituation der BRD, in der die Kapitalisten aufgrund des ökonomischen Aufschwungs und der politischen Bindung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften an das kapitalistische System zu größeren Zugeständnissen in der Lage waren.



Eugen Loderer:

,,Arbeitszeitverkürzung und Schleswig-Holstein-Streik vor 20 Jahren"

Auszüge aus einer Rede auf einer Veranstaltung der IG Metall am 14. September 1976 in Frankfurt/M.

,,Anlaß dieser Veranstaltung der Industriegewerkschaft Metall sind zwei Ereignisse, die vor zwanzig Jahren stattgefunden haben: Zum einen der große Streik im Tarifgebiet Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957. Und zum anderen der Abschluß eines Tarifvertrages von historischer Bedeutung, nämlich des Bremer Abkommens von 1956, das den Ausgangspunkt für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche bildet. Wenn wir die Bedeutung des Bremer Abkommens von 1956 und die damit eingeleitete Periode der Verkürzung der Arbeitszeit angemessen würdigen wollen, dann ist es notwendig, zurückzublicken auf den Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Dieses Ziel war von Anfang an ein zentrales Anliegen der Arbeiterbewegung ... Nach wie vor galt die 48-Stunden-Woche, so wie sie bereits in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts durchgesetzt worden war. Nun war die Arbeitszeit über Jahrzehnte hinweg im großen und ganzen gleich geblieben, der Arbeitsprozeß selbst hatte sich jedoch



Eugen Loderer:

,,Arbeitszeitverkürzung und Schleswig-Holstein-Streik vor 20 Jahren"

Auszüge aus einer Rede auf einer Veranstaltung der IG Metall am 14. September 1976 in Frankfurt/M.

,,Anlaß dieser Veranstaltung der Industriegewerkschaft Metall sind zwei Ereignisse, die vor zwanzig Jahren stattgefunden haben: Zum einen der große Streik im Tarifgebiet Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957. Und zum anderen der Abschluß eines Tarifvertrages von historischer Bedeutung, nämlich des Bremer Abkommens von 1956, das den Ausgangspunkt für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche bildet. Wenn wir die Bedeutung des Bremer Abkommens von 1956 und die damit eingeleitete Periode der Verkürzung der Arbeitszeit angemessen würdigen wollen, dann ist es notwendig, zurückzublicken auf den Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Dieses Ziel war von Anfang an ein zentrales Anliegen der Arbeiterbewegung ... Nach wie vor galt die 48-Stunden-Woche, so wie sie bereits in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts durchgesetzt worden war. Nun war die Arbeitszeit über Jahrzehnte hinweg im großen und ganzen gleich geblieben, der Arbeitsprozeß selbst hatte sich jedoch

wesentlich verändert. Der Nationalsozialismus hatte nach dem Weltkrieg Tote, Trümmer, Hunger und Entbehrung hinterlassen. Doch die Zeit blieb nicht stehen. Mit großen Anstrengungen mußten die Städte wieder aufgebaut, die Fabriken und Werkstätten wieder instand gesetzt und die Verkehrswege wieder hergerichtet werden. Die Folgen dieser jahrelangen Überanstrengung ließen nicht auf sich warten, die gewaltige Leistung forderte einen hohen Preis. Die Krankenziffern stiegen stark an, die Frühinvalidität nahm erschreckend zu.

Untersucht man die neubewilligten Renten der Invalidenversicherung in den Jahren 1950 bis 1952, so gingen 75% davon an Personen, die das 65. Lebensjahr nicht erreicht hatten. 60% der Todesfälle bei den im Erwerbsleben stehenden wurden schon damals durch Herz-, Kreislauf- und Gefäßkrankheiten verursacht. Das Durchschnittsalter der aus dem Arbeitsprozeß ausscheidenden Arbeitnehmer betrug ganze 53 Jahre. Von 12 Millionen versicherten Arbeitnehmern erlitten allein im Jahre 1953 über 2 Millionen Unfälle und Berufskrankheiten. Mehr als 100000 verunglückten so schwer, daß sie Rente beziehen mußten. Über 7000 Unfälle verliefen tödlich.

Was die Kollegen in den Betrieben überdeutlich spürten, trug die Gewerkschaft in die Öffentlichkeit. Die Zeit war reif für die 40-Stunden-Woche. 1952 machte der DGB sich diese Forderung zu eigen. 1954 stellte der DGB-Bundeskongreß in Frankfurt als eine der wichtigsten Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften den erhöhten Schutz der menschlichen Arbeitskraft durch Verkürzung der Arbeitszeit heraus. Das Ziel war die 5-Tage-Woche bzw. die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Der Weg sollte über den Abschluß entsprechender Tarifverträge führen.

Zunächst versuchte der Deutsche Gewerkschaftsbund, in zentralen Beratungen mit der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine Lösung des Problems herbeizuführen. Wie vorauszusehen, scheiterten die Verhandlungen sehr bald, da auf dieser Ebene der Widerstand der Arbeitgeber gegen eine solch weitreichende Forderung nicht zu brechen war. Die Einzelgewerkschaften mußten das Problem selbst in die Hand nehmen, um die 40-Stunden-Woche Wirklichkeit werden zu lassen."



(1) B. Konrad Schayer ,,Zur Problematik der 40-Stunden-Woche" und ,,Wege zur Verwirklichung der 40-Stunden-Woche" in ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" Nr. 1 und 2/1955.

(2) Gerhard Kroebel, Fachsekretär der Volkswirtschaftlichen Abteilung des DGB Hamburg, 1955.

Enttäuschung und Ignoranz

Ein Bericht vom 2. IBFG-Weltjugendtreffen in Sevilla

age. Vom 22. bis zum 30. August fand in Sevilla/Spanien das 2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) statt. Die einzelnen nationalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde hatten ca. 4000 Teilnehmer, Jugendliche und Jugendfunktionäre, nach Sevilla geschickt. Die Gewerkschaften IGM, ÖTV, HBV und DPG hatten für ihre Delegationen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstands und der spanischen Gewerkschaft Union General de Trabajadores (UGT) ein einwöchiges Vorbereitungsseminar in Huelva organisiert. Während dieses Vorbereitungsseminars wurden Gespräche mit UGT-Vertretern über die Gewerkschaftsarbeit der UGT, ihre Ideen von einer „spanischen Wirtschaftsdemokratie" und ihr Verhältnis zu den Comisiones Obreras (CC.OO.), einer PCE-nahen Gewerkschaft, sowie Betriebsbesichtigungen in wichtigen Betrieben der Region organisiert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung der Arbeitskonferenzen auf dem Weltjugendtreffen unter folgenden Themen: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, multinationale Gesellschaften und internationale Gewerkschaftssolidarität, für Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit, Frieden und Abrüstung. Die DPG hatte in ihrer Mitgliedschaft vorher eine Spendensammlung durchgeführt, durch die gewährleistet worden war, daß Kollegen aus einigen Ländern der Dritten Welt auch schon an dem Vorbereitungstreffen teilnehmen konnten.

So zufrieden, wie die Teilnehmer mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Vorbereitungstreffens waren, so enttäuscht waren viele über das eigentliche Weltjugendtreffen im Camp bei Sevilla. Angefangen von den unzureichend ausgelegten sanitären Einrichtungen, über unmögliche Arbeitsbedingungen der Simultandolmetscher bis zum fehlenden 380-Volt-Anschluß für die Musikaußenanlage klappte die Organisation, die der IBFG im wesentlichen der UGT aufgetragen hatte, nur selten.

Doch auch andere Dinge spielten eine wichtige Rolle dafür, daß das Treffen teilweise zur Farce wurde. So führte eine oft mangelhafte Vorbereitung einiger nationaler Gewerkschaftsorganisationen im Heimatland über die inhaltlichen Punkte, die dort diskutiert werden sollten, oft dazu, daß man die Kollegen aus Taiwan, Japan, Belgien, u.a. vor allem auch Spanien, zwar beim Essen, im Schwimmbad oder beim abendlichen Kulturprogramm sah, sie aber in den Arbeitsgruppen fehlten. Auf die Diskussionen und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und -konferenzen werden wir in einer der nächsten KVZs genauer eingehen. Hier nur ein paar Anmerkungen zum Themenkomplex Frieden und Abrüstung. Von den ca. 300 Teilnehmern an den vier Arbeitsgruppen zu diesem Thema waren nur zehn aus nicht deutschsprachigen Ländern. Über 80% der Teilnehmer stellte der DGB. So war es auch wenig verwunderlich, daß sich die Diskussion auf dem bisherigen Stand der bundesdeutschen Friedensbewe-



gung bewegte. Beängstigend wurde sie, als die Mehrheit der bundesdeutschen Teilnehmer sich weigerte, sich mit anderen Auffassungen der internationalen Friedensbewegung auseinanderzusetzen. So belegte man einen Sprecher der norwegischen Gewerkschaften mit Buhrufen, als er die Auffassung seines Verbandes darlegte, wonach sich der Hauptstoß der internationalen Friedensbewegung gegen beide Supermächte richten müsse und die Befreiungsbewegungen in El Salvador *und* Afghanistan sowie die Bestrebungen für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa unter Einschluß eines Teils der Sowjetunion als wichtige Faktoren für den Frieden gestärkt werden müssen. Zur Farce wurde die ganze Sache, als man sich der anwesenden nichtdeutschen Kollegen bediente, auf innerorganisatorische Differenzen im DGB über die Beteiligung an der Demonstration am 10.10. in Bonn einzuwirken. Es ist überaus erfreulich, wenn spontan viele dänische, österreichische und Schweizer Kollegen und Gewerkschaftsdelegierte erklären, daß sie ebenfalls zu dieser Demonstration aufrufen werden. Es zeugt aber von wenig gewerkschaftlichem Verständnis, wenn in einer internationalen Resolution über Frieden und Abrüstung der DGB aufgefordert wird, den Nichtunterstützungsbeschluß zum 10.10. zurückzunehmen. Österreichische Delegierte, die erklärten, daß sie zu so einer Aufforderung kein Mandat haben, wurden wiederum ausgepfiffen.

Erfreulich hingegen waren das Auftreten einiger gewerkschaftlicher Kultur- und Songgruppen sowie die spontane Organisierung von Gesprächen mit südafrikanischen, irischen und kritischen spanischen Gewerkschaftern, mit Kollegen von der GdP über den „Prügelknaben Polizist" und nicht zuletzt die Unterstützung der Küchenbeschäftigten, die während des Camps dreimal die Arbeit niederlegten, um die Auszahlung ihres Lohnes durchzusetzen.

Schweden:

Programmatische Einheit für 6-Stunden-Tag

coi.Stockholm. Seit 1972 gilt in Schweden die gesetzliche 40-Stunden-Woche. Bereits im selben Jahr legte der sozialdemokratische Frauenbund in seinem langfristigen .Aktionsprogramm als Hauptforderungen fest: Arbeit für alle, öffentliche Betreuung aller Kinder vom 6. Monat an, und eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel des 6-stündigen Arbeitstages für alle. 1975 nahm der Kongreß der sozialdemokratischen Partei die Forderung nach „schrittweiser Verkürzung der Arbeitszeit mit der Perspektive der 30-Stunden-Arbeitswoche, 6-Stunden-Tag" an. Und der LO-Kongreß von 1976 beschloß, daß „sich LO für eine fortgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit mit der langfristigen Zielsetzung des 6-stündigen Arbeitstages einsetzen wird".

Die schwedische Arbeiterbewegung ist also seit Mitte der siebziger Jahre programmatisch auf der Forderung nach dem 6-Stunden-Arbeitstag vereinheitlicht. Was hat sie bisher erreicht?

1977 hat LO die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Untertagearbeiter (Erzgruben) und der Arbeiter in kontinuierlicher Schichtarbeit auf 35 Stunden tariflich vereinbart. Seitdem beträgt die Arbeitszeit der Konti-Schichtarbeiter mit freien Feiertagen wie Ostern und Weihnachten 36 Stunden und die der Konti-Schichtler mit Wochenendunterbrechung 38 Stunden. Neben diesen Wochenarbeitszeitverkürzungen bei im großen und ganzen vollem Lohnausgleich konnte die Arbeiterbewegung 1978 den gesetzlichen bezahlten Urlaub von 5 Wochen für alle Lohnabhängigen sowie „Elternurlaub" und „Teilrente" auf Sozialversicherungsbasis durchsetzen.

Im Zusammenhang mit den diesjährigen Kongressen aller LO-gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen hat die Frage der Arbeitszeitverkürzung erneut Aktualität bekommen, und es sind auf dem Hintergrund der tiefen ökonomischen Krise unterschiedliche Auffassungen über die unmittelbaren Ziele deutlich geworden.

Der Kongreß der *Metallarbeitergewerkschaft* hat im Juni festgehalten: „... manchmal wird die Forderung nach einer schnellen Einführung des 6-Stunden-Arbeitstages vorgetragen. Es ist möglich, daß wir igendwann einmal in der Zukunft dahin gelangen. Aber wir sollten uns dessen bewußt sein, daß es eine äußerst teure Form ist. Würden wir auf alle Lohnerhöhungen und auf alle gesellschaftlichen Reformen verzichten, so würde es trotzdem ungefähr 15 Jahre dauern, die Arbeitszeit

beträgt die Arbeitszeit der Konti-Schichtarbeiter mit freien Feiertagen wie Ostern und Weihnachten 36 Stunden und die der Konti-Schichtler mit Wochenendunterbrechung 38 Stunden. Neben diesen Wochenarbeitszeitverkürzungen bei im großen und ganzen vollem Lohnausgleich konnte die Arbeiterbewegung 1978 den gesetzlichen bezahlten Urlaub von 5 Wochen für alle Lohnabhängigen sowie „Elternurlaub" und „Teilrente" auf Sozialversicherungsbasis durchsetzen.
Im Zusammenhang mit den diesjährigen Kongressen aller LO-gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen hat die Frage der Arbeitszeitverkürzung erneut Aktualität bekommen, und es sind auf dem Hintergrund der tiefen ökonomischen Krise unterschiedliche Auffassungen über die unmittelbaren Ziele deutlich geworden.
Der Kongreß der *Metallarbeitergewerkschaft* hat im Juni festgehalten: „... manchmal wird die Forderung nach einer schnellen Einführung des 6-Stunden-Arbeitstages vorgetragen. Es ist möglich, daß wir igendwann einmal in der Zukunft dahin gelangen. Aber wir sollten uns dessen bewußt sein, daß es eine äußerst teure Form ist. Würden wir auf alle Lohnerhöhungen und auf alle gesellschaftlichen Reformen verzichten, so würde es trotzdem ungefähr 15 Jahre dauern, die Arbeitszeit

von 8 auf 6 Stunden bei der gegenwärtigen ökonomischen Zuwachsrate zu verkürzen. Wenn wir es schneller machen wollen, muß es um den Preis einer Standardsenkung geschehen ... Anstelle von allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen sollten wir damit fortfahren, Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen für besondere Gruppen zu stellen. In erster Linie sollte dabei die Arbeitszeit für Menschen mit ungünstigen Arbeitszeiten verkürzt werden, vor allem ... bei Zweischichtarbeit. Eine andere wichtige Reformforderung ist, daß die gegenwärtigen Bestimmungen, die das Recht auf kürzere Arbeitszeit für Eltern von Kleinkindern betreffen, ergänzt werden mit Vergütungsregelungen."

Der Kongreß des *Sozialdemokratischen Frauenbundes* im August hielt dagegen an der Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel des 6-Stunden-Tages fest. Er trat vor allem gegen das Argument auf, für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung gebe es keinen ökonomischen Spielraum. Er führte dagegen nicht nur, wie üblich, die Arbeitslosen auf, sondern vor allem den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten, die mit ca. 1 Million fast ein Viertel aller Lohnabhängigen stellen und fast alle sind Frauen. Was viele Frauen an der Ausübung eines Vollzeitjobs hindere, sei neben Mangel an öffentlicher Kinderversorgung – nur ca. 15% aller teilzeitarbeitenden Mütter haben eine Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder – die Belastung mit Haushalt und Familie. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung würde bei gleichzeitigem Ausbau der Kindergärten und -krippen vielen Frauen den Weg zu einer Vollzeitbeschäftigung dadurch eröffnen, daß sie dann durch die häusliche Mitarbeit der Ehemänner entlastet werden könnten. Der schwedische Frauenbund ist gegenüber einem weiteren Ausbau des „Elternurlaubs" kritisch, auch wenn er, ebenso wie die Metallgewerkschaft, eine erweiterte Vergütungsregelung befürwortet. Die Kritik deckt sich mit der ablehnenden Haltung der westdeutschen „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" gegenüber Sonderregelungen für Eltern kleiner Kinder (siehe KVZ 28/81).

Der kürzlich veröffentlichte Bericht zur Arbeitszeitverkürzung an die im September stattfindenden Kongresse von LO und der Sozialdemokratischen Partei enthält im wesentlichen die Gesichtspunkte des Frauenverbandes. Der Bericht sollte auch einen „Beitrag leisten zur Diskussion um die Strategie, wie wir möglichst schnell mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ... beginnen können". Herausgekommen ist neben einer Reihe von Untersuchungsaufgaben eine vage Ankündigung, daß „unter Voraussetzung einer solchen Politik (nämlich einer sozialdemokratischen Wirtschaftssanierung, d.Verf.) das Ziel sein könnte, bereits während der 80er Jahre den ersten Schritt in Richtung auf eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu machen". Es drückt sich darin eine gewisse Hilflosigkeit aus, Schritte zur Durchsetzung

schäftigung dadurch eröffnen, daß sie dann durch die häusliche Mitarbeit der Ehemänner entlastet werden könnten. Der schwedische Frauenbund ist gegenüber einem weiteren Ausbau des „Elternurlaubs" kritisch, auch wenn er, ebenso wie die Metallgewerkschaft, eine erweiterte Vergütungsregelung befürwortet. Die Kritik deckt sich mit der ablehnenden Haltung der westdeutschen „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" gegenüber Sonderregelungen für Eltern kleiner Kinder (siehe KVZ 28/81).
Der kürzlich veröffentlichte Bericht zur Arbeitszeitverkürzung an die im September stattfindenden Kongresse von LO und der Sozialdemokratischen Partei enthält im wesentlichen die Gesichtspunkte des Frauenverbandes. Der Bericht sollte auch einen „Beitrag leisten zur Diskussion um die Strategie, wie wir möglichst schnell mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ... beginnen können". Herausgekommen ist neben einer Reihe von Untersuchungsaufgaben eine vage Ankündigung, daß „unter Voraussetzung einer solchen Politik (nämlich einer sozialdemokratischen Wirtschaftssanierung, d.Verf.) das Ziel sein könnte, bereits während der 80er Jahre den ersten Schritt in Richtung auf eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu machen". Es drückt sich darin eine gewisse Hilflosigkeit aus, Schritte zur Durchsetzung

der Programmforderung zu finden.

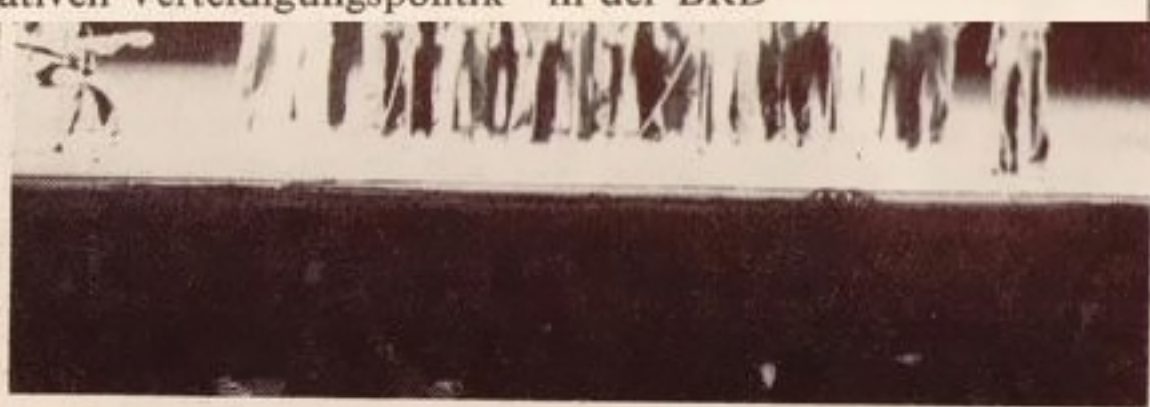
Die bereits in den vergangenen Lohnrunden von der Metallgewerkschaft begonnenen Versuche, die Arbeitszeit der Zweischichtler auf 38 Wochenstunden zu verkürzen, scheinen gegenwärtig die erfolgversprechendsten Bemühungen in dieser Richtung zu sein, auch wenn die Metallgewerkschaft von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung vorerst nichts wissen will.

Zeitschrift „Metall"

„Raus aus dem Teufelskreis"

Zur „alternativen Verteidigungspolitik" in der BRD

te in ihrer Mitgliedschaft vorher eine Spendensammlung durchgeführt, durch die gewährleistet worden war, daß Kollegen aus einigen Ländern der Dritten Welt auch schon an dem Vorbereitungstreffen teilnehmen konnten.
So zufrieden, wie die Teilnehmer mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Vorbereitungstreffens waren, so enttäuscht waren viele über das eigentliche Weltjugendtreffen im Camp bei Sevilla. Angefangen von den unzureichend ausgelegten sanitären Einrichtungen, über unmögliche Arbeitsbedingungen der Simultandolmetscher bis zum fehlenden 380-Volt-Anschluß für die Musikaußenanlage klappte die Organisation, die der IBFG im wesentlichen der UGT aufgetragen hatte, nur selten.
Doch auch andere Dinge spielten eine wichtige Rolle dafür, daß das Treffen teilweise zur Farce wurde. So führte eine oft mangelhafte Vorbereitung einiger nationaler Gewerkschaftsorganisationen im Heimatland über die inhaltlichen Punkte, die dort diskutiert werden sollten, oft dazu, daß man die Kollegen aus Taiwan, Japan, Belgien,



gung bewegte. Beängstigend wurde sie, als die Mehrheit der bundesdeutschen Teilnehmer sich weigerte, sich mit anderen Auffassungen der internationalen Friedensbewegung auseinanderzusetzen. So belegte man einen Sprecher der norwegischen Gewerkschaften mit Buhrufen, als er die Auffassung seines Verbandes darlegte, wonach sich der Hauptstoß der internationalen Friedensbewegung gegen beide Supermächte richten müsse und die Befreiungsbewegungen in El Salvador *und* Afghanistan sowie die Bestrebungen für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa unter Einschluß eines Teils der Sowjetunion als wichtige Faknehmen. Österreichische Delegierte, die erklärten, daß sie zu so einer Aufforderung kein Mandat haben, wurden wiederum ausgepfiffen.
Erfreulich hingegen waren das Auftreten einiger gewerkschaftlicher Kultur- und Songgruppen sowie die spontane Organisierung von Gesprächen mit südafrikanischen, irischen und kritischen spanischen Gewerkschaftern, mit Kollegen von der GdP über den „Prügelknaben Polizist" und nicht zuletzt die Unterstützung der Küchenbeschäftigten, die während des Camps dreimal die Arbeit niederlegten, um die Auszahlung ihres Lohnes durchzusetzen.
Zeitschrift „Metall"
„Raus aus dem Teufelskreis"
Zur „alternativen Verteidigungspolitik" in der BRD

Die Art und Weise, in der die Bundesrepublik gegen einen möglichen militärischen Angriff verteidigt werden kann, ist über Jahre hinweg fast ausschließlich Gegenstand von Expertendiskussionen gewesen. Schlagworte wie „massive Vergeltung", „flexible Antwort" oder „Vorneverteidigung" sind in ihrer wahren Bedeutung den meisten Menschen in unserem Land unklar geblieben. Erst die Auseinandersetzung über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und jetzt ganz sicher der Bau der Neutronenbombe haben zu einer breiten Diskussion über das militärische Gleichgewicht und über Möglichkeit (oder Unmöglichkeit) der Verteidigung der Bundesrepublik geführt.

Es wird immer klarer, daß für die Bundesrepublik grundsätzlich nur solche Verteidigungskonzepte vernünftig sind, bei denen wir als Volk im Kriegsfall überleben. Vielen Menschen erscheint dies bei den gegenwärtig verfolgten Konzepten immer zweifelhafter.

Während in den siebziger Jahren nicht nur Optimisten an die Möglichkeit der kontrollierten Abrüstung glaubten, sind heute Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik wieder gefragt. Die Hoffnungen, die gerade auch in der Bundesrepublik mit dem Entspannungsprozeß der frühen siebziger Jahre verbunden waren, hatten die Erwartung eingeschlossen, daß es zu einer Begrenzung und dann auch zu einem Abbau der atomaren Waffen (Salt) und in Europa zu einer Reduzierung der Truppen (MBFR) kommen könnte.

In beiden Bereichen gibt es inzwischen wohl kaum noch realistische Möglichkeiten; für viele ist inzwischen die immer wieder beschworene Erhaltung des Gleichgewichts nichts weiter als ein Vorwand, um den Rüstungswettlauf weiter zu beschleunigen.

Bisher beschränkt sich die Diskussion im wesentlichen auf Kritik. Aber es reicht ganz sicher nicht aus, die Gefahren der gegenwärtigen Militärpolitik immer wieder darzustellen. Alternativen müssen erarbeitet werden.

Und solche Alternativen sind vorhanden, auch wenn sie bisher – genau

---

acm. Der Artikel aus „Metall" 17/81 stellt durch die Darstellung von „alternativer Verteidigungspolitik" im Zusammenhang mit der Loslösung von der erfolglosen Entspannungspolitik, einen Fortschritt dar.

---

wie die etablierten Verteidigungskonzepte – vorwiegend in Expertenkreisen gehandelt werden.

Im atomaren Bereich gewinnt die Idee der atomwaffenfreien Zone in Europa – im Grunde ein „entspannungspolitischer Ladenhüter" – neue Anhänger, vor allem in England und Skandinavien. Der einfache Grundgedanke ist: Wenn die beiden Supermächte immer weiter hochrüsten, wenn außerdem die Drohung durch die angehäuften und immer raffinierter werdenden ABC-Waffen wächst – was liegt dann näher als zu versuchen, die Supermächte so weit wie möglich auseinanderzuhalten und eine atomwaffenfreie Zone zwischen beiden zu schaffen?

Die Bundesrepublik würde im Falle eines atomaren Krieges vor allen anderen zum atomaren Schlachtfeld werden. Es wäre deshalb leichtfertig, solche Überlegungen aus unserer Sicht von vorneherein als utopisch und damit bedeutungslos zur Seite zu schieben.

Der Bau und die eventuelle Einführung der Neutronenbombe hat aber auch Aufbau und Bewaffnung der Bundeswehr selbst in die Diskussion gebracht. Dabei ist von vornherein klar, daß eine Verteidigungsarmee anders ausgerüstet und aufgebaut sein muß als der angenommene Gegner, dem man ja Angriffsabsichten unterstellt. Darüber hinaus muß unsere Verteidigung so ausgerichtet sein, daß sie die Ausweitung zum atomaren Schlagabtausch mit größtmöglicher Sicherheit ausschließt. Gerade die Neutronenwaffe macht aber diese Ausweitung wahrscheinlicher.

Alternative Konzepte

Das bekannteste Konzept defensiver Verteidigung wurde schon 1976 vorgelegt. Der Verfasser, Horst Afheldt aus dem Starnberger Max-Planck-Institut, will den Verteidigungsauftrag von den potentiell offensiven Panzern und Flugzeugen auf etwa 10000 „Technokommandos" übertragen, die in einem gleichmäßigen Netz die ganze Bundesrepublik überziehen sollen.

Die große Schlacht, die zur Vernichtung menschlichen Lebens in der Bundesrepublik führen würde, soll ersetzt werden durch eine Serie kleinerer Aktionen. Die Kommandos in der Stärke von etwa 20 Mann sind so klein und auch wieder so zahlreich, daß sie keine sinnvollen Ziele für größere Schläge mit konventionellen oder atomaren Waffen bieten. Zudem sollen sie grundsätzlich nur außerhalb von Ortschaften operieren und den Feind innerhalb der Verdichtungsgebiete auch nicht angreifen. Darum hätte die Bevölkerung eine hohe Überlebenschance.

Mit diesem Konzept soll erreicht werden, daß ein möglicher Angreifer durch zwei Überlegungen zurückgehalten wird. Einmal soll ihm klar werden, daß mit einer schnellen Eroberung in wenigen Stunden oder Tagen nicht zu rechnen ist, und zum zweiten soll er sich seine hohen Verluste bei einem Angriff im voraus vor Augen führen können.

Die heute gebräuchlichen Waffensysteme, vor allem Mittelstreckenraketen, aber auch Neutronenbomben, können immer auch für einen Angriff auf das gegnerische Territorium genutzt werden. Sie werden deshalb von der Gegenseite als Bedrohung empfunden und fordern die frühzeitige Zerstörung geradezu heraus. Defensive Rüstung erfordert keine großen zentralen militärischen Anlagen und Truppenmassierungen. Eher als durch eigene Raketen könnten so die sowjetischen SS 20 ihren militärischen Sinn verlieren.

Alternative Verteidigungskonzepte gibt es nicht als Patentrezept. Die zunehmenden Zweifel daran, daß unsere Sicherheit nur auf dem jetzt eingeschlagenen Weg gewährleistet werden kann, zwingen uns aber dazu, über Mittel und Wege nachzudenken, aus dem Teufelskreis des Wettrüstens auszubrechen. Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften müssen bei diesen Bemühungen an erster Stelle stehen.

Allein machen sie dich ein – gemeinsam sind wir unausstehlich!

Von Uwe Degreif, Stuttgart

Soviel steht schon vor Beginn des 1. Stuttgarter Berber-Kongreß am 12./13. September fest: „Penner“, „Stadtratten“, „staatlich subventionierte Stadtstreicher“ haben *sich selbst* einen Namen gegeben: Berber. Und die bürgerliche Presse kommt nicht umhin, ihn zu benutzen. Man mag das als geringen Erfolg ansehen, es ist aber ein notwendiger Schritt, sich zu sammeln, aus der Anonymität des Elends herauszutreten und „dem Elend einen kollektiven Rahmen geben“, wie es Fritz Fundis, Mitinitiator des Kongresses, in dem unten abgedruckten Interview formulierte. Der Kongreß ist ein Kettenglied in einer Reihe von öffentlichen Aktionen, die die Berber in Stuttgart schon seit langem durchführen.

„Nichtseßhafte“? Es ist nicht ein irgendwie gearteter Wandertrieb, den ein Teil der Menschen seit der Vertreibung aus dem Paradies in sich hat, sondern es sind die Platzverweise, Polizeistreifen, Bahnfahrkarten statt Wohnungen, die sie an die Stadtränder und durchs Land treiben. „Arbeitsscheue“? Arbeitunfähig, zum Teil, und krank. Ab 5 Uhr morgens sammeln sich Hundert vor der Börse, wo sich in Stuttgart ein separater Arbeitsmarkt herausgebildet hat. 70 werden heimgeschickt, der Rest darf arbeiten und schwer: Möbel und Kohlensäcke schleppen, Getränke- und Obstkisten heben für 7,80 DM in der Stunde und ohne Versicherungsschutz. Wer mit 40 anderen in einem Raum geschlafen hat, ist beim Aufstehen noch todmüde. Schichtarbeit kann unter diesen Bedingungen erst gar nicht aufgenommen werden. „Verwahrloste“? Wie schnell würde jeder so aussehen, wenn sämtliches Hab in drei Plastiktüten verstaut, tagsüber in den Schließfächern der Bahnhöfe modert und nachts neben den Feldbetten auf dem Fußboden liegt?

Berber zu sein, das ist heute nicht das allgemeine Schicksal der Lohnabhängigen. Der lange und auch erfolgreiche Kampf der Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Organisationen hat das gewendet: Kranken-, Renten-, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung und Tarifverträge verhindern das; gesetzmäßige Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise wie Entwurzelung, Arbeitsunfälle, Arbeitslosigkeit von Millionen ziehen nicht mehr zwangsläufig Elend nach sich. Aber der Arbeiter ist darauf angewiesen, stets erneut seine Arbeitskraft anzubieten und über kurz oder lang einen Käufer zu einem anständigen Preis zu finden. Ansonsten kann der Kreislauf eines der 80000 Berber beginnen: ohne Arbeit, keine Wohnung, ohne Wohnung, keine Arbeit.

Die Frage lautet auch: Wie zurück? Eine Antwort gibt es bisher nicht. Das Rezept des bürgerlichen Staates durch Minimalisierung der Unterstützung bewirkt nichts. In dieser Lage hört Armut auf, lediglich ein ökonomischer Begriff zu sein, sondern wird zum Inbegriff der Entrechtung, Erniedrigung und des Fehlverhaltens. Ob „Gruppenansatz“ und „Streetwork“ (Fundis) *auf Dauer* erfolgreich sein können, bezweifle ich.



Mindestwerte, wieviel Wohnraum ein in Not geratener Mensch zu einer menschenwürdigen Unterbringung beanspruchen kann, gibt es nicht. Die Richtlinien für die Unterbringung von Ausländern in der BRD von 1971 sehen u.a. 6 m² / Person, nicht mehr als 4 Betten pro Raum, für jeden einen verschließbaren Schrank vor. Die städtische Notübernachtungsstelle Christophstraße (Bild), vorgesehen für 80 Plätze, ist regelmäßig mit 200 und mehr Männer, 40 in einem Schlafsaal, belegt, im ganzen Haus sind 3 Toiletten und 4 Duschen. Im Januar wurde das angrenzende Gebäude der ehemaligen Württembergischen Bibelanstalt besetzt.

beitslosigkeit von Millionen ziehen nicht mehr zwangsläufig Elend nach sich. Aber der Arbeiter ist darauf angewiesen, stets erneut seine Arbeitskraft anzubieten und über kurz oder lang einen Käufer zu einem anständigen Preis zu finden. Ansonsten kann der Kreislauf eines der 80000 Berber beginnen: ohne Arbeit, keine Wohnung, ohne Wohnung, keine Arbeit.

Die Frage lautet auch: Wie zurück? Eine Antwort gibt es bisher nicht. Das Rezept des bürgerlichen Staates durch Minimalisierung der Unterstützung bewirkt nichts. In dieser Lage hört Armut auf, lediglich ein ökonomischer Begriff zu sein, sondern wird zum Inbegriff der Entrechtung, Erniedrigung und des Fehlverhaltens. Ob „Gruppenansatz“ und „Streetwork“ (Fundis) *auf Dauer* erfolgreich sein können, bezweifle ich.

Warum wurdest Du entlassen, was war Deine Tätigkeit?

Fundis: Im Zuge unserer Arbeit als Streetworker haben wir alle Jahre eine Dokumentation für den Gemeinderat machen müssen, und der letzte wurde gar nicht mehr vom Leiter des Sozialamtes angenommen, sondern abgelehnt wegen Einseitigkeit. Wir hatten auf unsere Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen, die Infostände, Unterschriftensammlungen usw. – abgelehnt wegen „militanter“ Öffentlichkeitsarbeit, Partnerschaft zwischen Stadt und Öffentlichkeit sei zerstört worden, unwissenschaftlich, und all so ein Zeugs. Sie wollten mich schon lange rausschmeißen, und Anlaß war dann, daß ich meine Dienstpflicht und Schweigepflicht brach: Als ich erfuhr, daß die Stadt plant, 30 Berber aus einer Fabrik rauszuschmeißen, wo die wohnten, da ha-

Warum wurdest Du entlassen, was war Deine Tätigkeit?
Fundis: Im Zuge unserer Arbeit als Streetworker haben wir alle Jahre eine Dokumentation für den Gemeinderat machen müssen, und der letzte wurde gar nicht mehr vom Leiter des Sozialamtes angenommen, sondern abgelehnt wegen Einseitigkeit. Wir hatten auf unsere Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen, die Infostände, Unterschriftensammlungen usw. – abgelehnt wegen „militanter“ Öffentlichkeitsarbeit, Partnerschaft zwischen Stadt und Öffentlichkeit sei zerstört worden, unwissenschaftlich, und all so ein Zeugs. Sie wollten mich schon lange rausschmeißen, und Anlaß war dann, daß ich meine Dienstpflicht und Schweigepflicht brach: Als ich erfuhr, daß die Stadt plant, 30 Berber aus einer Fabrik rauszuschmeißen, wo die wohnten, da ha-

ben wir Infostände gemacht und Wohnraum gefordert und 2000 Unterschriften gesammelt. Ich sollte eine riesige Liste unterschreiben, wo ich mich von allen Aktionen distanziere, daß ich auf dem Boden der fdGO stehe und so. Ich habe das abgelehnt und keine Lust mehr gehabt, diesen täglichen Kleinkrieg mitzumachen. Mit mir wurde ein ZDLer versetzt ins Altersheim, und jetzt haben sie ihn einbestellt und ihn unterschreiben lassen, daß er sich nicht am Berber-Kongreß beteiligt, ansonsten würde ihm Gefängnis drohen wegen dienstlicher Vergehen.

Wer ist Initiator des Kongresses?

Fundis: Die Berber-Initiative Stuttgart und einige Berber, die zum Teil aber im Moment im Knast sitzen.

Wer ist ein Berber?

Fundis: Berber sind im Volksmund die Obdachlosen, Nichtseßhaften, Penner. Berber sagen von sich selbst, daß sie Berber sind, das ist denen ihr Wort für ihre Kultur, ihr Leben.

Sinti z.B. sind ja auch nichtseßhaft, aber mit einem eigenen Selbstverständnis, einer eigenen Kultur. Was ist das Selbstverständnis der Berber?

Fundis: Es gab schon einmal ein eigenes Selbstverständnis, Ausdruck davon war der 1. Kongreß 1929, es gab Verbindungen zur Arbeiterbewegung, aber das ist im Dritten Reich alles zerstört worden. Entweder Gaskammer oder SA. Und einige gibt es noch, die das miterlebt haben. Ihr eigenes Selbstbewußtsein ist sehr gering, aber an diesem Punkt müssen wir ansetzen. Der gemeinsame Ansatz ist ihre Armut. Arbeitsplätze werden ihnen vorenthalten, Wohnungen, Kultur, für sie gelten die üblichen formaljuristischen Rechte nicht, Vorenthaltung aller gesellschaftlichen Errungenschaften, alles was die Arbeiterbewegung sich erkämpft hat, Rentenversicherung, Krankenversicherung. Das ist ihre gemeinsame Identität. Ein Berber lehnt Massenunterkünfte, so entindividualisierte Kisten, total ab und bleibt lieber im Freien. Die Berber, die in städtischen Heimen festhängen, sind meiner Meinung nach kaputter, lassen sich eher fertig machen, sind bereit, in der Arbeitsfürsorge für 5 Mark zu arbeiten usw. Berber sind Teil der Arbeiterklasse und lassen sich damit nicht abspeisen. Sie verweigern die gesellschaftliche Reintegration, als Kamel durch das Nadelöhr zu gehen.

Gibt es bereits Ansätze oder Verbindungen zu den Gewerkschaften?

Fundis: Nein, nichts. Aber den Kon-

üblichen formaljuristischen Rechte nicht, Vorenthaltung aller gesellschaftlichen Errungenschaften, alles was die Arbeiterbewegung sich erkämpft hat, Rentenversicherung, Krankenversicherung. Das ist ihre gemeinsame Identität. Ein Berber lehnt Massenunterkünfte, so entindividualisierte Kisten, total ab und bleibt lieber im Freien. Die Berber, die in städtischen Heimen festhängen, sind meiner Meinung nach kaputter, lassen sich eher fertig machen, sind bereit, in der Arbeitsfürsorge für 5 Mark zu arbeiten usw. Berber sind Teil der Arbeiterklasse und lassen sich damit nicht abspeisen. Sie verweigern die gesellschaftliche Reintegration, als Kamel durch das Nadelöhr zu gehen.
Gibt es bereits Ansätze oder Verbindungen zu den Gewerkschaften?
Fundis: Nein, nichts. Aber den Kon-

greß wollen wir dazu nutzen. Wir machen eine Arbeitsgruppe mit Sozialarbeitern und wollen so Verbindungen zur Gewerkschaft herstellen. Ein Ansatzpunkt ist ja, daß ein Steigen der Arbeitslosenzahlen regelmäßig ein Ansteigen der Berber hervorbringt. Die ökonomischen Krisen auf der einen Seite, die politischen auf der anderen Seite: DDR-Mauerbau, viele Typen, die im Spannungsfeld BRD – DDR westemigriert sind und hier keinen Anschluß gekriegt haben, effektiv keinen Anschluß …

Worin unterscheiden sich die?

Fundis: Darin, daß sie streng antikommunistisch sind, denn der Antikommunismus ist quasi ihre Triebfeder. Und sie können gar nicht zugeben, daß es hier auch Scheiße läuft, sonst würden sie ganz auseinanderkippen.

Tragen sie diese Probleme untereinander aus?

Fundis: Schon, aber das läuft mehr auf der nonverbalen, emotionalen Ebene ab. Viele führen ihre Lage ja auch auf Ausländer zurück, da hinkt das Bewußtsein hinter ihren Erfahrungen, hinter der Praxis vollständig hinterher. Selbst strenge Antikommunisten haben was gegen den Staat, bloß denken sie, wenn der Staat noch ein Stück reaktionärer wäre, wäre es besser. Manche verkaufen sich auch an die Polizei und zeigen andere an, aber die meisten merken, daß der Berber-Kongreß was Gutes für sie ist. Viele Kräfte für den Widerstand werden halt auch im Alkohol ersoffen.

Wie gehst Du das Problem mit der Sauferei an?

Fundis: Wenn du hergehst und sagst, du bist Alkoholiker, du gehörst entzogen, dann läuft nichts. Du mußt zum Alkohol eine Alternative setzen; sie saufen, weil sie keine Perspektive haben. Ein Manager säuft aus einem anderen Grund wie ein Arbeiter am Band. Berber ersaufen das Leben, das quasi immer nur bergab geht, niemals bergauf. Biwak machen bei minus 10 Grad, das läßt sich nur im Rausch erleben. Aber wir haben auch die Erfahrung gemacht, als wir Infostände und die Demonstration vorbereiteten (nach dem Erfrierungstod von 3 Berbern im Winter 1979/80 von 200 Berbern durchgeführt, d. Verf.), als die Hausbesetzungen vorbereitet und durchgeführt wurden, da ist nicht gesoffen worden. Wenn du eine andere Perspektive hast, dann ist der Punkt erreicht, über Alkohol zu reden.

Ist dies der Ausgangspunkt für Sozialarbeiter?

Fundis: Ja, das sollte er sein, aber so ist es nicht. Totale Reglementierung in den Heimen, Individualisierung des Elends „Du bist selbst schuld“, und wenn's einer nicht kapiert, muß er the-

ben. Ein Manager säuft aus einem anderen Grund wie ein Arbeiter am Band. Berber ersaufen das Leben, das quasi immer nur bergab geht, niemals bergauf. Biwak machen bei minus 10 Grad, das läßt sich nur im Rausch erleben. Aber wir haben auch die Erfahrung gemacht, als wir Infostände und die Demonstration vorbereiteten (nach dem Erfrierungstod von 3 Berbern im Winter 1979/80 von 200 Berbern durchgeführt, d. Verf.), als die Hausbesetzungen vorbereitet und durchgeführt wurden, da ist nicht gesoffen worden. Wenn du eine andere Perspektive hast, dann ist der Punkt erreicht, über Alkohol zu reden.
Ist dies der Ausgangspunkt für Sozialarbeiter?
Fundis: Ja, das sollte er sein, aber so ist es nicht. Totale Reglementierung in den Heimen, Individualisierung des Elends „Du bist selbst schuld“, und wenn's einer nicht kapiert, muß er the-

rapiert werden. Die Sozialarbeiter haben die Therapiekiste im Kopf, mit Therapie läßt sich die Stelle höher bewerten – selbst bei linken Sozialarbeitern ist dieser Ansatz sehr verbreitet. Therapie ist immer Individualisierung des Elends, du bist sprachlich schlecht, du hast eine schlechte Ausbildung und kannst so im Kampf um die Wohnungen schlecht bestehen usw. Dazu Ausgangsbeschränkungen, sinnlose Arbeit für 70 DM im Monat.

Und was war euer Ansatz?

Fundis: Unser Ansatz war Streetwork. Es ist die progressivste Form von Sozialarbeit, aber auch die gefährlichste. Streetwork hat ja auch was mit Jugendpolizei zu tun. Wir haben gesagt, gegen Armut fordern wir Wohnraum. Die Sozialarbeiter haben gesagt: Ja, wenn Wohnraum, dann nach Fallzahlen, 18 pro Sozialarbeiter z.B. Wir haben gesagt, egal wieviel, der Gruppenansatz ist entscheidend, die Berber haben genug Power, um die Schwachen mitzuziehen, sie sollen als Gruppe eine Wohnung bekommen und wenn nicht, dann besetzen. In der Notunterkunft Christophstraße haben wir gute Erfahrungen gemacht, Gruppen mit 40 – 50 Leuten in Arbeitskreisen über Verletzungen der Justiz, Vorenthaltung von Leistungen, Ursachen der gesellschaftlichen Armut u.a. Vorher angekündigt, und dann sind die gekommen.

Was befürchtet Rommel bei dem Kongreß?

Fundis: Daß das Elend einen kollektiven Rahmen bekommt, daß das Fernsehen kommt, Radio, Presse usw. Alles was nach Kollektivität stinkt, was das Problem Armut offensichtlich macht.

Rommel jammert, ausgerechnet in Stuttgart.

Fundis: Rommel macht nur, was im Bundessozialhilfegesetz drinsteht. Mehr nicht.* Die meisten Städte machen fast gar nichts, zahlen Sozialhilfe nur aus, wenn einer einen festen Wohnsitz hat. Hier mal 5 Mark, da einen Gutschein, dort eine Fahrkarte. Schikanen auf den Sozialämtern, das ist garantiert, mehr nicht.

Leuten in Arbeitskreisen über Verletzungen der Justiz, Vorenthaltung von Leistungen, Ursachen der gesellschaftlichen Armut u.a. Vorher angekündigt, und dann sind die gekommen.
Was befürchtet Rommel bei dem Kongreß?
Fundis: Daß das Elend einen kollektiven Rahmen bekommt, daß das Fernsehen kommt, Radio, Presse usw. Alles was nach Kollektivität stinkt, was das Problem Armut offensichtlich macht.
Rommel jammert, ausgerechnet in Stuttgart.
Fundis: Rommel macht nur, was im Bundessozialhilfegesetz drinsteht. Mehr nicht.* Die meisten Städte machen fast gar nichts, zahlen Sozialhilfe nur aus, wenn einer einen festen Wohnsitz hat. Hier mal 5 Mark, da einen Gutschein, dort eine Fahrkarte. Schikanen auf den Sozialämtern, das ist garantiert, mehr nicht.

Rommel sagt, weil er soviel gibt, würden so viele Berber kommen und jetzt das ganze System gefährden. Statt Bargeld nur noch Essenbons.

Fundis: Es ist eine Tatsache, daß dort, wo viel Reichtum ist, auch die Armut ist. Die Berber kommen nicht wegen der 13,80 DM am Tag nach Stuttgart, sondern weil es hier eher Arbeit gibt als auf dem Land. Die Hoffnung, Arbeit zu finden, und die Anonymität der Großstadt. Jede Großstadt hat ihre Sogwirkung. Und die Schwelle ist doch da: Barauszahlung, wer mindestens ein Jahr in Stuttgart ist, ansonsten Gutschein, und die, die neu ankommen, bekommen fast gar nichts. Das gibt es doch alles schon. Wir wollen, daß als erstes alle Städte die gesetzlichen Mindestleistungen einhalten.

Dies ist eine eurer Forderungen, gibt es weitere?

Fundis: Abschaffung aller Heime und Asyle. Tariflohn für Heime. Vollversammlungen. Wohnung für jeden. Daß Berber nicht immer nur Subjekt sind, denen man nach Gutdünken sagen kann, ihr bekommt soviel und mehr nicht.

Was drückt das Motto aus „Allein machen sie dich ein, gemeinsam sind wir unausstehlich“?

Fundis: Wir wollen die Negation „Ihr seid unausstehlich, unansehlich, dreckig“ überspitzt darstellen. Negation, um nicht in die Legitimationshaltung zu kommen „nein, wir sind nicht unausstehlich, nicht dreckig, wir wollen sauber sein“, sondern provozierend: „Ja, so sind wir, das ist uns gemeinsam.“

Was plant Ihr an Aktionen? Wer soll kommen?

Fundis: Der Kongreß findet im Freien statt, mit Arbeitsgruppen, Reden und u.U. einer Demonstration zum Knast und zu den Einrichtungen. Wir wollen, daß die Berber, die das genauso sehen, die noch kämpfen wollen, kommen. Wer so bewußt ist, daß er wegen dem Kongreß von Hamburg nach Stuttgart kommt, der ist uns wichtig. Und daß woanders Initiativen entstehen, wie jetzt z.B. in Kassel, Hannover, Bremen, Köln. Das gelang uns über einen Artikel in der „Tageszeitung“. Und solch eine Multiplikatorfunktion soll auch dieser Kongreß haben. Aber gesichert ist er noch nicht. Die Polizei geht zu den Berbern hin und sagt ihnen, sie sollen nicht kommen; Rommel hat an alle Sozialämter geschrieben im Umkreis von Stuttgart, motiviert die Leu-

chen sie dich ein, gemeinsam sind wir unausstehlich“?*
Fundis: Wir wollen die Negation „Ihr seid unausstehlich, unansehlich, dreckig“ überspitzt darstellen. Negation, um nicht in die Legitimationshaltung zu kommen „nein, wir sind nicht unausstehlich, nicht dreckig, wir wollen sauber sein“, sondern provozierend: „Ja, so sind wir, das ist uns gemeinsam.“
Was plant Ihr an Aktionen? Wer soll kommen?
Fundis: Der Kongreß findet im Freien statt, mit Arbeitsgruppen, Reden und u.U. einer Demonstration zum Knast und zu den Einrichtungen. Wir wollen, daß die Berber, die das genauso sehen, die noch kämpfen wollen, kommen. Wer so bewußt ist, daß er wegen dem Kongreß von Hamburg nach Stuttgart kommt, der ist uns wichtig. Und daß woanders Initiativen entstehen, wie jetzt z.B. in Kassel, Hannover, Bremen, Köln. Das gelang uns über einen Artikel in der „Tageszeitung“. Und solch eine Multiplikatorfunktion soll auch dieser Kongreß haben. Aber gesichert ist er noch nicht. Die Polizei geht zu den Berbern hin und sagt ihnen, sie sollen nicht kommen; Rommel hat an alle Sozialämter geschrieben im Umkreis von Stuttgart, motiviert die Leu-

te, nicht hinzugehen. Jetzt haben sie Berber gegen mich aussagen lassen, mich belasten lassen, wo sowieso ein Haftbefehl vorliegt, der aber im Moment ausgesetzt ist. Den Kongreß zu vereiteln, daran liegt ihnen schon viel.

*Stuttgart bezahlt 9,99 DM/Tag plus 3 DM Gasthauszuschlag (für die, die keinen festen Wohnsitz haben). Ein Teil ist in Hotels auf Kosten der Stadt untergebracht. Alle halbe Jahre bekommen sie neue Kleider (Winter- bzw. Sommerkleidung).

„Lebenslänglicher Generalstreik“

So umschrieb Gregor Grog die Parole der Vagabundenbewegung. Unentwegter Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem durch Entzug der Arbeitskraft. G. Grog war bis zu seiner Verschleppung ins KZ ein Führer dieser Bewegung und Organisator des ersten nationalen Treffens an Pfingsten 1929 auf dem Killesberg in Stuttgart, an dem 600 teilnamen. Ihre Gesamtzahl wird für diese Zeit auf 250000 geschätzt, bis 1933 ist sie auf etwa 500000 angestie-

„Lebenslänglicher Generalstreik“
So umschrieb Gregor Grog die Parole der Vagabundenbewegung. Unentwegter Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem durch Entzug der Arbeitskraft. G. Grog war bis zu seiner Verschleppung ins KZ ein Führer dieser Bewegung und Organisator des ersten nationalen Treffens an Pfingsten 1929 auf dem Killesberg in Stuttgart, an dem 600 teilnamen. Ihre Gesamtzahl wird für diese Zeit auf 250000 geschätzt, bis 1933 ist sie auf etwa 500000 angestie-

gen. Die Bewegung hatte sich seit Mitte der zwanziger Jahre um die Zeitschrift „Der Kunde“ gesammelt und umfaßte Anarchisten, Maler, Dichter, Jesusprediger, Homosexuelle, Obdachlose, Nichtseßhafte u.a. Diese Bewegung verstand sich in ihrer Mehrheit als Teil der organisierten Arbeiterbewegung, in die sie künstlerisch und literarisch hineinwirkte. Im Radio kam aus Anlaß des Kongresses ein eigener Vagabundenabend.

Der erste organisierte Vagabundenabend fand am 14.4.28 im Gewerkschaftshaus in Stuttgart statt, Versammlungen in Berlin, Hamburg, Mannheim, Dortmund folgten. In einem Artikel der „Stuttgarter Allgemeinen Zeitung“ vom 21.5.29 faßte G. Grog die Ziele so zusammen: „Anerkennung eines vagabundischen Schicksals, Weckung der latenten Kräfte in Landstreichern, Kunden und Vagabunden. Schaffung von Kundenherbergen, die wirkliche Herbergen sind. Die bestehenden Herbergen und vollends die Wanderarbeitsstätten mit ihrem Übermaß an Arbeitsleistung sind nicht beliebt.“



Adresse der Berber-Initiative: Berber-Initiative c/o Dobelstraße 7 · 7000 Stuttgart 1 (Dort kann auch die Zeitschrift „Der Berber“ bezogen werden. Preis: 1,50 DM)

Spendenkonto: Landesgirokasse Stuttgart Konto-Nr. 71 92 100



Von Michael Ackermann

Adenauer, kopfgeneigt am Radio, Schwarz-weiß-Foto und links am Rande der schwarz-rot-goldene Streifen. Freddy singt „Es kommt der Tag ..." Und dann kommen schon bei der Aufführung der Schauspieler und sonstiger Anteilhaber des Films die bestimmenden Farben: pink, rosa, gelb, deftiges blau. Die Einleitung von „Lola" ist schon typisch für Fassbinders Behandlung der 50er Jahre. Geschichtsrückblick mit Perspektive à la Fassbinder.

Nun war ja „Die Ehe der Maria Braun" schon Fassbinders Reproduktion der Nachkriegs- und Wiederaufbaugeschichte. Und dann kam der Schrecken mit „Berlin Alexanderplatz" und „Lili Marleen". Hollywood mit Faschismus-Glamour – das war schon mehr als geschmacklos. Schlimmes konnte man also befürchten für das schnell gefertigte Neue.

So hieß es denn, Fassbinder wolle den „Blauen Engel" und dazu noch die literarische Vorlage, Heinrich Mann's Professor Unrat, neuverfilmen. Nur die Lizenzrechte hätten gestört. Hielte man sich an diese Interpretation, Fassbinder hätte daneben gelegen wie nie zuvor. Aber das ganze ist wohl mehr die Publicity. Denn während Heinrich Mann's Professor Unrat die Liebesaffäre eines Kleinbürger-Lehrers zu einer Bordelldame in der Zeit noch vor dem 1. Weltkrieg schildert und seine Satire vor allem auf das zerbrechende Kleinbürgertum zielt; während der „Blaue Engel" die gleiche Geschichte schon in der Zeit der Weltwirtschaftskrise als Melodram ansiedelt, gibt es in „Lola" keine unglückliche Liebe eines Kleinbürgers zu einer Bordelldame, sondern die „Erfüllung" seines Wunsches entsprechend der Expansionsbedingungen der „freien Marktwirtschaft" in der „Wirtschaftswunderzeit." Das Gemeinsame scheint das „Amouröse", wie Fassbinder sich ausdrückt, denn sonst ist alles ganz, ganz anders.

Coburg, Kleinstadt 1957/58. Bauboomzeit. Bauunternehmer Schuckert (Mario Adorf) steuert Expansionskurs. Mit ihm die Honoratioren der Stadt. Aber, ein neuer Baudezernent ist im Anmarsch. Von Bohm (Armin Mueller-Stahl), Ostpreuße, korrekter Beamter, erfüllt vom „Wirtschaftswunder" das „ins Neuland führt", scheint der Richtige, „mit Blick nach vorn". Doch „Lola" (Barbara Sukowa), tanzende und singende Attraktion des städtischen Puffs und (fast)persönlicher Besitz von Schuckert, sorgt für Unruhe in den Geschäften. Denn sie lernt – inkognito versteht sich – von Bohm kennen und der verliebt sich in sie. Als er dann aber in den Puff geführt, nicht nur sämtliche Oberen der Stadt, sondern auch „Lola" als Starattraktion vorfindet und die ihm zudem noch von Schuckert als dessen „Privathure" vorgeführt wird, dreht Bohm

wirtschaftskrise als Melodram ansiedelt, gibt es in „Lola" keine unglückliche Liebe eines Kleinbürgers zu einer Bordelldame, sondern die „Erfüllung" seines Wunsches entsprechend der Expansionsbedingungen der „freien Marktwirtschaft" in der „Wirtschaftswunderzeit." Das Gemeinsame scheint das „Amouröse", wie Fassbinder sich ausdrückt, denn sonst ist alles ganz, ganz anders.

Coburg, Kleinstadt 1957/58. Bauboomzeit. Bauunternehmer Schuckert (Mario Adorf) steuert Expansionskurs. Mit ihm die Honoratioren der Stadt. Aber, ein neuer Baudezernent ist im Anmarsch. Von Bohm (Armin Mueller-Stahl), Ostpreuße, korrekter Beamter, erfüllt vom „Wirtschaftswunder" das „ins Neuland führt", scheint der Richtige, „mit Blick nach vorn". Doch „Lola" (Barbara Sukowa), tanzende und singende Attraktion des städtischen Puffs und (fast)persönlicher Besitz von Schuckert, sorgt für Unruhe in den Geschäften. Denn sie lernt – inkognito versteht sich – von Bohm kennen und der verliebt sich in sie. Als er dann aber in den Puff geführt, nicht nur sämtliche Oberen der Stadt, sondern auch „Lola" als Starattraktion vorfindet und die ihm zudem noch von Schuckert als dessen „Privathure" vorgeführt wird, dreht Bohm

durch. Baupläne werden gestoppt, gegen Schuckert und die Stadtoberen sammelt er Beweise für ihre profitträchtigen Untaten. Doch aus der Rache wird nichts. Auch der herbeigeholte Journalist sieht nichts anderes als die „freie Marktwirtschaft" erfüllt. Der kurzen Auflehnung folgt Bohms Einfügen in das Unvermeidliche. Von Bohm bekommt seine Lola in Weiß, Lola den Puff von Schuckert als Hochzeitsgeschenk und die Ehre der besseren Gesellschaft, Schuckert Lola ins Brautbett und als zukünftige „Privatgeliebte" und die Baugeschäfte laufen wie geschmiert. Alles geht seinen marktgerechten Gang.

So weit, so simpel. Aber Fassbinder hat sich hier mit Verve auf die Skizzierung der bürgerlich-bourgeoisen Verkehrsformen in den aufstrebenden 50ern geworfen, wo sowohl die treibende Wirkung des Kapitals als damit verbunden auch die bürgerliche Moral in lockerem Zusammenhang kommt zu den hehren Formeln von „unternehmerischer Freiheit" und „sozialer Marktwirtschaft". Das zumindest zeichnet den Film aus und selten wie je bei Fassbinder, entsteht damit auch eine mit – teils deftigem – Humor gespickte Handlung. Wo ihm „Lili Marleen" vollständig entgleist war, ist ihm hier eine fast volkstümliche Komödie gelungen.

Aber natürlich setzt sich die fassbinderische Sichtweise der Dinge durch. „Capri-Fischer" und „Am Tag als der Regen kam" als Gassenhauer. Wo die Farben in Kitschtönen bei fast jeder Einstellung dominieren, die Musik hold-schmeichlerisch die Szenen untermalt und die Ausstattung wie aus den 50er Jahren abgelichtet erscheint (mit Nierenformen und den ach so bekannten Mobiles) – das alles weitgehend gelungen – bleibt wenig Platz für analytische Differenziertheit. Er produziert Atmosphäre, nicht *die* Wirklichkeit.

Und was im Formalen, das erst im Inhaltlichen. Da sind die Aufrüstungsgegner, die stellenweise zu fast lächerlicher Staffage degradiert werden und in den Puff mit den Rufen „Nieder mit dem Imperialismus, nie wieder Krieg" eindringen. Daß die Friedensbewegung durch die Wirklichkeit überrollt wurde, wohl war, aber wohl nicht so.

den hehren Formeln von „unternehmerischer Freiheit" und „sozialer Marktwirtschaft". Das zumindest zeichnet den Film aus und selten wie je bei Fassbinder, entsteht damit auch eine mit – teils deftigem – Humor gespickte Handlung. Wo ihm „Lili Marleen" vollständig entgleist war, ist ihm hier eine fast volkstümliche Komödie gelungen.

Aber natürlich setzt sich die fassbinderische Sichtweise der Dinge durch. „Capri-Fischer" und „Am Tag als der Regen kam" als Gassenhauer. Wo die Farben in Kitschtönen bei fast jeder Einstellung dominieren, die Musik hold-schmeichlerisch die Szenen untermalt und die Ausstattung wie aus den 50er Jahren abgelichtet erscheint (mit Nierenformen und den ach so bekannten Mobiles) – das alles weitgehend gelungen – bleibt wenig Platz für analytische Differenziertheit. Er produziert Atmosphäre, nicht *die* Wirklichkeit.

Und was im Formalen, das erst im Inhaltlichen. Da sind die Aufrüstungsgegner, die stellenweise zu fast lächerlicher Staffage degradiert werden und in den Puff mit den Rufen „Nieder mit dem Imperialismus, nie wieder Krieg" eindringen. Daß die Friedensbewegung durch die Wirklichkeit überrollt wurde, wohl war, aber wohl nicht so.

Da ist Esslin, Angestellter beim Baudezernat, „Humanist", der sich von Bohm sagen lassen muß, als er mitteilt, er sei „gegen Revolution": „Ja, Esslin, dann werden sie die Raubvögel und Krähen wohl erdulden müssen". Und Esslin wird am Ende von Schuckert gekauft.

Da ist von Bohm selbst, der in der Ausflipphase gleich den Aufstand „gegen das System" in lächerlicher Weise beschwört und doch ganz jämmerlich vorgeführt wird.

Da sind die Randfiguren, die Honoratioren, die in ihrer Charakterisierung als Apologeten von Staat und Kapital als Witzfiguren auf der Strecke bleiben und Verharmlosung nahe liegt, wie Anleihen ans Provinztheater deutlich werden.

Mario Adorf, der den aufstrebenden Baukapitalisten mit tumber Mimik raushängt, und Armin Mueller-Stahl als differenziert gezeichneter Baudezernent, versöhnen mit solchen Schwächen. Denn gerade bei Adorf erscheint die Charaktermaske des Kleinkapitalisten, der seinen Puff zumindest genauso liebt wie das Geld, gut getroffen. Die verruchte Lebensweise der „besseren Leute" ist wohlgezielt aufs Korn genommen. Die Moral der Zeit.

Fassbinders Geschichtsbild *ist fixiert* auf den Kleinbürger, den Kleinbourgeois, der provinziellen Kritik des Kapitalismus. Vielleicht ist Kritik auch schon zu weit gegriffen. In seiner Darstellung ist schon eine Spur von Verharmlosung der Wirklichkeit angelegt, wohl weil die Protagonisten einfach nur „menschlich" sind. Haß und Verachtung entstehen durch seine Zeichnung nicht. Selbst die Frau von Schuckert, Adelsabstammung und hochnäsig, bleibt in ihrer Verachtung für „Flüchtlinge" und „Proleten" etwas harmlos. Brutalität und Unterdrückung kommen nicht vor, obwohl es ja nun die Zeit des KPD-Verbots, der Verfolgung von politischen Gegnern war. Machtgier und Bereicherung – alles entwickelt sich schleichend, selbstverständlich, ja fast betulich. Aber natürlich ist auch das eine Seite kapitalistischer Wirklichkeit. Vereinseitigt, ja, wohl auch oberflächlich. Da können auch die Reden von Adenauer und Erhard über das „deutsche Wirtschaftswunder" die „Verteidigung der

chen. Denn gerade bei Adorf erscheint die Charaktermaske des Kleinkapitalisten, der seinen Puff zumindest genauso liebt wie das Geld, gut getroffen. Die verruchte Lebensweise der „besseren Leute" ist wohlgezielt aufs Korn genommen. Die Moral der Zeit.

Fassbinders Geschichtsbild *ist fixiert* auf den Kleinbürger, den Kleinbourgeois, der provinziellen Kritik des Kapitalismus. Vielleicht ist Kritik auch schon zu weit gegriffen. In seiner Darstellung ist schon eine Spur von Verharmlosung der Wirklichkeit angelegt, wohl weil die Protagonisten einfach nur „menschlich" sind. Haß und Verachtung entstehen durch seine Zeichnung nicht. Selbst die Frau von Schuckert, Adelsabstammung und hochnäsig, bleibt in ihrer Verachtung für „Flüchtlinge" und „Proleten" etwas harmlos. Brutalität und Unterdrückung kommen nicht vor, obwohl es ja nun die Zeit des KPD-Verbots, der Verfolgung von politischen Gegnern war. Machtgier und Bereicherung – alles entwickelt sich schleichend, selbstverständlich, ja fast betulich. Aber natürlich ist auch das eine Seite kapitalistischer Wirklichkeit. Vereinseitigt, ja, wohl auch oberflächlich. Da können auch die Reden von Adenauer und Erhard über das „deutsche Wirtschaftswunder" die „Verteidigung der

Freiheit" und die Einrichtung von BGS und die Aufrüstung, die an verschiedenen Stellen der Handlung unterlegt sind, keinen Biß in die Sache bringen. Aber das sollte man von Fassbinder wohl auch nicht erwarten. Dann müßte er weiter über den Schatten springen, als er es jetzt schon getan hat.

Wer kennt schon Jean Ferrat?

C.F. Jean Ferrat – Jahrgang 1930, bis 1954 Chemielaborant, gutaussehender KPF-Abgeordneter im Stadtrat seiner Heimatgemeinde in der Ardèche, ohne Mitglied der KPF zu sein – singt seit bald 30 Jahren. In Frankreich kennt fast jeder seine Chansons, hier sind es wenige, Leute aus der Studentenbewegung der frühen 60er Jahre, als das Frankreich der Existenzialisten, Heimat von Sartre und Camus, das Quartier Latin, später der Pariser Mai (neben vin rouge, fromage und baguette) Dinge waren, wovon die europäische Linke träumte. Ferrat sang Mitte der 50er Liebeslieder zur Gitarre und vertonte Gedichte von Aragon („Die Augen von Elsa", „Wir werden zusammen schlafen", „Was wäre ich ohne dich"), die er in Pariser Cafés und Cabarets Studenten und Bohemiens mit sanfter oder rauchiger Stimme vortrug. Liebeslieder, schöne, sehnsüchtige, traurige, singt er auch heute noch. Sein Titel „Wenn man meine Chansons nicht mehr verbieten wird" spielt auf andere Themen an, die dem Chansonnier schon früh den Ruf des Protestsängers, aber auch den Ruhm und das Auskommen einbrachten. 1963 – der Alltag: „Ma mome' – „meine Göre spielt nicht Starlett, sie arbeitet in der Fabrik". Vom gaullistischen Rundfunk verboten wird „nuit et brouillard", Titelsong von Alain Resnais' KZ-Dokumentarfilm „Nacht und Nebel":

„Sie hießen Jean-Pierre, Natascha oder Samuel
Man sagt mir, daß diese Worte jetzt nicht mehr gelten,
daß es besser sei, Liebeschansons zu singen,
daß das Blut schnell trocknet, wenn es Geschichte wird,
und daß es nichts mehr nützt, eine Gitarre zu nehmen.
Aber wer kann mich schon daran hindern,
der Schatten ist menschlich geworden,
heute ist Sommer.
Ich würde diese Worte auch auf einen Twist singen,
wenn es sein müßte, damit die Kleinen wissen, wer ihr gewesen seid."

besingt die Deportation französischer Juden in deutsche Konzentrationslager. Das Lied, hieß es, gefährde die junge deutsch-französische Freundschaft. Es gefährdete eher etwas anderes, nämlich den Mythos der résistance, des antifaschistischen Widerstands *aller* Franzosen. Gab's da nicht einen Pétain, vielleicht nicht nur einen, der im Vichy-Frankreich den Hitler-Faschismus vertreten hatte? – Kritisch waren zu dieser Zeit auch „400 schwarze Kinder", die, armselig mit großen Augen von der Titelseite einer Abendzeitung lächelnd, ohne Essen, ohne Trinken, dem Sänger den Schlaf rauben, „aber nichts ändert sich". – „Man sieht nicht, wie die Zeit vergeht" – „ich hab' nicht das Herz,

„Sie hießen Jean-Pierre, Natascha oder Samuel
Man sagt mir, daß diese Worte jetzt nicht mehr gelten,
daß es besser sei, Liebeschansons zu singen,
daß das Blut schnell trocknet, wenn es Geschichte wird,
und daß es nichts mehr nützt, eine Gitarre zu nehmen.
Aber wer kann mich schon daran hindern,
der Schatten ist menschlich geworden,
heute ist Sommer.
Ich würde diese Worte auch auf einen Twist singen,
wenn es sein müßte, damit die Kleinen wissen, wer ihr gewesen seid."

besingt die Deportation französischer Juden in deutsche Konzentrationslager. Das Lied, hieß es, gefährde die junge deutsch-französische Freundschaft. Es gefährdete eher etwas anderes, nämlich den Mythos der résistance, des antifaschistischen Widerstands *aller* Franzosen. Gab's da nicht einen Pétain, vielleicht nicht nur einen, der im Vichy-Frankreich den Hitler-Faschismus vertreten hatte? – Kritisch waren zu dieser Zeit auch „400 schwarze Kinder", die, armselig mit großen Augen von der Titelseite einer Abendzeitung lächelnd, ohne Essen, ohne Trinken, dem Sänger den Schlaf rauben, „aber nichts ändert sich". – „Man sieht nicht, wie die Zeit vergeht" – „ich hab' nicht das Herz,

es zu sagen", beklagt, aus der Sicht des beobachtenden Mannes, das öde Leben der Hausfrau zwischen Geschirr, Kindern und dem Blumenstrauß auf dem sonntäglichen Eßtisch ... In „la montagne" enden die Weinbauern der Gebirgshänge, die, 2 Ziegen oder ein paar Schafe ihr eigen nennend, nach einem guten und immer schlechteren Jahren ohne Ferien und ohne Ausweg vom Getümmel der Stadt träumen, schließlich als Flics oder Büromenschen, die nach der Arbeit in die Wohnsilos zurückkehren und hormonverseuchte Hühnchen essen.

Die Musik Ferrats, konventionell, aber sehr vielfältig, lehnt sich an den Geschmack der Jugend der Zeit an. Früher ein paar Jazzsequenzen, ein bißchen Blues, manchmal fast Schlagertöne – heute hört man auch Rock, neben Gitarre und Schlagzeug auch Flöte, dahinter Orchester – alles leicht verfremdet durchs Chanson, das *Lied*, das immer dominiert. Kein Aufschrei, keine Anklage, mal frech, mal schwermütig und dann wieder spöttisch lachend. Auf der neuesten LP „Ferrat", letztes Jahr erstmals mit deutschen Übersetzungen herausgekommen, findet man alle Schattierungen. Im berühmtesten Lied „le bilan" (die Bilanz) witterten die Medien und die Rechtspresse die Absage des ewigen KP-Sympathisanten an die alten Ideale und sparten nicht mit Lob, dem sich Ferrat widersetzte. Der „Zeit", vom Namen her verpflichtet, das Ohr etwas näher am Puls der Zeit zu haben (?), erscheint es dagegen als „geglücktes subversives Meisterstück":

Was haben wir nicht alles schlucken müssen,
von Prag bis Budapest, von Sofia bis Moskau!
Die diensteifrigen Stalinisten setzten alles daran,
um euch die verrücktesten Geständnisse unterschreiben zu lassen.
Ihr hattet überall das ekelhafte Untier bekämpft,
von den Brigaden Spaniens bis zu denen der Widerstandskämpfer.
Eure Jugend war die Geschichte dieser Welt,
ihr nanntet euch Kostov oder London oder Slansky.
...

Wenn ich jedoch von ‚Positiver Bilanz' sprechen höre,
so kann ich nicht umhin, an den dafür bezahlten Preis zu denken
und an diese Millionen von Toten, die die Passivseite bilden –
ihre Meinung müßte man erfragen.
Verlangt nicht von mir eine Buchhalterseele,
um heute über dieses tragische Jahrhundert zu singen,
über die Errungenschaften, die sozusagen
unter dem Tisch angeboten wurden,
und über die im Gewinn- und Verlustkonto verbuchten Leichen.

Man wird eine andere Zukunft erfinden müssen,
ohne Idol oder Modell, aber bescheiden, Schritt für Schritt,
ohne vorgezeichnete Wahrheit, keine Zukunft der hohlen Versprechungen,
sondern ein Glück, für alle Zeit ersonnen,
eine Zukunft, die aus weniger Leid geboren wird,

Die diensteifrigen Stalinisten setzten alles daran,
um euch die verrücktesten Geständnisse unterschreiben zu lassen.
Ihr hattet überall das ekelhafte Untier bekämpft,
von den Brigaden Spaniens bis zu denen der Widerstandskämpfer.
Eure Jugend war die Geschichte dieser Welt,
ihr nanntet euch Kostov oder London oder Slansky.
...

Wenn ich jedoch von ‚Positiver Bilanz' sprechen höre,
so kann ich nicht umhin, an den dafür bezahlten Preis zu denken
und an diese Millionen von Toten, die die Passivseite bilden –
ihre Meinung müßte man erfragen.
Verlangt nicht von mir eine Buchhalterseele,
um heute über dieses tragische Jahrhundert zu singen,
über die Errungenschaften, die sozusagen
unter dem Tisch angeboten wurden,
und über die im Gewinn- und Verlustkonto verbuchten Leichen.

Man wird eine andere Zukunft erfinden müssen,
ohne Idol oder Modell, aber bescheiden, Schritt für Schritt,
ohne vorgezeichnete Wahrheit, keine Zukunft der hohlen Versprechungen,
sondern ein Glück, für alle Zeit ersonnen,
eine Zukunft, die aus weniger Leid geboren wird,
mit unseren Augen weit geöffnet auf das Wirkliche,
eine Zukunft, gelenkt von unserer Wachsamkeit
gegen alle Mächte der Erde und des Himmels.

Im Namen des Ideals, das uns kämpfen ließ
und das uns heute noch immer antreibt, uns zu schlagen.

Fernsehvorschau

„Der unvergessene Krieg"

Die Fernsehserie (15 Folgen in der BRD) entstand ab 1976 als amerikanisch-sowjetische Koproduktion und wurde schon in den USA, der SU und der DDR gesendet. Der Feldzug des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion wird auf Grundlage sowjetischer Filmdokumente in all seinen Phasen geschildert – bis zur Niederlage des Faschismus und der Eroberung Berlins durch die Rote Armee.

Schon im Vorfeld des Filmkaufs durch den WDR gab es heftige Auseinandersetzungen wegen der „Einseitigkeit sowjetischer Standpunkte", „Geschichtsfälschung" usw. Soldaten- und Reservistenverbände in der BRD sprachen von „Untergrabung des Wehrwillens" in der BRD, wenn die Serie gesendet würde. Noch im Frühjahr 1981 wurde von verschiedenen Seiten die Nichtausstrahlung der Filmserie verlangt.

Allerdings ist die Darstellung historischer Ereignisse umstritten. Z.B. in Katyn seien polnische Offiziere von Deutschen, nicht von den Sowjets, erschossen worden. Aber anzugreifen, daß es sich um sowjetisches Filmmaterial handelt – wo man sonst nur Propagandaausschnitte der Faschisten sehen konnte –, ist pervers. Sowieso hat es sich auch der WDR nicht nehmen lassen, an verschiedensten Stellen der Serie „Historische Stichwörter" zur „Korrektur" einzufügen. Und was die Ausstrahlung zum jetzigen Zeitpunkt anbetrifft, die den Interessen der SU als Supermacht diene, so entspricht es halt den Tatsachen, daß die Verteidigung der Sowjetunion im Interesse der Arbeiterklasse lag, daß der Sieg der Roten Armee von historischer Bedeutung für die Zerschlagung des Faschismus und die Rettung vor der Unterwerfung und Vernichtung ganzer Völker war. Und wenn die Dokumente auch belegen und enthüllen, daß und wie die Völker der Sowjetunion die Hauptlast des II. Weltkrieges trugen, so muß das gerade heute nicht dem Willen der Verteidigung gegenüber der Bedrohung durch die Supermächte und insbesondere der Sowjetunion widersprechen.

Montag, 7.9., 21.30 Uhr im WDR, 21.40 Uhr im SWF. Ab 12.9. beginnt die Serie im HR und ab 13.9. in der Nordkette.